Nr. 54. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 23. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Das materielle Ergebnis der Neun-Tage-Schlacht in Masuren.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Februar 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Oestlich Ypern wurde gestern wieder ein feindlicher Schützengraben genommen. Feindliche Gegenangriffe auf die gewonnenen Stellungen blieben erfolglos.

In der Champagne herrschte auch gestern verhältnismäßige Ruhe. Die Zahl der von uns in den letzten der dortigen Kämpfe gefangen genommenen Franzosen hat sich auf fünfzehn Offiziere und über tausend Mann erhöht. Die blutigen Verluste des Feindes haben sich als außergewöhnlich hoch herausgestellt.

Gegen unsere Stellungen nördlich Verdun hat der Gegner gestern und heute Nacht ohne jeden Erfolg angegriffen.

In den Vogesen wurden die Orte Hohrod und Stoßweier nach Kampf genommen.

Sonst nichts Wesentliches.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Verfolgung nach der Winterschlacht in Masuren ist beendet. Bei der Säuberung der Wälder nordwestlich von Grodno und bei den in den letzten Tagen gemeldeten Gefechten im Bobr- und Narewgebiet wurden bisher **ein Kommandierender General, zwei Divisionskommandeure, vier andere Generale** und annähernd **vierzigtausend Mann** gefangen, **fünfundsiebzig Geschütze**, eine noch nicht festgestellte Anzahl von Maschinengewehren, nebst vielem sonstigen Kriegsgerät erbeutet.

Die Gesamtausbeute aus der Winterschlacht in Masuren steigt damit bis heute auf:

7 Generale,
über 100 000 Mann,
über 150 Geschütze

und noch nicht annähernd übersehbares Gerät aller Art, einschließlich Maschinengewehre.

Schwere Geschütze und Munition wurden vom Feind mehrfach vergraben oder in die Seen versenkt; so sind gestern bei Lötzen und im Widminner See acht schwere Geschütze von uns ausgegraben oder aus dem Wasser geholt worden.

Die zehnte russische Armee des Generals Sievers kann hiermit als völlig vernichtet angesehen werden.

Neue Gefechte beginnen sich bei Grodno und nördlich Suchawola zu entwickeln.

Die gemeldeten Kämpfe nordwestlich **Ossowiez** und **Lomza** sowie bei **Prasznysz** nehmen ihren Fortgang.

In **Polen** südlich der Weichsel nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. Februar. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 22. Februar 1915 mittags:

An der Front in Russisch-Polen und Westgalizien Artilleriekämpfe und Geplänkel. Vereinzelte Vorstöße des Feindes wurden mühelos abgewiesen.

In den Karpathen zahlreiche russische Angriffe, die im westlichen Abschnitt auch während der Nacht andauerten. Alle diese Versuche, bis zu unseren Hindernislinien vorzugehen, scheiterten unter großen Verlusten für den Feind.

Südlich des Dnjestr entwickeln sich die Kämpfe in größerem Umfange. Eine starke Gruppe des Feindes wurde gestern nach längerem Kampfe geworfen, 2000 Gefangene gemacht, vier Geschütze und viel Kriegsmaterial erbeutet.

Die in einem offiziellen russischen Communiqué als falsch bezeichnete Summe von 29 000 Mann Kriegsgefangenen, die unsere Truppen bis vor einigen Tagen in den Karpathenkämpfen seit Ende Januar eingebracht haben, hat sich mittlerweile vergrößert und ist auf 64 Offiziere, 40 806 Mann gestiegen. Hinzu kommen 34 Maschinengewehre und neun Geschütze.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die Vernichtung der 10. russischen Armee.

Wie das Große Hauptquartier meldet, ist nunmehr die Verfolgung nach der Winterschlacht in Masuren beendet. Die Verfolgungsgefechte haben noch zu einer gewaltigen Vermehrung der Kriegsbeute beigetragen. Hat sich doch der Gesamtverlust der Russen dadurch auf über 100 000 Gefangene, mehr als 150 Geschütze und eine ungeheure Menge anderer Kriegswerkzeuge, namentlich Maschinengewehre, gesteigert. Auch schwere Geschütze und Munition, die von den flüchtenden Russen vergraben worden waren, sind aus ihrem Versteck geholt worden. Das Gesamtresultat der neuntägigen Schlacht und der sich daran anschließenden Verfolgungskämpfe faßt der amtliche Bericht in die Worte zusammen: „Die 10. russische Armee des Generals Baron Siewers kann hiermit als völlig vernichtet angesehen werden."

Fernerhin meldet der amtliche Bericht den Beginn neuer Kämpfe bei Grodno und Suchawola, bei Ossowiez und Lomza sowie bei Prasznysz. Es sind also in einer von Südwesten nach Nordosten gerichteten Front nördlich der Narew-Linie bis zum Njemen hin eine Kette neuer Gefechte entbrannt, die von der gewaltigen deutschen Offensive in einer Ausdehnung von mehreren 100 Kilometern Zeugnis ablegen.

Die Kriegslage steht demnach zurzeit für die Russen keineswegs günstig. Ihre beiden Flügel, sowohl der rechte Flügel, der Ostpreußen mit Invasion bedrohte und das vor der Weichsellinie konzentrierte Zentrum der russischen Armee gegen eine Umklammerung schützte, ist gründlich geworfen und völlig vernichtet worden. Aber auch der äußerste Südostflügel der Russen, der die Bukowina besetzt hatte, ist total zurückgeschlagen worden.

Es wäre voreilig, aus diesen Ereignissen bündige Schlüsse für den weiteren Verlauf der Kämpfe ableiten zu wollen; um so mehr, als schon die Kämpfe der nächsten Wochen beweisen werden, welche strategische Bedeutung den errungenen großen deutschen und österreichischen Erfolgen zukommt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 21. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht von 3 Uhr nachmittags. In Belgien kam es zu einigen Infanterieaktionen im Abschnitt von Ypern. Wir nahmen Teile eines Schützengrabens wieder, welchen der Feind einen Augenblick besetzt hatte. Es bestätigt sich, daß die Deutschen auf dem Gelände mehrere hundert Mann ließen, unsere Verluste sind wenig zahlreich. In der Champagne wurden alle unsere Gewinne behauptet. Zwei feindliche Gegenangrife am Ende des gestrigen Tages mißlangen. In den Vogesen schlugen wir drei Angriffe, einen auf dem nördlichen und zwei auf dem südlichen Fechtufer zurück, wir unternahmen darauf einen Gegenangriff. Der Kampf dauert fort.

Paris, 22. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr. Zwischen dem Meere und der Lys fanden Artilleriekämpfe statt. Das Feuer unserer Geschütze war sehr wirksam. In der Champagne folgte auf einen glänzend abgewiesenen feindlichen Angriff eine energische Verfogung des Feindes, die uns in den Besitz sämtlicher deutscher Schützengräben nördlich und östlich des von uns gestern eroberten Gehölzes setzte. Auf der übrigen Front wurden zwei Gegenangriffe abgewiesen. Wir machten neue Fortschritte, besonders nördlich von Lemisnil, wo wir zwei Maschinengewehre erbeuteten und etwa 100 Gefangene machten. Der Feind unternahm in Eperges den siebenten Gegenangriff, um die von uns im Laufe zweier Tage eroberten Stellungen wiederzugewinnen. Dieser Gegenangriff brach ebenso wie der vorhergehende völlig zusammen.

Der Seekrieg.

Versenkung eines englischen Kohlenschiffes.

Belfast, 22. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Sonnabend nachmittag um 5 Uhr hat ein deutsches Unterseeboot in der Irischen See ein englisches Kohlenschiff angehalten. Es gab der Bemannung 5 Minuten Zeit, um in die Boote zu gehen, und versenkte darauf das Fahrzeug.

Die englische Flagge verschwunden.

Kopenhagen, 22. Februar. (W. T. B.) „Politiken" schreibt: Heute ist hier der erste Dampfer aus England seit der Blockade eingetroffen. Er war am 18. Februar aus Goole abgefahren. Er fuhr die englische Küste entlang. Der Kapitän erklärte, die englische Flagge sei von der Nordsee verschwunden. Er habe auf der ganzen Fahrt von der englischen Küste bis zu den Faröer-Inseln kein einziges Schiff unter englischer Flagge gesehen, sondern nur Kauffahrteischiffe mit neutraler Flagge. Der Dampfer „Knuthenborg" von Kopenhagen erhielt neue Mannschaft und segelte gestern nach Newcastle ab. Die Schwierigkeiten bei den anderen Dampfern sind noch nicht erledigt.

Maßnahmen Italiens.

Rom, 21. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Der Marineminister hat mit Rücksicht auf die Bedingungen für die Schiffahrt in den nordwestlichen Meeren Europas, um die Erkennbarkeit der italienischen Schiffe zu erleichtern, Anordnung getroffen, daß die italienischen Handelsschiffe, die die genannten Gewässer befahren, die Flagge stets gehißt halten und außerdem auf beiden Seiten rechtwinklig in großen Ausmessungen die Nationalfarben ebenso wie in der Flagge angeordnet tragen sollen. Ferner soll der Name des Schiffes und sein Heimatshafen in weithin sichtbaren Buchstaben angebracht werden. Nachts sind die Erkennungszeichen zu beleuchten. Die Kapitäne werden aufgefordert, sobald sie ein Unterseeboot sehen, die Maschinen anzuhalten und womöglich eine Mannschaft mit den Schiffspapieren zu dem Unterseeboot zu entsenden, um die Feststellung der Nationalität ihres Schiffes zu erleichtern.

Die Beute des „Kronprinz Wilhelm".

Buenos Aires, 22. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der deutsche Dampfer „Holger" ist gestern mit den Passagieren und der Bemannung der englischen Dampfer „Highlandbrae" (7600 Tonnen), „Potaro" (4400 Tonnen), „Hemisphere" (3500 Tonnen), „Semantha" (2820 Tonnen) und des Segelschiffes „Wilfrid", die durch den deutschen Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm" zum Sinken gebracht wurden, angekommen. „Holger" konnte nicht binnen 24 Stunden abreisen und wurde interniert.

Bergung der „Austria".

Helsingborg, 22. Februar. (W. T. B.) Der deutsche Dampfer „Austria", von Göteborg nach Stettin unterwegs, ist geborgen worden; er hat etwas Schaden am Schiffsboden erlitten.

Ein Flieger über Essex.

London, 22. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr wurde ein Flugzeug über Essex wahrgenommen. Eine Bombe wurde abgeworfen. Sie fiel in ein Feld dicht bei Bramtree, ohne Schaden anzurichten. Eine andere Bombe schlug in den Garten eines Hauses bei Colchester. Das Haus wurde leicht beschädigt. Niemand wurde verletzt.

Ein Bericht über die Lage in Rußland.

Der „Bremer Bürger-Zeitung" wird geschrieben:

Die Petersburger Genossen haben Anfang Januar zwei Delegierte ins Ausland geschickt, damit sie mit den im Ausland lebenden Führern der russischen Sozialdemokratie Rücksprache nehmen sollten wegen der Haltung dem Kriege gegenüber. Die beiden Genossen, die schon mit Martow, Trotzky, Plechanow, Lenin sich verständigt hatten, schilderten uns detailliert die Lage in Rußland, die Strömungen in der Partei, die Aussichten des Kampfes gegen den Zarismus. Die ruhige, objektive Art der Auslassungen, wie die Tatsache, daß es sich hier um einen Bericht von Männern handelt, die bis Januar mitten in der Parteiarbeit steckten, gibt den Informationen besonderen Wert. Wir behielten in unserem Bericht die Form der Unterredung bei, weil wir nichts von uns beifügen wollten.

Auf die Frage über die Haltung der russischen Arbeiterschaft beim Kriegsausbruch erklärten die Delegierten: „Wir können aus eigener Erfahrung nur von Petersburg sprechen. Auf Grund des Berichtes eines Genossen, der vor kurzem die sibirischen Städte und den Süden Rußlands bereist hat, wollen wir unsere Petersburger Beobachtungen ergänzen. In Petersburg war die Partei- und Gewerkschaftsbewegung durch massenhafte Arreste am Vorabend des Krieges vollkommen desorganisiert. Die Arbeitermasse blieb ohne irgendwelche Weisungen seitens der Partei. Trotzdem waren die sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Krieg. Sie versuchten auf eigene Faust, gegen die patriotischen Demonstrationen, die von der Polizei und dem Kleinbürgertum organisiert waren, Gegendemonstrationen zu organisieren. Sie wurden überall von der Polizei auseinandergetrieben. Von der Provinz bekamen wir ähnlich lautende Berichte.

Wir lasen den Delegierten die Berichte Kummers aus der „Metallarbeiterzeitung" vor, über die patriotische Stimmung der Petersburger Arbeiter, über die Verfolgung der deutschen Arbeiter in den Fabriken. Der jüngere Delegierte äußerte sich darüber so drastisch, daß wir seine Aeußerung weglassen müssen. Der ältere griff begütigend ein. „Wir kennen Genossen Kummer nicht, er verkehrte bei seinem Aufenthalt in Petersburg in unseren Kreisen nicht. Ich will deswegen seinen Bericht nicht bewußte Verleumdung der russischen Arbeiterschaft nennen. Aber Kummer war wahrscheinlich, wie es Ausländern bei kurzem Aufenthalte in einem fremden Lande leicht passiert, nicht imstande, den schlechtangezogenen Pöbel (schwal), der von der Polizei zusammengetrieben war, von den industriellen Arbeitern zu unterscheiden, die im großen ganzen kriegsfeindlich waren. Was die Verfolgung der deutschen Arbeiter in den Petersburger Fabriken anbetrifft, so berichteten die liberalen Blätter triumphierend über zwei bis drei solcher Fälle. Obwohl es auf der Hand lag, daß bei der Verschiedenheit der Stufen der Entwickelung verschiedener Schichten der Arbeiterschaft solche Einzelfälle nicht ausgeschlossen waren, gingen wir der Sache nach. Wir stellten fest, daß es sich um folgendes gehandelt hat. In den großen Metallfabriken gibt es viele deutsche Meister. Die Arbeiter führen mit ihnen, wie mit allen Meistern, einen Guerillakrieg. Während der Revolution haben sie sie oft auf Karren aus der Fabrik hinausgeführt. In den Jahren der Konterrevolution nahmen die Meister Rache dafür, denunzierten die aufgeklärten Arbeiter. Diese waren demgegenüber machtlos, da die Fabriksverwaltung jeden, der es mit den Meistern verdarb, der Polizei auslieferte. Als der Krieg ausbrach, nützten die Arbeiter in einigen Fabriken die Situation aus und forderten die Entfernung der besonders verhaßten Meister. Nun mag man der Meinung sein, daß dies in dem Moment unterbleiben mußte, wo gegen die Deutschen als solche von der bürgerlichen Presse eine arge Hetze getrieben wurde. Wir haben deswegen auch dagegen Stellung genommen. Jedenfalls handelte es sich hier nicht um den Nationalhaß, sondern um die Austragung eines sozialen Konfliktes."*)

Und wie ist die Stimmung unter der Arbeiterschaft jetzt? fragten wir. „Wir kommen mit Arbeitern mehrerer Kategorien zusammen und können bestimmt behaupten, daß mit jedem Tage die Gegnerschaft gegen den Krieg sich verschärft. Wir haben keinen einzigen Arbeiter getroffen, der sich für den Burgfrieden mit dem Zarismus aussprach. Die in einem Teil der sozialdemokratischen Intelligenz herrschende Angst, die Niederlage Rußlands könnte die soziale Entwickelung Rußlands aufhalten usw. läßt die russischen Arbeiter ganz kalt. Selbst unter den früheren Anhängern Plechanows gibt es keine Arbeiter, die den Kampf gegen den Zarismus einstellen möchten. Das haben wir Plechanow gesagt. Den besten Einblick in die Stimmung der Arbeiter geben die geheimen Aufrufe, die die Arbeiter selbst — denn die sog. Parteiintelligenz ist fast durchweg arretiert —, sei's gedruckt, sei's mit der Schreibmaschine geschrieben oder hektographiert ausgeben. Sie erscheinen in allen Zentren und kein einziges handelte über was anderes, als den Kampf gegen den Zarismus. Ein zweiter Beweis: die Arbeiter lehnen die Teilnahme an den Kriegsgeldsammlungen ab. Sie sagen: der Zarismus ist, insoweit Rußland in Betracht kommt, für den Krieg verantwortlich. Möge er für die Kriegsteilnehmer sorgen, wir wollen ihm die Arbeit nicht erleichtern. Um den Beweis des Patriotismus der Arbeiter zu erbringen, lassen die Fabrikverwaltungen der großen metallurgischen Fabriken Sammellisten kursieren. Wer nicht unterzeichnet, dem droht die Gefahr, daß er entlassen und dann zum Militärdienst eingezogen wird, denn die Metallarbeiter sind zum Teil als unabkömmlich zu Hause gelassen worden. Trotzdem haben z. B. im Petersburger „Vulkan" 5000 bis 6000 Arbeiter nur 300 Beiträge gezeichnet. Nein, die aufgeklärten russischen Arbeiter sind Kriegs- und Zarenfeinde geblieben. Das bezieht sich nicht nur auf Petersburg. Wir haben eingehende Berichte aus den Ostseeprovinzen, wo die lettische Sozialdemokratie heldenhaft kämpft. Dasselbe besagen Berichte aus Warschau: dort gehen die Arbeiter aller sozialistischen Parteien Hand in Hand."

Wie stehts mit der Parteiarbeit? „Die Organisationen waren zertrümmert. Seit 2 bis 3 Monaten arbeiten wir an ihrer Wiederherstellung. Es geht leider nur illegal. Die Arbeiter aller Richtungen schließen sich zu gemeinsamen Organisationen zusammen. Wir gründen einstweilen Gewerkschaftsblätter, weil politische sofort unterdrückt würden. Organe der Schriftsetzer und Textilarbeiter sind bereits erschienen. Andere folgen. Wir dachten auch an die Gründung politischer Blätter, aber einstweilen gelang es noch nicht."

Auf die Frage nach den politischen Plänen der Partei antworteten die Genossen: „Die aktuellste Frage ist der Krieg gegen den Krieg. Wir wußten nicht, was die ausländischen Genossen vorhaben, aber wir waren der Meinung, daß alles gemacht werden muß, um eine Bewegung zu organisieren, die die Regierung nötigt, dem Kriege ein Ende zu bereiten. Wir werden den Kampf unter der Losung des Friedens ohne Annexionen führen und die demokratische Republik erstreben."

Wir fragten nach dem Eindruck, den die Haltung der Sozialdemokratie anderer kriegführender Länder auf die russischen Sozialdemokraten gemacht habe. Die russischen Delegierten äußerten sich sehr zurückhaltend. „In Rußland waren wir angewiesen auf die Berichte der bürgerlichen Presse, die auf uns einen niederdrückenden Eindruck machten. Aber wir sagten uns: wir haben keine genügende Uebersicht, deswegen wollen wir keine Richter der Bruderparteien sein. Man darf sich durch Fehler der Bruderparteien nicht von der Erfüllung der eigenen Pflichten abhalten lassen. Nur durch die eigene Tat können wir Einfluß auf die Bruderparteien gewinnen. Wir werden den eigenen Weg des Kampfes gehen und hoffen, daß die Erfahrungen des Weltkrieges die Internationale gestärkt, geschlossener auferstehen lassen werde. Sie wird in einer Atmosphäre verschärfter Gegensätze zu wirken haben, deswegen hoffen wir, daß alle schädlichen Illusionen verschwinden werden."

Das waren, kurz zusammengefaßt, die Ausführungen der Delegierten der Petersburger Arbeiter! Wir schieden von ihnen mit dem Bewußtsein, daß kein Krieg imstande ist, den Händen der russischen Arbeiter die alte Sturmfahne zu entreißen.

*) Nach uns zugegangenen Berichten bewährter russischer Parteigenossen werden die Vorgänge auf den Petersburger Fabriken zu Beginn des Krieges ähnlich geschildert. Es wird hinzugefügt, daß die organisierten russischen Genossen verschiedentlich Sammlungen veranstalteten, um den aus Petersburg ausgewiesenen deutschen Arbeitern die Abreise zu ermöglichen oder durch Geschenke ihre Stimmung ihnen gegenüber auszudrücken. Um so bedauerlicher ist es in Anbetracht alles dessen, daß die Anschuldigungen gegen die Peersburger Arbeiter in Umlauf gesetzt worden sind. Red. d. „Vorw.".

Zur Londoner Konferenz.

Aus Kreisen der russischen Sozialdemokratie wird der „Berner Tagwacht" mitgeteilt, daß die offizielle russische Sozialdemokratie, trotzdem sie zu der Londoner Konferenz nicht eingeladen wurde, beabsichtigt habe, als Vertreter des Zentralkomitees den Genossen Martoff nach London zu senden. Der englische Konsul habe aber dem Genossen Martoff einen Paß verweigert, und ebenso sei es einem Vertreter der polnischen Sozialdemokratie ergangen. Um nun trotzdem der Stellungnahme des überwiegenden Teils der russischen Sozialdemokratie Ausdruck zu verleihen, ist zwischen Vertretern der Richtung Axelrod-Martoff und der Richtung Lenin eine Erklärung vereinbart worden, in der die Haltung der russischen Sozialdemokratie in folgender Weise umschrieben wird:

„1. Das Prinzip, nach dem die Londoner Konferenz als eine Konferenz der Sozialdemokraten der alliierten Länder einberufen wurde, die durch eine provisorische Gemeinschaft verknüpft sind, widerspricht dem Wesen nach den internationalen Aufgaben des Proletariats.

2. Das Bestreben der Regierungssozialisten der alliierten Länder, auf der oben gekennzeichneten Grundlage die einberufene Konferenz zugunsten der moralischen und politischen Unterstützung der Politik des Dreiverbandes, zur Aufrechterhaltung der Illusion von der sozialistischen Pflicht zur „nationalen Verteidigung" und des angeblichen Charakters des Befreiungskrieges, zur Sanktionierung der Parole Grey-Viviani-Ssasonoff vom Durchhalten bis zum Ende, versucht aufs neue einen verbrecherischen Mißbrauch der Ideen und der Autorität des internationalen Sozialismus, indem dieser die ihm feindlichen Interessen des russischen, englischen und französischen Imperialismus decken soll.

3. Die Grundaufgabe der wirklich sozialistischen Elemente der alliierten Länder gegenüber der Londoner Konferenz besteht in der Aufdeckung der Tendenzen dieses Krieges und in der Klarlegung gegenüber der Sozialdemokratie der „feindlichen" Länder, daß die Regierungssozialisten nicht die Meinung aller Sozialisten der alliierten Länder vertreten.

4. Von diesem Standpunkt ausgehend wäre die Boykottierung der Konferenz nicht zweckmäßig, da sie sonst zur antisozialistischen Demonstration werden könnte. Die aktive Teilnahme der revolutionären Elemente der russischen Sozialdemokratie an der Konferenz ist daher eine Notwendigkeit, zwecks entschiedener Gegenüberstellung der Aufgaben des revolutionären Sozialismus und der unsozialistischen Bestrebungen des angeblich sozialistischen Imperialismus. . . .

In weiteren Punkten, in denen teilweise auch gegen die sozialdemokratische Taktik anderer Länder Stellung genommen wird, wird die rasche Beendigung des Krieges unter strikter Ablehnung jeder gewaltsamen Annexion und die Wiederaufnahme des politischen und ökonomischen Kampfes in allen Ländern gefordert. Schließlich wird jede Verantwortung für die Aeußerungen einiger sozialdemokratischer Schriftsteller (Plechanow, Alexinsky, Maßloff u. a.) abgelehnt und erklärt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands nicht auf diesem Standpunkt stehen.

Italienische Friedensdemonstrationen.

Eine am Sonntag in Mailand stattgefundene, von etwa 6000 Personen besuchte Versammlung sprach sich scharf gegen eine Beteiligung Italiens am Kriege aus und forderte unbedingte Wahrung der Neutralität. Referent war der sozialistische Bürgermeister Mailands, Rechtsanwalt Caldara. Der Versuch der Kriegshetzer, diese machtvolle Demonstration zu stören, mißlang vollständig. In Venedig und in Turin fanden ähnliche Kundgebungen statt. Das in großen Massen aufgebotene Militär fand keinen Anlaß einzuschreiten. Anders in Rom, wo die von der Sozialdemokratie veranlaßte Kundgebung von den Kriegstreibern derart gestört wurde, daß es zu Handgreiflichkeiten kam, die erst durch das Eingreifen des Militärs ein Ende fanden.

Eine Hetzrede Markows.

Kopenhagen, 22. Februar. (W. T. B.) Es liegt das Original der Rede des Führers der rechten Parteien Markow II in der russischen Reichsduma vor. Markow sagte: „Unserer Armee darf nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht die glänzenden Siege erringt — — —" Hier wurde der Redner unterbrochen. (Starke Ausrufe: „Wieso erringt sie keine Siege?") „Stört mich nicht, sonst ist es eine Provokation," erwiderte Markow. „Unserer Armee darf nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß sie keine glänzenden Siege erringt und daß wir uns nicht so rasch auf Berlin bewegen, wie dies von jedem ehrlichen russischen Herzen gewünscht wird. Wir erringen allerdings Siege, aber keine entscheidenden." . . . Der Redner fährt fort, indem er nachzuweisen sucht, daß die Schuld an dem Versagen des Heeres die Spionagetätigkeit der deutschen Kolonisten (!) in Rußland treffe, die auf jeden Fall ihrer Güter verlustig gehen müßten, die ihnen durch die Schwachheit früherer russischer Herrscher übergeben worden seien.

Es bleibt bei der Judenunterdrückung.

Petersburg, 22. Februar. (W. T. B.) In der Konferenz, die vor der Eröffnung der Duma zwischen Regierung und Abgeordneten abgehalten wurde, hat der Minister des Innern laut Mitteilung der Zeitschrift „Nowi-Woschod" in bezug auf die Judenfrage erklärt, daß die Regierung unter den obwaltenden Verhältnissen zur Besserung der Lage der Juden nichts tun könne.

Ein Hilferuf für Polen.

Auf dem neutralen Boden der Schweiz hat sich aus hervorragenden Polen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit und zu ausschließlich philanthropischen Zwecken ein Generalhilfskomitee für die Kriegsleidenden in Polen gebildet, dessen Präsident, der polnische Dichter Henryk Sienkiewicz, einen warmen Aufruf veröffentlicht, in dem um Spenden gebeten wird, um den unglücklichen Bewohnern Brot und Obdach zu verschaffen.

Der Sitz des polnischen Generalhilfskomitees ist Lausanne. Die Schweizer Nationalbank ist ermächtigt, Geldspenden entgegenzunehmen.

Ein Schwindel der „Morning Post".

Berlin, 21. Februar. (W. T. B.) Am 15. Dezember 1914 berichtete ein „eigener Korrespondent" der „Morning Post", einer seiner Freunde habe von einem aus Minden zurückgekehrten französischen Geistlichen einen entsetzlichen Bericht über die an englischen Gefangenen daselbst verübten Grausamkeiten erhalten. Die deutschen Wachtsoldaten versetzten den Engländern Fußtritte in den Unterleib, schlügen sie mit ihren Gewehren so lange auf den Rücken, bis die Gewehre zerbrächen und zwängen sie, an sumpfigen Plätzen zu schlafen. So sei es gekommen, daß viele Engländer an Schwindsucht erkrankt seien und 30 von ihnen aus Verzweiflung über die ausgestandenen Qualen die Bitte ausgesprochen hätten, man möge sie erschießen.

Eine in der internationalen Gefangenenfürsorge tätige Dame sandte diesen Bericht an den Berliner Theologieprofessor D. Deißmann mit der Bitte, der Sache auf den Grund zu gehen. Obwohl die Einzelheiten des Berichtes den Stempel der Unwahrheit an der Stirne trugen, wurde von der Inspektion der Gefangenenlager im Bereiche des 7. Armeekorps eine strenge Untersuchung eingeleitet, deren Aktenstücke dem Professor Deißmann dann im Original vorgelegt wurden. Daraus ergab sich folgendes: Ein französischer Geistlicher ist aus dem Lager Minden bis jetzt nicht entlassen worden. Damit ist schon der Gewährsmann der „Morning Post" als fingiert erwiesen. Sämtlichen weißen und farbigen Engländern in Minden ist der Artikel der „Morning Post" durch einen vereidigten Dolmetscher vorgelesen worden, und alle haben durch Namensunterschrift erklärt, daß ihnen von dem dort behaupteten Dingen nicht das Mindeste bekannt sei. Bei Beantwortung der Frage nach der Bitte der 30 um Erschießung sind, wie das Protokoll ausdrücklich vermerkt, sämtliche Engländer in ein Gelächter ausgebrochen. Befragt, ob sie irgendwelche Beschwerden sonst hätten, geben drei Engländer ganz geringfügige, von ihnen selbst als solche bezeichnete Einzelheiten an, die mit der von der „Morning Post" behaupteten in keinem Zusammenhang stehen und zum Teil durch einen mißverstandenen und darum nicht richtig ausgeführten Befehl an einen Gefangenen veranlaßt waren. Der leitende Arzt des Gefangenenlagers stellte auch seinerseits fest, daß Schwindsuchtsfälle überhaupt noch nicht vorgekommen seien. Von den im ganzen nur 6 (!) im Lazarett behandelten Engländern seien 5 wegen Kriegswunden und Krankheiten, 1 wegen Mandelentzündung in Pflege gewesen. Daraus ergibt sich, daß der Gesundheitszustand der Engländer in Minden ein ausgezeichneter genannt werden muß.

Die ganze, sehr sorgfältige Untersuchung, die durch einen im Zivilberuf als Landrichter tätigen Offiziersstellvertreter geführt worden ist, ergibt somit, daß die Angaben der „Morning Post" ohne Ausnahme erlogen sind.

Der ganze Fall ist ein klassisches Beispiel für die moralischen Methoden der „Morning Post". Wie sich aber jede derartige Handlung zuletzt gegen ihren Urheber wendet, so auch in diesem Falle. Darauf berechnet, die Ehre Deutschlands zu beschmutzen, hat der Artikel wohl nun den Haupterfolg gehabt, daß zahlreiche englische Familien ohne jeden Grund wochenlang sich in Angst um ihre gefangenen Angehörigen verzehrt haben. (Notiz: von Professor Dr. Adolf Deißmann, genehmigt Stellvertr. Generalkommando Münster.)

Die Kriegsfürsorge vor dem preußischen Abgeordnetenhause.

Am Montag ist das Plenum des Abgeordnetenhauses wieder zusammengetreten, um den Etat des Staatsministeriums und in Verbindung damit den Gesetzentwurf über Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände zu beraten.

Nach dem von den Fraktionen vorbereiteten Plan erstattete zunächst der konservative Abgeordnete Dr. Hoesch den Bericht der Budgetkommission über die Kapitel Volksernährung, Viehhaltung, Feldbestellung und Geldverkehr. Was er darüber zu sagen hatte, ist durch die Veröffentlichungen der Presse bereits bekannt. Wir müssen uns in unserer Kritik aus leicht ersichtlichen Gründen einer gewissen Zurückhaltung befleißigen, wir begnügen uns deshalb mit der Andeutung, daß wir keineswegs in allen Punkten den Ausführungen des Referenten beipflichten können, und daß insbesondere seine Berufung auf den Artikel von Kaliski in den „Sozialistischen Monatsheften" besser unterblieben wäre. Unser Vertreter in der Kommission hat keinen Zweifel gelassen, daß die Partei nicht hinter Kaliski stehe und daß die jetzige Lage nicht für, sondern gegen die Richtigkeit der agrarischen Wirtschaftspolitik spricht. Von der Aeußerung des Berichterstatters, daß sich in der Kommission keine Partei ihrer vaterländischen Pflicht entzogen habe, nehmen wir mit Genugtuung Notiz, soweit es sich um die Sozialdemokratie handelt, denn unser Streben war nicht nur in der Kommission, sondern überall von Beginn des Krieges an darauf gerichtet, die Ernährung des Volkes sicherzustellen.

Ebensogut wie es nach Ansicht des Berichterstatters auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung steht, steht es nach Ansicht des zweiten Berichterstatters, des freikonservativen Abgeordneten Frhn. v. Zedlitz auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge. Seine Ausführungen erweckten den Anschein, als ob es im ganzen Deutschen Reich keinen Angehörigen eines Kriegsteilnehmers gebe, der Grund zum klagen habe, und als ob auch die Arbeitslosen sich eines mehr als ausreichenden Schutzes erfreuen. In dieses Loblied stimmte namens aller bürgerlichen Parteien der Abg. Dr. Friedberg ein. Einen etwas anderen Ton brachten die Sozialdemokraten in die Debatte, deren Redner Genosse Hirsch zwar die Zustimmung seiner Freunde zu dem Gesetzentwurf erklärte, im übrigen aber aus der Praxis nachwies, wieviel in bezug auf die Kriegsfürsorge noch zu tun ist, wie die Regierung besonders in der Nahrungsmittelfrage vielfach versagt hat und wie mangelhaft es um die Fürsorge für die Arbeitslosen bestellt ist. Wir wollen hoffen, daß die Fülle von Anregungen, die unser Genosse gab, nicht unbeachtet bleiben; die Behörden können daraus lernen, wo der Hebel anzusetzen ist, die Familien der Kriegsteilnehmer aber werden sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß sie auf die Sozialdemokratie in allen Lebenslagen rechnen können.

Nach einstimmiger Annahme des Gesetzentwurfs über Kriegsbeihilfen wurde die weitere Beratung des Etats auf Dienstag vertagt. Es wird dann die Frage des Belagerungszustandes und der Zensur zur Erörterung stehen.

Politische Uebersicht.

Friedensforderungen des Wehrvereins.

Während der Presse der Mund zur Erörterung der Friedensbedingungen geschlossen ist, geht die Agitation für bestimmte Wünsche beim Friedensschluß in Versammlungen ruhig weiter. So tagte am Sonnabend im Plenarsitzungssaale des Reichstags der vor drei Jahren vom General Keim gegründete Deutsche Wehrverein, wobei der Leiter der Versammlung und die beiden Redner, Geheimrat Professor Adolf Wagner und Geheimrat Professor Roethe durchaus nicht mit ihren Wünschen für den Friedensschluß zurückhielten. Im Anschluß an die Vorträge faßte die Versammlung nach der „Kreuz-Zeitung" einstimmig folgenden Beschluß:

„Der Deutsche Wehrverein, der durch die Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges seine bisherigen Bestrebungen auf Stärkung der deutschen Waffenrüstung voll gerechtfertigt sieht, erklärt, daß das deutsche Volk angesichts der Tatsache, daß in diesem Kriege seine ganze Zukunft auf Jahrhunderte hinaus auf dem Spiele steht, bis zum äußersten mit Gut und Blut durchhalten muß und durchhalten wird. Unbedingt notwendig, um die politischen wie die nationalen, die wirtschaftlichen wie die kulturellen Lebensbedingungen des deutschen Volkes zu sichern, ist aber ein Friedensschluß, der den ungeheuren gebrachten Opfern entspricht und der dem deutschen Volke nicht nur finanzielle Entschädigungen, sondern auch Gebiets- und Machterweiterungen innerhalb und außerhalb Europas bringt."

An den Kaiser, den Kronprinzen, General Keim und General von Litzmann wurden Begrüßungstelegramme abgesandt.

Kartoffelnot.

Vom Bund „Neues Vaterland" wird uns geschrieben:

Die Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise ist eine Antwort auf die Bitten der Konsumenten, die wieder einmal das Wort eines alten Sozialpolitikers beweist: „Die Regierung sieht ihre Aufgaben vom Standpunkt der Produzenten an."

Hunderttausende von Frauen laufen in diesen Tagen nach Kartoffeln umher. Sie erhalten keine. Weshalb? Etwa, weil die Engländer uns die Zufuhr gesperrt hätten? Nein, weil eine kleine Zahl von Landwirten und Großhändlern die Kartoffeln festhält und weil die Regierung nicht fest zupackt, wie es zwar bezüglich der Getreidevorräte zuletzt geschah, aber erst nachdem der Handel im Herbst, wie man schätzt, mindestens 800 Millionen Mark extra, das heißt im Verhältnis zum normalen Geschäftsgang, eingesackt hatte. Dasselbe Spiel wird sich jetzt mit dem Fleisch wiederholen. Man spricht einerseits davon, Schweine als Düngemittel zu verwenden, weil zu viel vorhanden sind, andererseits zeigt der Kleinhandel Preise wie nie zuvor. Die „Tägliche Rundschau" schreibt am 16. Februar von sachverständiger Seite: „In jedem Falle darf man es als erwiesen betrachten, daß dem Zwischenhandel in der letzten Zeit wieder enorme Gewinne zugefallen sind, und zwar auf Kosten der großen Masse der Verbraucher, der die Dauerwaren an Fleisch dereinst recht teuer zu stehen kommen wird." Sie fordert auf, daß unverzüglich etwas geschehe. Aber selbst das Unverzüglichste kann noch zu spät kommen. Es gibt ein italienisches Sprichwort: „Wer mit freiem Anlauf springt, springt gut, der Gestoßene springt immer schlecht". Die Regierung hat sich in dieser wichtigen Frage immer von den Ereignissen stoßen lassen, anstatt sie voraus zu berechnen und danach zu handeln.

Die Teilung des Mehrgewinns.

Eine Mitteilung des Westfälischen Milchproduzentenvereins besagt:

Der Milchpreis in den Orten des westfälischen Industriegebiets ist mit Ausnahme von Hamm von 20 auf 22 Pf. gestiegen. Die Hälfte vom Aufschlage soll den Produzenten zugute kommen, die andere den Milchhändlern.

Bisher war bei den Versuchen, die Milchpreiserhöhung den Verbrauchern schmackhaft zu machen, nur immer davon die Rede, daß die Erzeugungskosten sehr erheblich gestiegen seien, nicht auch davon, daß der Milchhandel einer materiellen Aufbesserung bedürftig wäre. Durch diese Teilung des Aufschlags bekommt die ganze Sache erst den passenden Anstrich.

Und nicht nur dadurch. Denn der Geschäftsführer des Westfälischen Milchproduzentenvereins hebt in seiner Kundmachung an die Mitglieder weiter hervor:

Nach den Verhandlungen des Westfälischen Milchproduzentenvereins in seinen jüngst abgehaltenen Vorstandssitzungen, zu denen auch Vertreter von angeschlossenen Vereinen, Molkereien und Milchhändlern anwesend waren, ist von einer weiteren Preissteigerung der Milch auf 24 Pf. vorläufig Abstand genommen. . . .

Die Milchhändler wollen unter allen Umständen darauf Bedacht nehmen, für den nächsten Sommer den Preis von 22 Pf. pro Liter beizubehalten.

Also: gleichviel wie sich auch der Stand der Futtersaaten gestalten mag, gleichviel wie es etwa um die Ernährung des Volkes im übrigen stehen mag — die einmal durchgeführte Preiserhöhung soll beibehalten werden! Und man beachte: Produzenten und Händler gehen nicht verschiedene Wege, sondern sie halten gemeinsame Besprechungen ab, wie die Preissteigerung am besten durchzuführen und zu halten sei. Der Milchhandel erhofft die Konzessionierung und den Ausschluß mißliebiger Elemente, und er wird darin von den Produzenten nach Kräften unterstützt, die wiederum für ihre Hilfe den Gegendienst beanspruchen, daß die Milchhändler nun aber auch das Ausderreihetanzen sein lassen, mit dem sie früher noch hin und wieder die Sache der Verbraucher unterstützt haben.

Die Mehlvorräte.

Amtlich. Berlin, 22. Februar. (W. T. B.) Die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. hat auf die häufigen Anträge von Kommunalverbänden um Ueberlassung von Mehl durch das Wolffsche Telegraphenbureau zur Kenntnis gebracht, daß diesen Anträgen stattzugeben nicht Aufgabe der Kriegsgetreidegesellschaft sei.

Die Kriegsgetreidegesellschaft macht wiederholt darauf aufmerksam, daß noch große Mehlvorräte im Lande vorhanden sind. So haben Mitglieder des Vereins deutscher Handelsmüller nach einer heute gemachten Mitteilung der Geschäftsstelle desselben über 10 000 Tonnen mehr zur Verfügung, die an notleidende Kommunalverbände abgegeben werden können. — Es wird weiterhin daraufhin verwiesen, daß auf Grund der Bundesratsverordnung vom 18. d. Mts. die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses gestatten können, daß Mühlen Weizenmehl in anderer Mischung, als bisher vorgeschrieben, abgeben dürfen, daß Weizenbrot aus einer Mischung hergestellt wird, die weniger als 30 Gewichtsteile Roggenmehl unter 100 Teilen des Gesamtgewichts enthält, und daß an Stelle des Roggenmehlzusatzes Kartoffeln oder andere mehlartige Stoffe verwendet werden. Durch diese Verordnung wird dem augenblicklichen Bedarf der Kommunalverbände nach Roggenmehl wohl wirksam gesteuert werden, da auf diese Art und Weise der Verwendung des Weizenmehls ein wesentlich weiterer Spielraum gelassen ist. Es wird auch daran erinnert, daß nach § 5 Abs. 4 der Bekanntmachung über die Bereitung von Backwaare vom 5. Januar 1915 die Landeszentralbehörde gestatten kann, daß bei der Bereitung von Roggenbrot das Roggenmehl bis zu 30 Gewichtsteilen durch Weizenmehl ersetzt wird.

Abkommandierungen zur Frühjahrsbestellung.

Das Generalkommando des 7. Korps hat mitgeteilt, daß beabsichtigt sei, die bei sämtlichen Ersatzformationen befindlichen landwirtschaftlichen Arbeiter, Gutsbesitzer usw. für die Zeit vom 18. März bis 5. April auf die landwirtschaftlichen Betriebe des Bezirks zu kommandieren. Es handle sich um 1/3 des gesamten Mannschaftsbestandes.

Verstorbene Parlamentarier.

Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 5, Königsberg, Domprobst Dr. Dittrich-Frauenburg ist am Sonntag in Braunsberg gestorben. Er gehörte dem Zentrum an.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Gustav Adolf Thomsen ist am Montag in Heide bei Kiel gestorben. Er vertrat vom Jahre 1881 bis 1898 den fünften Schleswig-Holsteinschen Wahlkreis Dithmarschen-Steinburg. Er gehörte der Freisinnigen Vereinigung an.

Ein einheitliches westeuropäisches Wirtschaftsgebiet.

Uns wird geschrieben:

Unsere heutige moderne Volkswirtschaft ist in immer steigendem Maße vom Weltmarkt abhängig und ein Rückwärts auf der Bahn der Weltmarktswirtschaft wird es in Zukunft nicht mehr geben. Zwar ist der heutige Weltmarkt kein geschlossener Organismus, er hat keinen einheitlichen zentralen Willen, sondern nur Tendenzen, die sich aus den Spannungen der lebendigen volkswirtschaftlichen Kräfte der verschiedenen nationalen Volkswirtschaften ergeben. Das nächste Ziel der Entwicklung wird ohne Zweifel noch nicht die Organisierung des Weltmarktes, sondern die Organisierung von Wirtschaftsgruppen sein, die sich aus der inneren Verwandtschaft der zugehörigen Wirtschaftsgebiete ergeben. Die westeuropäischen Staaten sind in ihrer politischen, sozialen und kulturellen Struktur bereits heute vollständig aufeinander angewiesen. Trotzdem zerfallen sie in 19 autonome Gebiete, die ihre Märkte im Binnenverkehr gegeneinander durch Zollschranken und Protektionismus abschließen. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts betrug der Gesamtumsatz im gegenseitigen Handel der westeuropäischen Länder 20 Milliarden, d. h. die Hälfte ihres Gesamthandels entfiel auf den zwischenstaatlichen Handel Westeuropas. Die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes würde diese 50 Proz. nicht nur wesentlich entlasten, sondern auch den inneren europäischen Gesamthandel auf eine höhere Stufe bringen, zudem wäre die wirtschaftliche Stellung dieses Gebietes auf dem Weltmarkt eine ganz andere als vorher und könnte zu seiner Beherrschung führen.

Der Gedanke einer solchen Einigung des europäischen Wirtschaftsgebietes galt den Politikern bis heute so gut als eine Utopie wie früher die zollpolitische Einigung Deutschlands als Utopie gegolten hat. Die bittere Notwendigkeit wird auch hier zeigen, daß die Schaffung größerer Organisationen keine Utopien sind und es mehren sich ja auch tatsächlich die Stimmen für solche Ziele.

Demission des luxemburgischen Ministeriums.

Luxemburg, 22. Februar. (W. T. B.) Das luxemburgische Ministerium, bestehend aus Staatsminister Eyschen und den Generaldirektoren Mongenast, de Waha und Braun, ist heute um seine Entlassung eingekommen.

Der „heilige Krieg" und Niederländisch-Indien.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die Bewegung unter den Mohammedanern der niederländischen Kolonien scheint doch stärker zu werden, als man erwartet hatte. Sie gibt sich vor allem in der Sammeltätigkeit des rasch erstarkenden Bundes „Sarikat Islam" zu erkennen. Wie der „Java-Bode" vom 31. Dezember berichtet, wird Anschluß an die türkische Vereinigung „Ahilal Alahmar" gesucht, die einen Hilfsfonds für die durch den Krieg bedürftig gewordenen Türken aufzubringen sucht. Es haben sich schon im javanischen Binnenland an verschiedenen Orten Hilfskomitees gebildet. Das genannte Blatt äußert die Befürchtung, daß der „Sarikat Islam" mit dieser Aktion auf einen Weg gerate, der ihn von seinem kulturellen und wirtschaftlichen Programm bedenklich abseits führe. — Auch in anderen Kolonistenblättern findet man besorgte Hinweise auf das Anwachsen der religiös-nationalistischen Strömung.

Daß die niederländischen Kolonien mit ihrer materiell und geistig verhältnismäßig hochstehenden islamitischen Bevölkerung einen guten Boden für die panislamitische Propaganda abgeben könnten, läßt sich auch nach dem hohen Anteil vermuten, den die Javaner und Malaien an der Betfahrt nach Mekka haben. Nach dem Bericht des niederländischen Konsuls in Djeddah für das Jahr 1913—1914 ist die Zahl der Mekkapilger von 88 295 auf 96 924 gestiegen. Davon waren 34 685 Javaner und Malaien gegen 24 985 im vorangegangenen Jahr. — Der klerikale Rotterdamer „Maasbode" fragt, was die Regierung nun zu tun denke, da Mekka leicht ein Zentrum für die Propaganda des heiligen Krieges werden könnte.

Genossenschaftliches.

Der Verband schweizerischer Konsumvereine im Jahre 1914.

Ueberraschend bald erfährt man aus der schweizerischen Parteipresse einige wichtige Angaben über die Weiterentwickelung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine in dem alles erschütternden Kriegsjahr 1914. Danach hat der Verband im Berichtsjahre seinen Umsatz trotzalledem noch weiter erhöhen können, wenn auch nur um 1 317 760 Franken, von 44 400 000 Franken auf 45 717 076 Franken. Im Jahre 1913 hatte allerdings die Zunahme des Umsatzes gegenüber 1912 über 7 Millionen Franken betragen und ohne das Dazwischenkommen des Krieges würde wohl das verflossene Jahr einen ähnlichen bedeutenden Zuwachs gebracht haben. Die Betriebsrechnung schließt bei 696 302,80 Franken Einnahmen und 345 023,99 Franken Ausgaben mit einem Ueberschuß von 351 278,81 Franken (um 51 000 Franken mehr als 1913), der zu Abschreibungen und Verstärkung des Reservefonds verwendet wird. In das Verbandsvermögen wird eine Einlage von 200 000 Franken gemacht, in den Dispositionsfonds 20 000 Franken, in den Delkrederekonto 10 000 Franken und auf neue Rechnung werden 8607,67 Franken übertragen. Bemerkenswert sind die vorhandenen großen Warenvorräte im Werte von 3 957 794 Franken gegen nur 2 618 525 Franken Ende 1913. Die Schuhfabrik des Verbandes hat das erste volle Betriebsjahr hinter sich. Sie lieferte für 781 551,98 Franken fertige Schuhwaren mit zirka 120 Arbeitern und bei vorübergehender Betriebseinstellung nach Kriegsausbruch. Die bezahlte Lohnsumme beträgt 181 882,15 Franken. Außer der Verzinsung und Amortisierung der Anlagen mit 20 000 Franken wurde noch ein kleiner Ueberschuß erzielt. Die Schuhfabrik hat ein kritisches Betriebsjahr im Hinblick auf den Krieg hinter sich, aber sie wird sich in den wiederkehrenden Friedenszeiten gut weiter entwickeln, wie der gesamte Verband der schweizerischen Konsumvereine, die auch da während des Krieges für die gesamte Konsumentenwelt sich als sehr nützlich, als gemeinnützig erwiesen und bewährt haben.

Letzte Nachrichten.

Der Bericht des russischen Generalstabes.

Petersburg, 22. Februar. (W. T. B.) Der Große Generalstab veröffentlicht folgendes Communiqué: Als die Deutschen nach einer Reihe außerordentlich heftiger und hartnäckiger Angriffe, die sie unzählige Opfer kosteten, die Unmöglichkeit erkannt hatten, unsere Stellung auf dem linken Weichselufer einzudrücken, schritten sie Anfang Januar dazu, einen neuen Plan ins Werk zu setzen. Nachdem sie im Innern des Landes die Formation mehrerer neuere Armeekorps beendet hatten und sich dazu entschlossen hatten, weitere Truppen von ihrer Westfront abzutransportieren, um sie gegen uns operieren zu lassen, warfen sie unter Benutzung ihres außerordentlich entwickelten Eisenbahnnetzes bedeutende Streitkräfte nach Ostpreußen und versuchten unsere 10. Armee, die stark organisierte Stellungen längs der Angerapp und der masurischen Seen besetzt hielt, zu schlagen. Um den Erfolg dieses Planes sicherzustellen, transportierten die Deutschen auch einen Teil ihrer Kontingente von der Bsura- und Rawkafront auf das rechte Weichselufer.

Die Ansammlung der deutschen Kräfte in Ostpreußen wurde bereits am 4. Februar entdeckt, aber der Umfang dieser Ansammlung konnte mit Sicherheit erst einige Tage später festgestellt werden. Unsere Oberbefehlshaber entschlossen sich, da sie keine Eisenbahnen hatten, um mit der nötigen Schnelligkeit an der Front in Ostpreußen die Kräfte zu vereinigen, die unerläßlich waren, um in gebührender Weise dem Vorstoß des Feindes standzuhalten, die obenerwähnte Armee aus Ostpreußen gegen die Grenze und noch weiter bis gegen den Njemen und den Bobr zurückzuführen.

Bei dieser Bewegung des rechten Flügels wurde die 10. Armee von bedeutenden feindlichen Kräften bedrängt und mit einer Umgehung der rechten Flanke bedroht. Sie war also zu einer schleunigen Frontänderung in der Richtung Kowno gezwungen. Diese schleunige Bewegung entblößte die Flanke des nachfolgenden Korps, das sich infolgedessen in äußerst bedrängter Lage befand. Nur einzelne Abteilungen konnten entrinnen. Die anderen Korps der 10. Armee, die den Feind ununterbrochen mit Heftigkeit bekämpften, wurden langsam in die ihnen befohlenen Richtungen zurückgenommen. Dabei ergriffen sie selbst die Offensive, drängten den Feind kräftig zurück und brachten ihm furchtbare Verluste bei, wobei sie die unglaublichen Schwierigkeiten überwanden, die durch den tiefen, alles einhüllenden Schnee entstanden waren. Die Straßen waren ungangbar, Automobile konnten nicht vorwärts kommen, der Train hatte Verspätung und konnte oft seinen Bestimmungsort nicht erreichen. Schritt für Schritt langsam zurückweichend, hielten diejenigen unserer Korps, die den linken Flügel der 10. Armee bildeten, den Feind durch neun Tage auf einer Strecke zurück, die man gewöhnlich in vier Tagen durchmißt. Diese Korps wurden am 19. Februar über Augustowoka zurückgenommen, aus der Kampflinie gebracht und bezogen die ihnen anbefohlenen Plätze. Gegenwärtig entwickeln sich die Aktionen an der deutschen Front in der Gegend von Ossowietz, auf den Straßen von Lomza, nach Edvobno, nördlich von Kodzidlo, auf dem halben Wege von Plock nach Glonsk. Stellenweise sind diese Kämpfe sehr hartnäckig. Rechts von der Weichsel auf der Straße von Plock wurden österreichische Abteilungen zwischen den deutschen Truppen entdeckt.

In den letzten zwei Tagen machten wir ungefähr 1000 Deutsche zu Gefangenen. In Galizien ging der Feind am 19. und 20. Februar nach einem vorbereitenden Artilleriefeuer, das äußerst heftig war, im Norden von Zaliczyn zur Offensive über, wurde jedoch nach einem dreimaligen wiederholten Angriff zurückgeschlagen. Die Kämpfe zwischen Mezolaborcz und dem unteren San dauern unter fortwährendem Wechsel von Angriff und Abwehr an. Neue Angriffe der Deutschen gegen die Höhen von Koziovka und in der Gegend von Neurozanka wurden alle zurückgeschlagen. Unsere Truppen bemächtigten sich nach erbitterten Kämpfen der Höhen südöstlich von Dukla, nordwestlich von Lenoczow. In Südgalizien besetzte der Feind Stanislau.

Der strategische Rückzug der Russen.

Paris, 22. Februar. (T. U.) Ueber die Kämpfe im Osten schreibt der „Matin": Wir wohnen augenblicklich der bereits traditionellen, man möchte sagen, klassischen Veränderung auf dem östlichen Kriegsschauplatz bei. Der Augenblick ist wieder einmal gekommen, wo gut informierte, aber mißvergnügte Leute schmerzerfüllte Blicke wechseln, sich zueinander neigen und düster zuflüstern: Die Russen weichen in der Bukowina zurück, sie sind aus Ostpreußen hinausgeworfen und auch in den Karpathen steht es faul! Nach diesen einleitenden Worten kommt der „Matin" zu folgender überraschenden Schlußfolgerung: Das alles haben wir schon mehrmals gehört, und wir werden es noch länger hören, bis man plötzlich mit Erstaunen bemerken wird, daß es eigentlich die Deutschen sind, die entscheidend geschlagen werden. Unsere tapferen Verbündeten sind in verschiedener Hinsicht manchmal benachteiligt, ihr Eisenbahnnetz ist zu schwach, und auch ihr Munitionsvorschub läßt viel zu wünschen übrig, sie müssen infolgedessen häufig strategische Rückzüge ausführen, um den Augen des Feindes ihre wahren Absichten zu verbergen. In dieser Rückzugstaktik sind sie jedoch die wahren Meister geworden und weichen erst, nachdem sie die Erde mit Leichen der Deutschen übersät haben. Da sie die Ueberlegenheit der Zahl besitzen und außerdem den unerschütterlichen Mut eines Volkes, daß für seine Freiheit ficht, so sind sie des endgültigen Sieges sicher.

Die „Humanité" schreibt: Die Nachrichten, die wir von der Ostfront erhalten, sind nicht gerade die besten. Es steht jetzt tatsächlich fest, daß sowohl in Ostpreußen wie in der Bukowina, also im Norden wie im Süden ein so heftiger Druck auf die Russen ausgeübt wurde, daß sie zu einem sehr ernsthaften Rückzug gezwungen wurden.

Unsere Ernährung während der Kriegszeit!

Heute Dienstag, den 23. Februar 1915, abends 8 Uhr:

Oeffentliche

Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

Corona-Prachtsäle, Kommandantenstraße 72.
Kammersäle, Teltower Straße 1–8.
Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.
Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.
Graumann, Naunynstraße 29.
Konzert- und Festsäle, Koppenstraße 29.
Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Unions-Festsäle, Greifswalder Straße 222.
Brauerei Bötzow, Prenzlauer Allee.
Frankes Festsäle, Badstraße 19.
Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
Brauerei Patzenhofer, Turmstraße 25/26.

Adlershof: **Restaurant Ziege**, Bismarckstraße 29.
Cöpenick: **Stadttheater**, Friedrichstraße 3.
Charlottenburg: **Volkshaus**, Rosinenstraße 3.
Mariendorf: **Restaurant Herold**, Chausseestraße 283.
Neukölln: **Karlsgarten**, Karlsgartenstraße 6—10.
Neukölln: **Restaurant Felsch**, Knesebeckstraße 49.
Neukölln: **Passage-Festsäle**, Bergstraße 151/152.
Schöneberg: **Neue Rathaussäle**, Meininger Str. 8.
Wilmersdorf: **Viktoriagarten**, Wilhelmsaue 114/115.
Lichtenberg: **Schwarzer Adler**, Frankfurter Chaussee.
Oberschöneweide: **Wilhelminenhof**, Schloßparkstraße.
Weißensee: **Schloß Weißensee.**

Referenten: **Eduard Bernstein — Eugen Brückner — Otto Büchner — Emil Eichhorn — Fritz Faaß — Simon Katzenstein — Karl Koblenzer — Friedrich Kunze — Georg Ledebour — Gustav Link — Wilhelm Paetzel — Hermann Radtke — Adolf Ritter — Georg Schmidt — Alfred Scholz — Georg Schöpflin — Heinrich Schulz — Georg Ucko — Klara Weyl — Rudolf Wissell — Emanuel Wurm — Mathilde Wurm — Emil Wutzky — Luise Zietz.**

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend. E. Ernst.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. A. Körsten.

199/1

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83—85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Mittwoch, den 24. Februar, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Elektromonteure und Helfer

Groß-Berlins

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (Hochzeitssaal).

Tagesordnung:

1. **Bericht der Kommission.** 2. Neuwahl des 1. und 2. Branchenleiters. 3. Ersatzwahl zur Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. —

Mittwoch, den 24. Februar, abends 8½ Uhr,

Mitglieder-Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter

und verwandten Berufsgenossen

im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung:

1. **Vortrag des Genossen Joh. Sassenbach.** 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. —

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter

im Lokal von Bieberstein, Adalbertstraße 59.

Tagesordnung:

1. **Die gegenwärtige Situation in unserer Branche.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

— Mitgliedsbuch legitimiert. —

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

132/14

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10628, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Branchen-Versammlungen:

Korbmacher.

Dienstag, den 23. Februar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Lichtbilder-Vortrag.

Ein Besuch der Kriegsschauplätze in Ostpreußen.

Vortragender: Kollege Ahlemeyer.

Eintrittspreis: 10 Pfennig.

Kistenmacher.

Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal „Andreas-Festsäle", Andreasstr. 21.

Lichtbilder-Vortrag:

Ein Besuch der Kriegsschauplätze in Ostpreußen.

Vortragender: Kollege Ahlemeyer.

Zu den Lichtbilder-Vorträgen sind die Frauen der Kollegen freundlichst mit eingeladen.

Stellmacher.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8½ Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:

1. **Stellungnahme zum Abschluß eines neuen Vertrages in den Wagenfabriken.** 2. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Sorgt für guten Besuch der Versammlungen. Niemand darf fehlen!

Die Ortsverwaltung.

97/7

Jaekels Möbel **Schlafe patent**
Kriegswoche v. 21.—28. Febr.
5% Kriegsrabatt.
Preisliste 198 franko.
R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik
Berlin, Markgrafenstraße, Ecke Kochstraße. Tel. Zentrum 9474.

Dr. Max Goldschmidt
Warschauer Str. 15
wird während des Krieges durch
Dr. O. Meckauer vertreten
Warschauer Str. 82.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
Inh.: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Haben Sie **Fußbeschwerden?**
empfehle nach Maß passend gearbeitete **Stützeinlagen** sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Stützkorsetts usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort.

Asthma mit Hustenanfällen und starker Verschleimung findet wirksame Hilfe durch Reichels **Echte Asthmatropfen**, berühmt durch ihre Wirkung. Zahlreiche Erfolgsberichte. **Fl. 2.50.** Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, **Beinkranke** jeder Art, **Ehrlich Hata**-Kuren in u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung., **Fäden** i. Harn usw.
Dr. Homeyer gegenüber Panoptikum
Friedrichstr. 81,
Spr. 10—2, 5—9. Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 3

Soeben erschien:
Die Zarengeißel
Sturmschreie aus hundert Jahren.
Dichtungen von Platen, Chamisso, Beranger, Herwegh, Freiligrath, Keller, Turgenjew, Björnson, Henckell, Gorki, Preczang, Diederich u. a.
Herausgegeben von
Dr. Franz Diederich.
Preis 50 Pf.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Etatberatung im Abgeordnetenhause.

99. Sitzung: vom 22. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück, Loebell, Lentze.

Präsident Graf **Schwerin** verliest unter dem Beifall des Hauses das soeben eingetroffene Telegramm, das das Gesamtergebnis der Winterschlacht in den Masuren meldet. Das Haus stimmt der Absendung eines Glückwunschtelegramms an den Kaiser zu.

Zu Ehren des verstorbenen Abg. Dr. Dittrich-Braunsberg (Z.) erhebt sich das Haus von den Sitzen.

Die zweite Lesung des Etats.

Verhandelt wird zunächst über den Etat des Staatsministeriums und über den Gesetzentwurf, der 110 Millionen Mark an die Gemeinden und Kommunalverbände als Staatsbeihilfe zu ihren Kriegsfürsorgemaßnahmen überweisen will.

Die Debatte wird in zwei Abschnitte: 1. Volksernährung, Viehhaltung, Feldbestellung, Geldverkehr; 2. soziale Kriegsfürsorge, Belagerungszustand und Einschränkung der Preßfreiheit zerlegt.

Die Volksernährung usw.

Der Berichterstatter

Abg. **Hoesch** (k.)

stellt zunächst mit Genugtuung fest, daß bei der Besprechung aller wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen sich in der Kommission die völlige Uebereinstimmung aller Parteien habe erzielen lassen. (Bravo!) Um diese Geschlossenheit zu wahren, ist in den Kommissionsverhandlungen manchmal eine Aeußerung aus alten und festen Ueberzeugungen zurückgestellt worden, bis wieder andere Zeiten kommen, die die Vertretung der Grundsätze der Parteien wieder zulassen. Ausdrücklich sei aber, um jeden Zweifel zu zerstreuen, hierbei betont, daß es in diesem Hause keine Partei gibt, welche in der Kommissionsberatung sich der großen Aufgabe des Zusammenstehens und der Zusammenarbeit nicht bewußt gewesen wäre. (Beifall.) Aus dieser Erscheinung tritt eine vaterländische Pflichterfüllung hervor, die wohl geeignet ist, eine Welt von Feinden zu bezwingen. (Erneuter Beifall.)

Darauf bespricht der Redner eingehend die seit Beginn des Krieges getroffenen wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen. Es wäre vielleicht manche Erfahrung uns erspart geblieben, wenn eine tiefdurchdachte, in Einzelheiten eingehende wirtschaftliche Vorbereitung zum Weltkriege noch während der Friedenszeit stattgefunden hätte. (Sehr richtig!) Daß das nicht geschehen ist, beweist aber, daß Deutschland nicht beherrscht gewesen ist von Haßgedanken gegen eine andere Macht, und daß uns der Wunsch ferngelegen hat, die Grenzen des Vaterlandes weiter zu stecken, daß allein die Absicht war, den Konkurrenzkampf mit den übrigen Völkern in friedlicher Arbeit durch gesteigerte technische Leistungen zu führen. (Zustimmung.) Wir nehmen nun aber auch den wirtschaftlichen Kampf mit unseren Feinden geschlossen auf, auch hier klar zum Gefecht. (Beifall.) Die Kommission konnte den von der Regierung getroffenen Maßnahmen nicht in allen Einzelheiten zustimmen, nicht sowohl der Tendenz dieser Maßnahmen wegen, als wegen auseinandergehender Auffassungen über die Zweckmäßigkeit verschiedener Maßnahmen. Die Geschlossenheit der Kommission bei diesen Auseinandersetzungen ist nicht ohne Eindruck auf die Staatsregierung geblieben. Die Kommission glaubte, daß es richtiger gewesen wäre,

ein ganzes sachverständig gegliedertes System von Höchstpreisen

aufzustellen und vor allem auch zu einer **Ueberwachung des Konsums** zu kommen. Die Regierung hatte zunächst wohl geglaubt, diese Ueberwachung nicht vornehmen zu brauchen, weil auf Grund einer hoffnungsfreudigen Ernteschätzung stattgefunden hatte, und weil in einer etwas weitgehenden Gründlichkeit, die nicht nur eine Eigenart der deutschen Bureaukratie, sondern der Deutschen überhaupt ist, sich erst durch eine sorgsame Bestandaufnahme der Brotgetreideverbrauch am 1. Dezember v. J. feststellen ließ. Einmütig war die Kommission der Ansicht, daß sie selbst bei einer glänzenden Ernte rechtzeitig zur Beaufsichtigung hätte schreiten sollen, da zu gewöhnlichen Zeiten 8 Millionen Tonnen Futtermittel eingeführt zu werden pflegen. Man hat auch versäumt, die Produktionsmittel der Landwirtschaft in ein annäherndes Verhältnis zum Preis der Produkte zu bringen. Niemand wird nach den Kriegserfahrungen noch verkennen, daß die landwirtschaftlichen Angelegenheiten nicht etwa nur einen einzelnen Berufsstand, sondern das ganze deutsche Volk betreffen. Manche der notwendigerweise durchgeführten Maßnahmen, insbesondere die Haferbeschlagnahme, wenden sich in schärfster Weise gegen die Landwirtschaft. Die Kommission forderte nachdrücklich, daß bei der Beschlagnahme des Hafers ein Beschlagnahmepreis festgesetzt werde, der nicht, wie der jetzt festgesetzte, an Vermögenskonfiskation grenze, daß auch auf die Futterversorgung der Zugochsen Bedacht genommen werde. Die Notwendigkeit der Kriegsgetreidegesellschaft hat die Kommission wohl anerkannt; sie hat aber zugleich Bedenken über einzelne Mängel in der Organisation betont, so namentlich, daß keine landwirtschaftlichen Sachverständigen in der Leitung waren. Es wurde auch bedauert, daß man sich nicht genügend auf die überaus leistungsfähigen Kommunalverwaltungen gestützt hat. Die Behandlung der Kleie in den Bundesratsverordnungen bedeutet einen schweren Mißstand, der das mittlere und kleine Müllergewerbe vor den Zusammenbruch führen muß, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird. Vom Konsumentenstandpunkt aus wurde Klage geführt, daß die Höchstpreise nicht immer innegehalten werden. Das lag zum Teil an einer Zwangslage der Verkäufer oder Händler, zum Teil aber auch an rechtswidriger Bereicherungssucht. Einmütig forderte die Kommission eine Sicherung gegen Umgehung der Höchstpreise durch zweckentsprechenden Ausbau der Höchstpreisgesetze. In erschreckender Weise sind die Mißstände in der **Kartoffelteuerung** zutage getreten. Wir werden zweifellos lernen müssen, in noch größerem Maße die Kartoffeln zur Streckung des Brotgetreides und zum Ausgleich der Ernteausfälle zu konservieren. Die Regierung hat daher aus Staatsmitteln die Errichtung von 240 weiteren Kartoffeltrocknereien zu den bestehenden 550 gefordert. Zweckmäßig wäre auch eine Maßnahme gegen Verschwendung von Kartoffeln gewesen. Durch eine entsprechende Gestaltung der Höchstpreise war die Verfütterung von Kartoffeln einzuschränken. Die Eigenart der Kartoffellagerung und ihres Transportes stehen einer Beschlagnahme der Kartoffeln im Wege. Eine gewissenhafte Ueberwachung ist jedoch erforderlich.

Redner bespricht dann die Forderung der Abschlachtung eines Teiles der Schweinebestände, die sich aber freihalten müßte von einer Uebertreibung, welche zur Vernichtung unseres wertvollen Schweinebestandes führen müßte. Durch das Eingreifen der Staatsregierung sind erfreulicherweise die Sorgen der Landwirtschaft beseitigt worden, daß Mangel an Arbeitskräften für die Feldbestellung und Mangel an Stickstoffdüngemitteln entstehen könne. Die Kommission hat nicht die große Bedeutung verkannt, die unsere herrliche Industrie und unser unternehmungslustiger Handel für die deutsche Schlagfertigkeit in diesem Kriege gehabt habe. Es wurde nicht übersehen, daß die Schnelligkeit, mit der sich fast jeder Industriezweig auf die Forderung der Zeit eingestellt hat, es ermöglichte, daß wir besser gerüstet sind und bleiben werden als unsere Gegner, die sich an Amerika wenden müssen. Wenn auch einzelne Industrien aus Heeresaufträgen großen Gewinn gezogen haben, so sind andere Industriezweige in bittere Not geraten. Die Kommission war der Ansicht, daß bei der Heranschaffung von Rohmaterial und deren Verteilung auf industrielle Werke die berufenen Vertreter von Handel und Industrie mehr als bisher herangezogen werden sollten. Bei Verteilung der Brotvorräte glaubte die Kommission, daß bei größter Sparsamkeit im Haushalt mehr Rücksicht auf die verschiedenartigen Nahrungsbedürfnisse der Bevölkerung, vor allem auf die der schwer arbeitenden kräftigen Männer, genommen werde. Wie der Kriegsminister zu unserer Genugtuung versicherte, werde auch in der Armee weise Sparsamkeit geübt. Besondere Anerkennung zollte die Kommission unserer finanziellen Kriegsmusterung, in erster Reihe der unvergleichlichen Verwaltung der Reichsbank. Der unbeugsame Wille des Volkes wird allen Aushungerungsplänen des Feindes zum Trotz bis zum völligen Siege durchhalten. Wer nicht berufen ist, auf dem Schlachtfelde mitzukämpfen, bleibe sich stets bewußt, daß von ihm werktätige Beihilfe für das Vaterland gefordert wird, indem er mit seinen Kräften Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet leistet und sein Verlangen nach Genuß gegenüber dem Ernst der Zeit zurückstellt. (Beifall.)

Staatsminister Dr. **Delbrück**

verweist auf die schwierige Aufgabe, das bei Ausbruch des Krieges ins Stocken geratene Wirtschaftsleben neu zu beleben, welche Aufgabe nach allen Richtungen hin gelungen sei. Unser Geld- und Kreditverkehr hat die Stürme der ersten Kriegswochen überstanden; er konsolidiert sich von Monat zu Monat und bietet die Grundlage für die finanzielle Seite der Kriegsführung, wie wir sie nicht besser erhoffen konnten. Der **Arbeitsmarkt**, der sich bei Ausbruch des Krieges in völliger Deroute befand, liegt heute sowie in der gleichen Jahreszeit im Frieden. (Hört! hört!) Die große Masse des Volkes ist verschont geblieben von den Notständen, die sonst mit einem so gewaltigen Kriege verbunden zu sein pflegen. Dazu hat die **umfassende Kriegsfürsorge** der Bundesstaaten und Kommunen beigetragen. Wissenschaft und Technik, Handel und Industrie sind unablässig bemüht gewesen, neue Formen der kriegswirtschaftlichen Rüstung zu erfinden, neue Methoden der Arbeit, wie sie der Krieg erforderte, auszuproben, neue Betriebsmittel zu erproben. Hinsichtlich des Rohstoffmangels werden wir alle Anregungen prüfen. Im ganzen aber können wir zufrieden sein mit dem Erreichten. Der Minister spricht Dank und Bewunderung aus für das, was Handel und Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus sich heraus in unablässigem, nie rastendem Bestreben auf diesem Gebiet geleistet haben. (Beifall.) Bei Besprechung der Regelung der Ernährungsfrage und der Futtermittelverteilung hebt der Minister hervor, daß in der Kommission sehr ausgiebige Kritik an den Maßnahmen der Regierung geübt worden sei. Es sei heute nicht der Ort, auf diese Kritik einzugehen. Ich kann nur versichern, daß die Regierung es mit Dank empfindet, daß sie sich in dieser schwierigen Zeit über diese schwierigen Fragen mit der Volksvertretung hat aussprechen können und einesteils der schweren Verantwortung dadurch enthoben worden ist. Ich bin überzeugt, daß es uns gelingen wird, auch diese, vielleicht schwierigste wirtschaftliche Aufgabe zu lösen. Der Aushungerungskrieg Englands hat diesen Krieg zu einem Kriege gestaltet: Volk gegen Volk, Mann gegen Mann; zu einem Kriege, in dem jeder, mag er draußen im Felde oder hier zu Hause sein, mag er Waffen tragen oder nicht, ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, verpflichtet ist, sein ganzes Dasein in den Dienst des Kriegszwecks zu stellen. Die Richtschnur unseres Handelns muß unablässig die einzige Frage sein: was schadet unseren Feinden und was nützt unserem Vaterland? (Lebhafter Beifall.) Dann wird uns der Sieg nicht entrissen werden, und wenn eine Welt gegen uns in Waffen stände. (Lebhafter Beifall.)

Kriegsfürsorge.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.)

betont in seinem Bericht, daß die Städte auf dem Gebiet der Linderung der Kriegsnot Vorbildliches leisten. Die Selbstverwaltung habe sich glänzend bewährt. Der Minister des Innern hat das anerkannt und zugesagt, daß die Gewährung dieser Staatsmittel an keine Bedingung geknüpft werde, und daß den Gemeinden auch hier volle Bewegungsfreiheit gelassen werden soll.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.)

gibt im Namen sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten eine Erklärung ab, in der es heißt, daß der vorliegende Gesetzentwurf mit großer Freude als die Erfüllung einer Ehrenpflicht des Staates begrüßt werde. Die Bekämpfung der Nahrungssorgen, des Wohnungsmangels, der Arbeitslosigkeit sei das Ziel, das Reich, Staat und Gemeinde mit gleichem Erfolge erstreben. Das Schwergewicht der Durchführung dieser Kriegsfürsorge lastet auf den Gemeinden als den ausführenden Organen. Alles, was unsere Gemeinden bisher geleistet haben, verdient uneingeschränkte Anerkennung und wird vorbildlich sein für alle Zeiten für deutsche Tatkraft und deutschen Opfersinn. (Beifall.) Wenn hier und da noch Lücken vorhanden sein sollten, so dürfen wir das begründete Vertrauen haben, daß sie in kurzer Zeit ausgefüllt sein werden. Unsere tapferen Krieger dürfen das beruhigende Bewußtsein haben, daß die, für die sie kämpfen, in der Heimat nicht notleiden. So wird auch dieses Gesetz dazu beitragen, der gerechten Sache Deutschlands den vollen Sieg zu erringen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Hirsch** (Soz.):

Auch wir stimmen der Vorlage zu, wir hoffen sogar, daß die Staatsregierung, wenn die Notwendigkeit vorliegt, noch weitere Mittel für die Kriegsfürsorge fordern wird. Wir erkennen durchaus an, daß die Staatsbeihilfen nicht auf eine bestimmte Art der Kriegsfürsorge beschränkt und daß dem Begriff „Ausgaben für Kriegswohlfahrtspflege" eine weite Auslegung gegeben wird. Nach dem Gesetzentwurf wird den Maßstab für die Bemessung der Beihilfen sowohl die Leistungsfähigkeit der Gemeinden, als auch die Höhe ihrer Leistungen geben. Wir halten an diesem Grundsatz fest gegenüber einem Redner in der Kommission, der nicht die Leistungen zum Maßstab nehmen wollte, so daß gerade diejenigen Städte, die auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge Hervorragendes geleistet haben, nicht berücksichtigt würden. Wir rechnen darauf, daß auch Berlin nicht mit einem anderen Maßstab gemessen wird als andere Gemeinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kriegsfürsorge selbst läßt viel zu wünschen übrig und schuld daran sind das Reichsgesetz, die mangelnde soziale Einsicht mancher Gemeindeverwaltungen und die Armut einer Reihe von Gemeinden. Die im Reichsgesetz vorgesehenen Sätze für die Unterstützung der Frauen und Kinder sind viel zu niedrig und auch die Novelle vom 4. August 1914 nähert sie noch nicht entfernt an die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung an.

Gerade auf dem Gebiet der Nahrungsmittelfürsorge hat die Regierung nicht das getan, was die Bevölkerung verlangt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das von meiner Partei in Verbindung mit den Gewerkschaften der Regierung bald nach Beginn des Krieges überreichte ausführliche Programm der notwendigen Maßnahmen in Produktion und Konsum ist leider nicht durchgeführt worden, sehr zum Schaden der Bevölkerung. Jetzt sehen wir, daß die Preise nicht nur für Brot, sondern auch für seine Ersatzstoffe gewaltig gestiegen sind. Die

Höchstpreise sind viel zu hoch

und dazu kommt, daß das augenblicklich wichtigste Nahrungsmittel, **die Kartoffeln, vielfach künstlich zurückgehalten** werden. Von der Schuld daran sind weder die Händler, noch die Produzenten freizusprechen. Jedenfalls müssen große Schichten des Volkes einstweilen auf den Genuß der Kartoffeln verzichten, entweder weil keine zu haben sind oder weil die Preise zu hoch sind. Hier muß die Regierung energisch eingreifen. Läßt sich die Beschlagnahme nicht durchführen, dann muß wenigstens der **Anzeige- und Verkaufszwang** eingeführt (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und auch **Höchstpreise für Schweinefleisch** festgelegt werden, damit die Landwirte keinen Anreiz mehr haben, noch weiter Kartoffeln zu verfüttern. Die Regierung muß sich ihrer schweren Verantwortung voll bewußt sein und ich darf wohl erwarten, daß sie endlich das Nötige tut; an Anregungen hat es nicht gefehlt.

Das Reichsgesetz zieht auch den Kreis der zu unterstützenden Personen viel zu eng. Deshalb hat die preußische Regierung selbst in einer Reihe anerkennenswerter Erlasse Abhilfe zu schaffen gesucht und die Unterstützung auf die Ehefrauen von aktiven Militärpersonen, auf Stiefkinder und auf geschiedene Frauen, soweit sie von dem eingezogenen Ehemann erhalten werden mußten, angeordnet. Da aber manche Behörden sich nur an das Gesetz und nicht an die Erlasse halten, ist es dringend nötig, daß diese Ausdehnung zu einem Reichsgesetz gemacht werde. Notwendig wäre weiter, daß auch unverheiratete Kriegsteilnehmer einen gewissen Schutz erhalten, und daß durch Mietebeihilfen kleine Handwerker und Kaufleute die eingezogen wurden, davor bewahrt werden, ihre aus ihren Ersparnissen errichteten Geschäfte aufgeben zu müssen. Leider müssen die Gemeinden jetzt derartige Gesuche ablehnen. Das Reichsgesetz bedarf einer Ausdehnung, um auch hier zu genügen. Erfreulich ist, daß der Minister gegen die Praxis vieler Gemeinden eingetreten ist, die auch dort das Vorhandensein der Bedürftigkeit nicht anerkannt haben, wo an ihr nicht gezweifelt werden konnte. Trotzdem die Regierung den Begriff der Bedürftigkeit mehrfach dargelegt hat, wird er von einer Reihe von Behörden so ausgelegt, daß die Bedürftigkeit nur dort gegeben sei, wo die Betreffenden bereits der Armenpflege anheim gefallen wären, und daß die Bedürftigkeit namentlich dort nicht vorhanden ist, wo etwa die Frau noch ein kleines Vermögen besitzt. Das ist natürlich nicht der Maßstab, der angelegt werden darf. Man kann nicht warten, bis die Familie das Letzte veräußert hat, sondern muß sie davor schützen, daß sie in Not gerät. Wir hoffen, daß die Regierung auch hier eingreift.

Der vorliegende Gesetzentwurf gibt die Möglichkeit, leistungsschwachen Gemeinden beizustehen; annähernd zwei Drittel ihrer Auslagen werden ihnen in Zukunft ersetzt werden. Hoffentlich werden dadurch in der Praxis überall ausreichende Unterstützungen gesichert.

Was die Art der Zuschläge für die Reichsmindestsätze betrifft, so würde es sich empfehlen, nach dem Muster des Reichsgesetzes vom 10. Mai 1892 betreffend Familienunterstützungen bei Einziehung in Friedenszeiten der Ehefrau 30 Proz. und jedem Kinde 10 Proz. des ortsüblichen Tagelohns zu gewähren. Gegen die Mietzuschüsse läßt sich da, wo sie wirklich als Zuschüsse zu den Unterstützungen gegeben werden, natürlich nichts einwenden. Scharfen Tadel aber verdient es, wenn man von der ohnehin schon knapp bemessenen Unterstützung einen Teil abzieht und an den Wirt abführt. (Sehr richtig!) Die Unterstützung für den Hauswirt darf der Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer auf keinen Fall vorangehen. Der Schutz gegen Exmissionen geht nicht weit genug. Die Zwangsvollstreckung aus einem auf Räumung der Wohnung lautenden Urteil gegen die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers hat der Justizminister zwar für unzulässig erklärt. Das genügt nicht, es sollte eine Verfügung ergehen, wonach auch bereits die Klagen auf Räumung abzuweisen sind. Ebenso ist es notwendig, Angehörige immobiler Truppenteile, Witwen von Kriegsteilnehmern und solche Krieger zu schützen, die als Invaliden oder Krüppel zurückkehren. Die Notlage des Hausbesitzes läßt sich nicht bestreiten, aber es geht nicht an, dem Verlangen der Hausbesitzer zu folgen und sie unmittelbar aus Mitteln des Staates oder der Gemeinden zu unterstützen, die Hausbesitzer müssen vielmehr den Weg der Selbsthilfe beschreiten, sei es in Form der Gründung von Mietdarlehnskassen, sei es in Form der Gründung von Hypothekenbankvereinen für zweite Hypotheken. Die Mieteinigungsämter sollten obligatorisch gemacht und eine Räumungsklage erst dann für zulässig erklärt werden, wenn die Parteien vor dem Mieteinigungsamt zu keinem Resultat gekommen sind. (Sehr richtig!) Die Versuche auf dem Gebiete der

Arbeitslosenunterstützung

stecken erst in den Anfängen. Es läßt sich nicht leugnen, daß auch Mißerfolge zu verzeichnen sind, die den Widerstand der Gegner nur verstärken. Diese Mißerfolge sind aber nicht zurückzuführen auf die Unterstützung an sich, sondern auf die mangelnde Organisation. Wo das Genter System eingeführt ist, sind Mißstände nicht zu verzeichnen gewesen. Funktionieren kann die Arbeitslosenunterstützung nur in Verbindung mit gut ausgebauten Arbeitsnachweisen, deren gesetzliche Regelung eine gebotene Notwendigkeit ist. (Sehr richtig!) Unerhört ist es, daß manche Gemeinden die Unterstützung entziehen, wenn Erwerbslose sich weigern, „geeignete" Arbeit zu übernehmen, und sie dadurch zwingen, sich zu Ausbeutungsobjekten herzugeben und zu Hungerlöhnen zu arbeiten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung ist um so notwendiger, weil nach Beendigung des Krieges, wenn die Hunderttausende aus dem Felde zurückkehren, mit einer **großen Arbeitslosigkeit zu rechnen** ist. Auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfürsorge hat die Regierung versagt, und auch die Gemeinden haben ihre Pflicht nicht erfüllt. Die Gemeinden werden inzwischen wohl selbst eingesehen haben, ein wie schwerer Fehler es war, alle sozialdemokratischen Anregungen als utopisch zurückzuweisen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir dürfen niemals vergessen, daß eine wohlausgebaute Kriegsfürsorge für den glücklichen Ausgang des schweren Krieges, auf den wir alle mit Bestimmtheit rechnen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Der Minister hat immer wieder die Notwendigkeit betont, von den Angehörigen der im Felde Stehenden alles fernzuhalten, was niederdrückende Empfindungen in ihnen auszulösen geeignet ist. Solche niederdrückenden Empfindungen werden aber leider auch heute noch, den ministeriellen Intentionen zum Trotz, häufig genug ausgelöst. Um so mehr halten wir es für eine dringende Notwendigkeit, daß weder die Regierung noch die Gemeindekörperschaften auch nur das geringste versäumen, um die **Kriegsfürsorge besser und besser auszubauen**. Wo es die Gemeindebehörden an dem guten Willen oder dem nötigen Verständnis für die Bedeutung ihrer Aufgabe fehlen lassen, da sollte die Regierung unnachsichtlich einschreiten und verhindern, daß die Kriegerfamilien mit Bettelpfennigen abgespeist werden.

Meine Freunde verkennen nicht, daß in Preußen auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge in engerem Sinne mehr geschehen ist als in anderen Bundesstaaten. Aber das darf die Regierung und die Gemeinden nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen. Nein, die Kriegsfürsorge ist ein Gebiet, auf dem es keinen Stillstand geben darf, das fortgesetzt des Ausbaues bedarf, bis auch der letzte Angehörige eines Kriegsteilnehmers von Not und der Kriegsteilnehmer selbst nach seiner Rückkehr aus dem Felde vor dem Sinken in Armut bewahrt ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Besprechung. Das Gesetz über die Beihilfen zur Kriegsfürsorge wird angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. Fortsetzung der Besprechung des Etats des Staatsministeriums; kleinere Etats.

Schluß 5½ Uhr.

Das Kriegsziel.

Der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über das Kriegsziel findet in der bürgerlichen Presse keine gute Aufnahme.

Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

„Man kann auch verschiedener Meinung darüber sein, ob jetzt schon der Zeitpunkt gekommen ist, die Erörterung der Kriegsziele freizugeben. Wir sind gestern dafür eingetreten, ihn nicht allzulange mehr hinauszuschieben. Das aber möchten wir doch aussprechen, daß die Art, wie die Reichsleitung sich, wenn anders die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ recht unterrichtet ist, die Regelung der Friedensfrage denkt, u. E. auf den Ausschluß der Mitwirkung des Volkes hinausläuft. Die Reichsleitung beabsichtigt, wenn unsere Feinde niedergeworfen sind, ihre Friedensziele aufzudecken. Dann soll die Bevölkerung ihre Meinung dazu sagen dürfen. Aber wird diese Meinung nicht ein wertloser Epilog sein, wenigstens so weit sie über die Ziele der Reichsleitung hinausgeht? Denn wie sollten unsere Diplomaten bei den Friedensverhandlungen imstande sein, mehr zu erreichen, als das von der Reichsleitung selbst für wünschenswert Erklärte? Wer aber weniger für zweckmäßig hielte, könnte Bedenken tragen, oder sich dem Vorwurf aussetzen, indem er das aussprächе, der eigenen Regierung zugunsten der Feinde in den Rücken zu fallen. Der von der Reichsleitung in Aussicht genommene Weg liefe deshalb darauf hinaus, daß sie allein die Kriegsziele bestimmte, ohne Mitwirkung des Volkes. Wir glauben aber nicht, daß das ihre Absicht ist.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ urteilt:

„Natürlich würde es verkehrt sein, wenn man schon jetzt bestimmte und ins einzelne gehende Forderungen in dieser Richtung aufstellen wollte. Aber der Hinweis auf gewisse Notwendigkeiten, die sich aus der Haltung unserer Gegner und aus dem Verlaufe und den Lehren des Krieges geradezu von selbst ergeben, beispielsweise der u. a. von Herrn Ballin ausgesprochene Hinweis darauf, daß wir aus dem „nassen Dreieck“ herauskommen müssen, oder der von berufenen Vertretern der deutschen Industrie in gleicher Weise wie der deutschen Landwirtschaft geäußerte Wunsch, ein Stück Siedelungsland für unser Volk als Frucht dieses gewaltigen Ringens zu erhalten, können wirklich nicht das geringste schaden. . . .

Wir sind, wie gesagt, durchaus der Ansicht, daß jetzt noch nicht die Zeit gekommen ist, das Bärenfell zu verteilen, und daß alle Aeußerungen über das Kriegsziel von Gefühl für Maß und Verantwortlichkeit getragen sein müssen. Wir glauben aber, daß es nicht nur unschädlich, sondern auch angebracht, ja notwendig ist, die nötige Stimmung in unserem Volke für die Zeit, in welcher es gelten wird, uns die Früchte dieses Krieges zu sichern, zu klären und vorzubereiten. Es ist nur ganz selbstverständlich, daß man schon jetzt in weitesten Kreisen unseres Volkes sich darüber klar zu werden sucht, zu welchen Zielen dieser Krieg uns hinführen muß, wenn er seine Opfer wert sein soll. Es ist aber auch durchaus angebracht, daß auch öffentlich der unbeugsame Wille unseres Volkes zum Ausdruck kommt, nur einen solchen Frieden zu schließen. Eine ernste Besorgnis, daß in dieser Beziehung vorzeitig zuviel gesagt werden könnte, erscheint uns deshalb kaum begründet; unsere tapferen Truppen jedenfalls sind die letzten, die diese Sorge drückte.“

Wenn zugleich die Möglichkeit geschaffen wird, Rede und Gegenrede über die angebliche Notwendigkeit neuen „Siedelungslandes“ zu pflegen, glauben auch wir nicht an den Schaden dieser Diskussion.

Die „Post“ kritisiert schärfer:

„Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ scheint der Zeitpunkt, von dem ab der angeführte Ausschuß die öffentliche Erörterung der Friedensbedingungen freigegeben wünscht, erst dann gekommen zu sein, wenn „wir mit der Abwehr unserer Feinde am glücklichen Ende sind“. Das heißt so viel: wenn es zu spät ist . . .

Dem gerechten Verlangen, daß, um in der Schreibweise der besagten „Feder“ zu bleiben, **dem freien Volke die Rede frei sei**, werden Absichten böswilliger Störenfriede und boshafter Fälscher untergeschoben. Wir fragen dieses Blatt und erwarten eine Antwort ohne Umschweife und Ausreden: wo hat es solche Fälschungsabsichten entdeckt? Wo ist denn in deutschen Tagesblättern auch nur der leise Versuch gemacht worden, den Volkswillen zu verwirren, die „einige innere Kraft aller Gedanken und Handlungen“ zu „brechen?“ . . .

Die gerügten Redensarten der „Nordd. Allg. Ztg.“, die nicht den geringsten wirklichen Untergrund haben, atmen keineswegs den Willen zum Burgfrieden, sondern erdichten sich Dinge, um sich über den Unwillen Luft zu machen, daß Vertreter der „freien Rede“ und des „freien Volkes“ gewagt haben, Halbweisheit von der Sorte der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ für etwas „vom deutschen Wesen und der deutschen Kraft“ — wiederum Ausdrücke des Blattes selbst — völlig Verschiedenes zu bewerten und demgegenüber u. a. darauf hinzuweisen, wie es „in den Zeiten Bismarcks im Jahre 1870“ gewesen ist. Wer die Geschichte der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit dem Abfall von Bismarck kennt, dem wallt gerechter Zorn auf, in solchem Blatte das Wort Bismarck zu vernehmen, zumal in unseren heilig großen Tagen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat ein für allemal das Recht verwirkt, sich auf Bismarck, den unerreicht Großen, zu berufen. Wenn das geschieht, so ist das ein Mißbrauch. Wir bedauern, das gerade heute sagen zu müssen. In der Zeit des Burgfriedens. Aber die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bedeutet nicht eine deutsche Partei und steht außerhalb des Burgfriedens.“

Diese Gedanken führt Freiherr von Zedlitz in einem Artikel der „Post“ weiter aus. v. Zedlitz schreibt u. a.:

„Weniger befriedigend erscheinen die Ausführungen des Aufsatzes darüber, wann der Zeitpunkt für den freien Meinungsaustausch über das Friedensziel gekommen sein wird. Auch wer sich damit abfindet, daß dieser Zeitpunkt noch nicht da sei, wird die schwersten Bedenken gegen den Gedanken hegen müssen, die Freigebung der freien Erörterung des Friedenszieles zu verschieben, bis wir „mit der Abwehr unserer Feinde am glücklichen Ende sind“. Namentlich, wenn man sich erinnert, daß jener Gedanke in dem Haushaltsausschusse des Abgeordnetenhauses den Ausdruck „bis zum Eintreten in die allgemeinen Friedensverhandlungen“ gefunden hat. Hiergegen hat die Kommission entschieden und einmütig Stellung genommen. Einschließlich derjenigen Mitglieder, welche mit der Reichsregierung die freie Erörterung des Friedensziels noch für verfrüht erachteten. Volle Uebereinstimmung herrschte darüber, daß dem freien Volkswillen zeitig genug freie Bahn zu lassen sei, um sich für die Friedensbedingungen geltend machen zu können, daß es dazu aber beim Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen zu spät sei.

Mit Befriedigung wird aber die Ankündigung zu begrüßen sein, daß die Reichsregierung mit der Freigebung der freien Meinungsäußerung über die Friedensziele ihre eigenen Ziele aufdecken werde. Sie kann damit nach Bismarcks Vorbild die öffentliche Meinung in die richtigen Bahnen führen und so in bezug auf das Friedensziel dieselbe Geschlossenheit zwischen Regierung und Volk sichern, die uns betreffs der Kriegführung auszeichnet. Nach jener Ankündigung wird man weiter auch vertrauen dürfen, daß die Reichsregierung über die Grundlinien der Friedensbedingungen bereits jetzt Entschluß gefaßt hat und deren Ausgestaltung vorbereitet.

Die „Vossische Zeitung“ fürchtet ebenfalls, daß der Zeitpunkt für die Erörterung der Friedensbedingungen zu spät gewählt werden könne:

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ spricht von der Zeit, in der die Regierung eines starken Volkswillens als Stütze für die Friedensbedingungen bedürfen wird. Diese Zeit werde gekommen sein, „wenn wir in diesem notgedrungenen Kampfe mit der Abwehr unserer Feinde am glücklichen Ende sind“. Dann werde die Reichsleitung „ohne Zögern ihre Friedensziele aufdecken, dann sei dem freien Volke die Rede frei“. Für diesen Zeitpunkt erscheint aber die Frage nicht unberechtigt, ob dann von „freier Rede“ noch gesprochen werden kann und nicht vielmehr nur noch eine nachträgliche Kritik der Friedensbedingungen in Frage kommt, ohne eine irgendwie aussichtsreiche Einwirkung auf das Kriegsziel und die Gestaltung der Friedensbedingungen. Wird der Wunsch der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, „daß die öffentliche Meinung bei den Friedensverhandlungen voll zur Geltung gebracht wird“, noch erfüllt werden können? Die Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ werden manchem nicht als eine Zustimmung zu der Forderung der Landtagskommission erscheinen, sondern eher als eine Ablehnung.“

Verhältnismäßig am meisten zufrieden mit der Unterbindung der Pressefreiheit ist das „Berliner Tageblatt“. Dort schreibt Theodor Wolff, der Chefredakteur:

„Es wäre wirklich nicht nützlich, jetzt schon, wo noch kein Friedenszeichen winkt, durch eine hitzige Erörterung künftiger Friedensbedingungen die Einigkeit zu stören, deren das deutsche Volk in dieser Stunde bedarf. Im rechten Augenblick wird die Regierung die einzelnen Probleme darlegen müssen, deren ganzen Zusammenhang heute kaum jemand zu übersehen vermag. Gegen den Respekt, den sie dem Volke schuldet, würde sie verstoßen, wenn sie in geheimen Verhandlungen irgendwelche Friedensbedingungen festlegen würde, bevor das Volk seine Meinung sagen kann. Auch nach der Wiederherstellung der Redefreiheit, in der vielleicht noch fernen Stunde der Friedensverhandlungen, wird man nicht vergessen dürfen, daß bei einer Besprechung der größten weltpolitischen Fragen die Freiheit nur dann segensreich werden kann, wenn sie mit Ernst und Gewissenhaftigkeit angewendet wird. Es ist allzu leicht, mit großartigen Worten und Forderungen Beifall zu erhaschen und dann diejenigen schlapp zu nennen, die sich auf dem Boden des Wirklichen und Möglichen vorwärts bewegen müssen und auf denen, noch für späte Geschlechter, die Last der Verantwortung liegt. Wer erzählt, daß er ein Kamel verschlucken wolle, hat gewöhnlich mehr Zulauf als einer, der nur eine Ziege verspeisen will, und es gibt, nicht etwa nur in einer bestimmten Partei, genug Leute, die ohne viel Gewissensbeschwerden bestrebt sind, mit Hilfe solcher Verheißungen ihr Lokal zu füllen. Und einstweilen muß die Regierung in den besetzten Gebieten Volkspsychologie treiben und alte Kampfzeiten und Abneigungen vergessen, um nicht durch ungeeignete Verwaltungsmaßregeln den Weg zu irgendwelchen Möglichkeiten zu verbauen.“

Wir sind der Auffassung, daß das „Berliner Tageblatt“ die Stimmung der Massen viel zu pessimistisch beurteilt. Man gebe nur wirkliche Redefreiheit, um die Konsequenzen bestimmter Kriegsfälle rückhaltlos widerlegen zu können, — und auch die Massen werden die „Kamelverschlucker“ als Großschreier ignorieren.

Stimmen aus der Parteipresse.

Unter dem Titel „Hoffnungsschimmer“ veröffentlichte kürzlich Genosse Dr. Viktor Adler, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ einen Artikel, der nach den Beratungen in Paris und London erneute Aktualität erhält und der namentlich in seinen Schlußausführungen sehr beachtenswert erscheint.

Was alle Völker, alle die Hunderte von Millionen, die unter dem unsagbaren Entsetzen dieses Krieges leiden, bewegt, ist der Friede. Ein dauernder Friede ist das tägliche Gebet aller, zweifellos derer, die in bewundernswertem Heldenmut dem Tode und allen unerhörten Strapazen die Stirn bieten, aber nicht minder derer, die schmerzvoll und fast beschämt nur mitleiden, aber nicht mitkämpfen können. Wir alle wollen durchhalten; aber wir wollen nicht nur durchhalten in der Abwehr des Feindes und in der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit unseres Landes und unseres Volkes bis auf den letzten Rest unserer Kraft, sondern auch durchhalten in jeder Bemühung, die uns dem Ende dieses grenzenlosen Leidens für die Kulturwelt näherbringt. Darum muß jedes Anzeichen, das dafür spricht, daß dieses Empfinden von Tag zu Tag allgemeiner wird, in allen Ländern und in allen Klassen sorgfältig verzeichnet, geprüft und erwogen werden.

Die Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich hat es an dem Rufe nach dem Frieden niemals fehlen lassen, und während das klassenbewußte Proletariat alle seine Entschlossenheit und Tüchtigkeit aufwendete, um das Land vor einer Niederlage zu bewahren, und zur Einschränkung der dem Kriege entspringenden Nöte alle seine Ausdauer und Organisationserfahrung einsetzte, hat es jede Gelegenheit benützt, um neben dem Willen zum Siege auch mit derselben Leidenschaft den Willen zum Frieden Ausdruck zu geben. Es sei rühmend und dankbar festgestellt, daß die Sozialdemokraten Serbiens unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen von jeher und bis zur Stunde eine opfervolle Agitation für den Frieden führen. In England hat die bedeutendste sozialistische Partei, die Unabhängige Arbeiterpartei unter Führung des tapferen Keir Hardie, nicht aufgehört, gegen die chauvinistischen Kriegshetzer einen erbitterten Krieg zu führen, wie er in anderen, weniger demokratischen Ländern ganz unmöglich wäre. In Rußland haben — von den im Ausland lebenden Vertretern einzelner Gruppen sei in diesem Zusammenhang abgesehen — die offiziellen Vertreter der sozialdemokratischen Partei, ihre Abgeordneten in der Duma, gegen den Krieg protestiert, an der Abstimmung nicht teilgenommen und büßen ihre heroische Haltung in den Kerkern der zarischen Regierung, die ihre Immunität mit Füßen tritt; sie warten auf ihr Urteil, das in den nächsten Tagen gesprochen werden soll. Von den Belgiern sei nicht gesprochen, so wenig wie von den Polen. Der himmelschreiende Jammer, der über Belgien gekommen ist, der Kampf für die ganze Zukunft eines Volkes, den die Polen führen, dieser Kampf, in dem alle geschichtlichen Hoffnungen neben der Verzweiflung wohnen, ihr Land von Millionenheeren zerstampft zu sehen, gibt Belgiern und Polen eine besondere Stellung.

Anders war, soviel wir wissen, bisher die Haltung der französischen Sozialisten, deren Redner und Zeitungen sich gegen jeden Frieden aussprachen, der nicht die völlige Niederwerfung Deutschlands und Oesterreichs abschließen würde. Seit einigen Monaten ist nun auch da eine Aenderung eingetreten, die sich in den letzten Tagen zu einer Reihe von Anzeichen verdichtet hat, die hoffen lassen, daß sich ein gewisser Wandel in den Gedankengängen und Stimmungen der sozialistischen Gruppen der Ententestaaten zu entwickeln beginnt. Vor allem in Frankreich. Die französischen Sozialisten haben sich von der ersten Minute des Krieges an, selbstverständlich wie wir Sozialdemokraten alle in allen Ländern, auf den Boden der Verteidigung ihres Landes gestellt. Das war nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, wie es Recht und Pflicht der deutschen Sozialdemokraten war, bei den Abstimmungen im Deutschen Reichstag am 4. August und 2. Dezember mit der größten Wucht und Feierlichkeit zu bekennen, daß sie, da der Krieg, den sie verdammen, nun einmal da, ihre volle Kraft und ihren letzten Tropfen Blut an die Verteidigung des deutschen Bodens und des deutschen Volkes, das als uns wertvollstes Glied die deutsche Arbeiterklasse umfaßt, setzen. Und die sozialdemokratische Fraktion in Berlin hat auch für uns Oesterreicher gesprochen, die das Schicksal freilich in weit weniger einfache Verhältnisse gestellt war, und denen überdies jede Möglichkeit, zu sprechen, entzogen war. **Wir haben also hüben wie drüben ein gutes Gewissen als Sozialdemokraten wie als Glieder der Internationale**, die immer mit aller Leidenschaft gegen den Krieg und für den Völkerfrieden eingetreten ist, die aber niemals und für niemanden die Landespreisgebung als proletarische Pflicht vorgeschrieben hat. Jeder von uns hat in jenen furchtbaren Augusttwochen die erdrückende Schwere des tragischen Konflikts empfunden, aber keiner, der nicht die proletarische Politik als ein Gedankenspiel im luftleeren und vor allem menschenleeren Raume ansieht, konnte eine andere Entscheidung treffen oder auch nur erwarten. Wenn von einzelnen Genossen trotzdem an der Entscheidung der deutschen Sozialdemokraten und, wohlgemerkt, nur an dieser, nicht etwa auch an der der Franzosen, gemäkelt wird, so wird man das bei allem Respekt vor jeder ehrlichen Ueberzeugung nur entweder als Aeußerung eines naiven Doktrinarismus oder, was noch schlimmer wäre, als demagogische Ausnützung des Grauens ansehen müssen, das angesichts des Entsetzlichen, das uns der Krieg gebracht, nicht nur uns alle, sondern auch die leidenden Massen täglich mehr beherrscht. Dieses Spiel wäre lange zu Ende, wenn nicht mancherlei und in diesen Zeiten noch mehr als sonst unvermeidliche Entgleisungen einer böswilligen Kritik erwünschten Stoff geben würden, und wenn nicht die gründliche Abwehr solcher Demagogie selbst, die sich mit halben Worten begnügt, durch keinen Sinn für Verantwortung gehemmt ist und schließlich in die ausländische völlig urteilslose Presse flüchten kann.

Unsere französischen Genossen haben die Verteidigung ihres Landes mit gewohnter Leidenschaft aufgenommen, sie haben sie als eine Sache des gesamten Volkes angesehen und haben, wie das in einem demokratischen Lande fast selbstverständlich ist, auch die Verantwortung mit übernommen, indem sie zwei Mitglieder in das Ministerium delegierten. Das war aber nicht alles. Wenn wir Deutschen uns redliche Mühe gaben, die Franzosen zu verstehen, wenn wir erst recht die furchtbare Lage der belgischen Genossen, deren unglückliches Land der Schauplatz des Entsetzlichsten geworden war, zu begreifen suchten, so hat man es drüben an jedem Versuch, die deutschen Sozialdemokraten mit einiger Objektivität und Gerechtigkeit zu beurteilen, fehlen lassen. Eines der schlimmsten Uebel ist ja freilich, daß der Krieg alle Verbindungen zwischen uns zerstört und uns auf zum Teil sehr trübe Quellen angewiesen hat. Noch heute ist es ungemein schwer, sich die französische und englische Parteipresse zu verschaffen, und die offiziellen und nichtofficiellen Depeschenbureaus verbreiten mit größtem Behagen Nachrichten, die geeignet sind, die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder gegeneinander zu hetzen. Daß sie dabei vor Entstellungen und blanken Lügen nicht zurückschrecken, wird niemanden überraschen, der überlegt, daß das nicht nur zu den Methoden moderner Kriegführung gehört, sondern daß auch die Vergiftung der internationalen Beziehungen der proletarischen Parteien und womöglich die Behinderung des Wiederaufbaues der Internationale ein den herrschenden sowie den kapitalistischen Interessengruppen erwünschtes Nebenprodukt ist. Sich dadurch irreführen zu lassen, ist für erfahrene Leute unterlaubte Naivität, und es muß als ein gemeinschädliches Beginnen entschieden zurückgewiesen werden, wenn man kindlich-gläubig gegenüber allen Uebertreibungen und Lügen sogar des berüchtigten „Matin“, hingegen ohne genaue Kenntnis der bekanntesten Tatsachen des Lebens der Internationale zügellose Anklagen gegen die „Tripelententesozialisten“ erhebt, die jedes Maß übersteigen und an sich ein ebenso großer Exzeß, ein ebenso großes Vergehen gegen die in Zukunft noch mehr als je notwendige Verbindung des Proletariats sind wie die mit Recht oder Unrecht denunzierten Exzesse der anderen selbst.

Leider ist die gegenwärtig festzustellende Wahrheit bisher unerfreulich genug gewesen. Das Verhalten der Deutschen und selbstverständlich auch der österreichischen Sozialdemokratie wurde von der französischen Parteipresse als Verrat an der Internationale bezeichnet, ohne jeden Schatten des Verständnisses dafür, daß wir nichts anderes getan, als was die französischen Sozialisten selbst tun mußten. Von allen französisch sprechenden Genossen war es, soviel wir wissen, der einzige Vandervelde, der sowohl in einer Rede in Amerika als wiederholt in Versammlungen, die er in England hielt, auseinandersetzte, daß die deutsche Sozialdemokratie, insbesondere angesichts der russischen Gefahr, am 4. August wohl nicht anders entscheiden konnte, als sie tat. Man legt Vandervelde sehr viel ungereimtes Zeug in den Mund, und er wird wohl auch manches gesagt haben, was er vor der Vernunft nicht verantworten kann und was erst recht nicht mit der Rücksicht vereinbar ist, die ihm sein Amt als Vorsitzender des Internationalen Bureaus auferlegte. Aber man begreife die Lage eines Belgiers: was, wie die deutschen Strategen erklärten, Lebensnotwendigkeit für Deutschland war, war Todesnotwendigkeit für Belgien und erst recht für die belgische Arbeiterklasse. Es ist in jenen Wochen, da uns das Entsetzen, mit dem wir heute vertraut sind, noch neu war, auch von anderen Leuten, die weniger im Feuer standen als er, hüben und drüben, manches Törichte gesagt und geschrieben worden. Wenn wir diese Zeit der Ungeheuerlichkeiten überstanden haben werden, wird es erste Pflicht sein, einander nicht beim Wort zu nehmen.

Aber die Franzosen ließen es bei diesem Mangel an Objektivität nicht bewenden, sondern auch die Besten unter ihnen führten eine Sprache, die mit den wildesten Chauvinisten und Revanchepolitikern wetteiferte. Sembat, der, es ist noch kein Jahr her, ein Buch veröffentlichte, das wahrhaft ein Wunder des Verständnisses für deutsche Dinge und vor allem von mutiger Kritik des eigenen Landes ist, konnte sich, wenn die Berichte nicht lügen, nicht genugtun an leidenschaftlicher Wut gegen die Deutschen. Er und Guesde haben es nicht geleugnet, daß sie die Sozialdemokraten Italiens und Rumäniens veranlassen wollten, gegen die Neutralität ihrer Länder aufzutreten und für den Krieg zu wirken, eine Taktik, die unmöglich ist für einen Sozialisten, selbst wenn er Minister der nationalen Verteidigung ist. Und unser alter verehrter Vaillant, der mit deutscher Bildung gesättigt ist wie wenige Franzosen, schrieb Artikel von so zügelloser Wildheit in der „Humanité“, daß dieser Rückfall des greisen Kämpfers in alle Exzesse des jugendlichsten Blanquismus mehr noch erstaunlich als empörend war. Beherrscht von dem Wahne, daß die Sache der Entente die Sache der Demokratie und des Sozialismus sei, die Sache der Zentralmächte aber nur die der Reaktion und Völkerunterdrückung, vermochten sie es schließlich, sich in den Glauben an zarische Manifeste und die völkerbefreiende Mission Rußlands hineinzuleben. Jedes schüchterne Wort, das für die Ermöglichung des Friedens gesprochen wurde, hat zu jener Zeit, etwa bis Weihnachten, leidenschaftliche Zurückweisung erfahren. Deutschland, der „Imperialismus“, ein Wort, das dort nicht in unserem Sinne gebraucht wird, sondern „Kaiserismus“ bedeutet, „muß niedergeworfen werden“. Dem Militarismus, den sie nur in Deutschland sahen, und nicht auch in Frankreich — wo sie ihn bis zum Juli so tapfer bekämpft — und nicht einmal in Rußland und England, „muß durch die Tripelentente ein Ende gemacht werden, Deutschland gedemütigt, Oesterreich vernichtet, früher kein Friede“.

Das ist anders geworden. Wahrscheinlich hat der Zar ein großes Verdienst daran; mit einer gewissen Beschämung entdeckten die französischen Sozialisten, als sich die neuesten Schandtaten des zarischen Regiments gegen die Sozialisten nicht mehr verhüllen ließen, an der Seite welches Alliierten sie kämpften, sie, die diese Allianz immer bekämpft hatten als die Todsünde der Demokratie. Und dann kamen, soviel man sehen kann, aus der Masse des Proletariats, aus den politischen Organisationen einzelner Bezirke, Mahnungen zur Besinnung. Ein weiterer Anstoß zur Wendung kam von den Gewerkschaften, deren Aufruf wir veröffentlicht haben. Das gegenwärtig politisch Wichtige darin ist nicht eigentlich der positive Vorschlag, eine internationale Konferenz zur Zeit und am Orte der Friedensverhandlungen einzuberufen, sondern wichtig ist das Bekenntnis zum Frieden, und trotz aller Anerkennung der Notwendigkeit, das Land zu verteidigen, das Fehlen jedes gehässigen oder auch nur feindseligen Wortes gegen die Deutschen. Es sind also nicht ganz ungünstige Vorzeichen, unter denen in London eine Konferenz von Delegierten der sozialistischen Parteien von Frankreich, England, Belgien, Rußland und Serbien zusammentreten wird. Wir wollen diese Anzeichen durchaus nicht überschätzen, wir wissen selbst am besten und spüren es am eigenen Leibe, **wie dieser Krieg den Verstand der Verständigsten umnebelt,**

das Gemüt der Besten vergiftet und allen Denkenden die Gedanken verwirrt hat, insofern sich ihr Denken nicht einzig auf die Forderung des Tages beschränkt: vom eigenen Volke die Niederlage abzuwehren. Aber es gibt ein Morgen, muß es für die Menschheit geben, und heiligste Pflicht ist es auch, dieses Morgen vorzubereiten. Selbstverständlich setzen sich die, die vom Frieden reden, der Verleumdung aus, daß sie ihr Land in Nachteil setzen, indem sie Schwäche verraten, und selbstverständlich hat das Wiener Organ der christlichsozialen Kriegshetzer, über dessen Verantwortlichkeit für alles Uebel man noch später einmal reden wird, sofort die französischen Sozialisten gehöhnt, daß sie nun wohl „mürbe" werden. Solche Reden sind nicht nur töricht, sondern auch verbrecherisch. Die französische Hetzpresse würde ihr Geschäft schlecht verstehen, wenn sie sich solche Aeußerungen nicht telegraphieren ließe, um sie gegen die erwachende Vernunft auszunützen. In Wahrheit ist die „Kriegsmüdigkeit" in Frankreich nicht größer als überall, und was wir als hoffnungsvolles Vorzeichen vorsichtig und zögernd zu bezeichnen wagen, ist nicht ein Ausfluß des Schwächegefühls und der verminderten Siegeszuversicht und Entschlossenheit zum Kampfe, sondern eine erste, leider noch leise Regung menschlicher Vernunft und proletarischen Empfindens.

Aus der Partei.

Die sozialistische Bewegung in Argentinien.

Dem russischen sozialdemokratischen „Nowy Mir" (Neue Welt) in New York entnehmen wir einige interessante Daten über die Entwickelung der sozialistischen Bewegung in Argentinien.

Die argentinische sozialistische Partei wurde im Jahre 1896 gegründet. Bei den in diesem Jahre stattgefundenen Wahlen erhielt sie insgesamt 134 Stimmen. In den ersten zehn Jahren ihrer Existenz ging die Entwickelung der Partei sehr langsam vor sich. Die sozialistische Stimmenzahl bei den Wahlen belief sich noch 1904 auf 1257, 1906 auf 1660. Seitdem machte aber das Wachstum der Partei schnelle Fortschritte. Bei den Wahlen von 1912 erhielten die sozialistischen Kandidaten insgesamt 55 000 Stimmen. Es gelang der Partei, zwei ihrer Vertreter in das argentinische Parlament zu entsenden.

Zurzeit besitzt die Partei 9 Vertreter (von insgesamt 180) im Parlament und 1 Vertreter (von insgesamt 30) im Senat. Die Hälfte ihres Gehalts, die sich auf 18 800 Dollar im Jahre beläuft, führen die sozialistischen Abgeordneten für Parteizwecke ab.

In der Hauptstadt Buenos Aires gibt die Partei ein Tageblatt „La Vanguardia" (Die Vorhut) heraus. Außerdem werden im Lande weitere 11 sozialistische Wochenblätter und Zeitschriften herausgegeben.

Eines der interessantesten Gebiete der Parteitätigkeit in Argentinien bildet die Genossenschaftsbewegung. Vor 4 Jahren belief sich die Zahl der Parteimitglieder in den Genossenschaften auf 3000, die über ein Kapital von 3 000 000 Dollar verfügten.

Im Jahre 1908 schritt die Partei mit Hilfe der Genossenschaften an den Bau von billigen Arbeiterwohnhäusern. Bisher sind 212 solcher Häuser erbaut worden.

Das rapide Wachstum der sozialistischen Partei macht sich auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens des Landes bemerkbar.

Parteiliteratur.

Die Internationalität und der Krieg. Von Karl Kautsky. Sonderabdruck aus der „Neuen Zeit" mit einem Vorwort. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf.

Aus dem Inhalt erwähnen wir: Internationalität und Neutralität. — Parteidifferenzen im Kriege: a) von 1854—1866; b) das Jahr 1870; c) nach 1870. — Gegensätze des Friedens und Gegensätze des Krieges. — Die Einigkeit der Internationale seit dem Burenkrieg. — Die Schwierigkeiten der jetzigen Situation. — Die Schrecken der Invasion. — Die Gefährdung der Internationale. — Die Grenzen der Internationale.

Die Schrift ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bildhauer Berlins im Jahre 1914.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Berliner Verwaltung des Zentralvereins der Bildhauer wurde der Jahresbericht erstattet, dem wir folgendes entnehmen: Ende 1913 und Anfang 1914 herrschte unter den Berliner Bildhauern eine große Arbeitslosigkeit, deren Folgen die Organisation durch lokale Extraunterstützungen an die längere Zeit arbeitslosen und ausgesteuerten Kollegen zu mildern suchte. Später besserte sich die Konjunktur, jedoch nicht in der Modellbranche. Diese hatte fortgesetzt unter starker Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Holzbildhauer traten, veranlaßt durch die in ihrer Branche eingetretene gute Konjunktur, in eine Bewegung ein, welche die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne zum Ziel hatte. Im Juni kam es aus diesem Anlaß zum Streik, der aber beim Ausbruch des Krieges abgebrochen werden mußte, weil die Arbeit plötzlich vollständig stockte und die Betriebe wegen Arbeitsmangel meist geschlossen wurden. Nachdem der Krieg begonnen hatte, sorgte die Organisation in erster Linie für die Unterstützung der Arbeitslosen, die auch befriedigend durchgeführt werden konnte. Ferner wurde dahin gewirkt, daß die Betriebe, welche noch Beschäftigung hatten, die Arbeitszeit verkürzten, damit den Arbeitslosen nach Möglichkeit Arbeit und Verdienst geboten werde. Die infolge des Kriegsausbruches sehr stark angeschwollene Zahl der Arbeitslosen hat sich dauernd vermindert. Das ist aber nicht auf vermehrte Arbeitsgelegenheit im Bildhauerberuf zurückzuführen, sondern die arbeitslosen Bildhauer fanden Beschäftigung in den verschiedenen Zweigen der Kriegsindustrie sowie als Aushelfer bei der Post und bei der Straßenbahn. In den neuen Berufszweigen haben die Bildhauer, nachdem sie 3—4 Wochen sich eingearbeitet hatten, etwa ebensoviel verdient wie im Bildhauerberuf. Ausgenommen ist hierbei die Beschäftigung bei der Post und der Straßenbahn, wo die Löhne erheblich niedriger sind. — Die Zahl der Arbeitslosen betrug am Jahresschluß 119 und ist bis jetzt auf 61 zurückgegangen. — Von den Ausgaben der Kasse entfallen 98 635 M. auf Unterstützungen. Davon kommt auf Streikunterstützung 70 042 M., Arbeitslosenunterstützung 23 178 M., Krankenunterstützung 2746 M., Ausgesteuertenunterstützung 1443 M., andere Unterstützungszweige 1226 M. — Die Mitgliederzahl belief sich zu Anfang des Jahres auf 776, sie war am Jahresschluß auf 601 zurückgegangen. Der Rückgang erklärt sich in der Hauptsache dadurch, daß 143 Mitglieder zum Heere einberufen wurden.

Die Berliner Tabakarbeiter im Jahre 1914.

Der in der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin des Deutschen Tabakarbeiterverbandes erstattete Jahresbericht sagt unter anderem: Der Geschäftsgang der Berliner Zigarettenindustrie war in den Monaten vor dem Kriege nicht ungünstig. Die Zigarettenindustrie breitet sich in Berlin immer mehr aus. Dagegen geht die Zigarrenindustrie immer mehr zurück, sowohl in der Zahl der Betriebe als auch in der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Es gibt in der Zigarrenindustrie in Berlin fast nur noch Kleinbetriebe mit 1 bis 2 Arbeitern und solche, wo der Inhaber allein arbeitet. Der Mangel an Arbeitsgelegenheit veranlaßt die gesunden und kräftigen Zigarrenmacher, in anderen Industriezweigen Beschäftigung zu suchen, während nur die körperlich schwachen Personen in der Zigarrenindustrie bleiben und sich mühsam durchschlagen. Mit dem Ausbruch des Krieges trat in der Zigarren- und in der Zigarettenindustrie eine starke Stockung ein. Die großen Betriebe verkürzten die Arbeitszeit oder ließen nur ein bestimmtes Pensum arbeiten. Die mittleren und kleinen Unternehmer schränkten ihre Betriebe ein oder schlossen sie gänzlich. Die Folge davon war ein erhebliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit. In den Monaten Juni und Juli waren auf dem Arbeitsnachweis 55 Arbeitslose eingetragen. Im August stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 205 und hielt sich auch im September noch auf der gleichen Höhe. Dann gestaltete sich der Arbeitsmarkt etwas günstiger, weil der Bedarf von Tabakwaren infolge von Ankäufen durch die Heeresverwaltung und der Versendung von Liebesgaben an die Truppen fortgesetzt stieg. Die Zahl der Arbeitslosen nahm denn auch vom Oktober an langsam ab, so daß sie sich im Dezember noch auf 88 belief. Die Zeit der größten Arbeitslosigkeit stellte große Anforderungen an die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes. Um den Bezug für längere Zeit sicher zu stellen, wurden die Unterstützungssätze, wie auch in anderen Gewerkschaften, herabgesetzt. Trotzdem mußten allein im Monat August 1300 M. Unterstützung an Arbeitslose gezahlt werden. — Die gesamte Jahresabrechnung weist folgende Ausgaben für Unterstützungszwecke auf: An Notleidende 4075 M., an Kranke und Wöchnerinnen 2812 M., an Arbeitslose 1652 M., in anderen Unterstützungszweigen 232 M.

Die Mitgliederzahlen geben in ihrer Zusammensetzung ein Bild von dem Umfang der Zigaretten- und Zigarrenindustrie. Von den am Jahresschluß festgestellten 1215 Mitgliedern gehören 955 der Zigaretten- und 260 der Zigarrenbranche an. Von den letzteren sind 169 männliche und 91 weibliche Mitglieder. Die Zahl der männlichen Arbeiter ist demnach in der Zigarrenindustrie ungefähr doppelt so groß wie die der weiblichen Arbeitskräfte. In der Zigarettenindustrie greift die Maschinenarbeit immer mehr um sich. Die Zahl der Handarbeiterinnen nimmt infolgedessen ab, während sich die Zahl der an Maschinen beschäftigten Hilfsarbeiterinnen vermehrt, die sich denn auch in steigender Zahl der Organisation anschließen.

Die Werkzeugmacher haben — wie aus dem in ihrer Branchenversammlung am Sonntag erstatteten Jahresbericht hervorgeht — in der Zeit vor dem Kriege durch einige Lohnbewegungen in einzelnen Betrieben Erfolge erzielt. In zwei Fällen kam es zum Streik, der aber wegen Eintritt des Krieges abgebrochen werden mußte. Der Krieg hat für die Werkzeugmacher dieselben Erscheinungen gezeitigt wie in vielen anderen Berufszweigen: Anfangs große Arbeitslosigkeit, dann, als die Heeresarbeiten einsetzten, eine so günstige Konjunktur, daß es schließlich gar keine Arbeitslosen mehr gab. Unter dem Einfluß dieser Situation stiegen die Löhne, aber auch die Arbeitszeit wurde durch Ueberstunden oft erheblich verlängert. Ueber den bekannten Erlaß der Feldzeugmeisterei wurde viel geklagt, weil ihn die Unternehmer rücksichtslos in ihrem Interesse und zum Nachteil der Arbeiter ausgenutzt haben. Es wird nun abzuwarten sein, wieweit die neuerdings über die Handhabung des Erlasses getroffenen Vereinbarungen Besserung schaffen können. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes wird, wie betont wurde, natürlich alles daran setzen, um im Rahmen der Vereinbarung die Rechte der Arbeiter zu wahren. Sollte sich herausstellen, daß die Vereinbarung nicht geeignet ist, die an sie geknüpften Erwartungen zu erfüllen, so steht beiden Teilen der Rücktritt von der Vereinbarung frei.

Die an automatischen Drehbänken beschäftigten Einrichter arbeiten immer noch mit Hochdruck. Dem entsprechen die Lohnverhältnisse jedoch nicht. Die Löhne haben sich vielfach nicht erhöht gegenüber der Entlohnung in Friedenszeiten, auch fehlt die Einheitlichkeit. Einzelne Unternehmer sind sogar dazu übergegangen, Abzüge vorzunehmen. Hinzu kommt noch, daß die Unternehmer es bekanntlich verstanden haben, die Freizügigkeit der Arbeiter zu unterbinden, so daß es den letzteren nicht mehr möglich war, in besser zahlende Betriebe zu gehen. Ein neugebildeter Kriegsausschuß, in dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter paritätisch vertreten sind, wird von nun ab in alle Differenzen zwischen beiden Parteien eingreifen und eine Entscheidung treffen. Somit ist zu hoffen, daß die Auswüchse, die das Entlassungsscheinsystem gezeitigt hat, beseitigt werden und jeder Arbeiter seine Arbeitskraft zu einem angemessenen Lohn verkaufen kann.

Deutsches Reich.

Lohnkürzungen in der Binnenschiffahrt.

Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges sahen die Behörden sich veranlaßt, die Bemannungsvorschriften für Binnenschiffe teilweise zu ändern, da sich herausstellte, daß die Zahl der zum Heeresdienst herangezogenen Mannschaften eine sehr hohe war; weit über 50 Proz. des Mannschaftsbestandes dürften zum Kriegsdienst eingezogen sein. Als dann der Landsturm aufgerufen wurde, erhielt die Binnenschiffahrt die Vergünstigung, daß die landsturmpflichtigen Binnenschiffer bis zum 31. Dezember 1914 zurückgestellt wurden. Jetzt ist dieser Zeitpunkt vorbei und weitere Schiffsmannschaften sind eingezogen. In den Preßorganen der Schiffahrtsunternehmungen wie auch in den Organen der Schiffahrtvereine wird darauf verwiesen, daß, sobald die Schiffahrt voll aufgenommen wird — was in den nächsten Tagen geschehen kann —, ein erheblicher Mannschaftsmangel sich bemerkbar machen würde.

Man sollte nun annehmen, daß die Schiffahrtsgesellschaften bestrebt sein würden, sich mit dem übrigbleibenden Teil der Mannschaften so zu stellen, daß diese ihre Berufsarbeit fortsetzen und sich nicht andere Arbeitsgelegenheit suchen würden. Leider muß das Gegenteil konstatiert werden. Auf der Elbe ist es die Vereinigte Elbeschiffahrtsgesellschaften-Aktiengesellschaft, die den wirtschaftlichen Burgfrieden besonders eigenartig auslegt. Bis zum Kriegsbeginn erhielten die Bootsleute 120 M. Monatslohn, ein Teil der Mannschaften, die der Betriebsorganisation angehörten, erhielten den Lohn voll ausgezahlt, der andere Teil nur 115 M., die restlichen 5 M. wurden am Schiffahrtsschluß gezahlt. Bei Beginn des Krieges hörte der Unterschied auf, es wurden allgemein 115 M. gezahlt. Alle Bootsleute waren der festen Ueberzeugung, am Schiffahrtsschluß die Restsumme zu erhalten. Es kam aber anders. Die Firma weigerte sich zu zahlen. Und erst als die Mannschaften den Klageweg beschritten, bequemte sie sich dazu.

In diesem Jahre will die V. E. G. aber grundsätzlich den auf der ganzen Elbe üblichen Monatslohn auf 115 M. herabsetzen, sie nimmt also eine Lohnkürzung von 5 M. pro Monat vor. Dieses Vorgehen ist um so ungerechter, als ja vielfach die Bemannung reduziert ist und auch sonst von den Mannschaften eine erhöhte Arbeitsleistung verlangt wird. Die Unternehmer wollen nach dem Prinzip: Mehr Arbeit, aber weniger Lohn! arbeiten lassen. Viele Mannschaften der Elbe weigern sich unter diesen Verhältnissen Dienst zu tun und suchen sich Landbeschäftigung.

Auf der Oder ist es die Schlesische Dampfer-Kompagnie, die Lohnkürzungen von 3 bis 8 M. mit Beginn dieses Jahres einführt. Die Firma zahlte für Steuerleute bis Jahresschluß 128 M., jetzt sollen wieder frühere Lohnsätze in Kraft treten von 120 und 125 M. Man bedenke, daß dies Löhne für Schiffsführer sind, die die Verantwortung für Schiff und Ladung haben und für Schaden mit ihrem Vermögen haften müssen. Auch dieses Verhalten hat viele Obermannschaften veranlaßt, anderweitig Beschäftigung zu suchen.

Durch das Vorgehen zwei solch großer Reedereien wird die gesamte Binnenschiffahrt geschädigt, denn kein Mensch kann es den Mannschaften verübeln, wenn sie sich weigern, sich bei den heutigen Lebensmittelpreisen Lohnkürzungen gefallen zu lassen und wenn sie darum versuchen, anderweitig lohnendere Beschäftigung zu finden. Allerdings in Unternehmerkreisen ist man anderer Meinung. Man will, wie uns bekannt ist, an die Militärbehörden herantreten und versuchen, die Mannschaften zwangsweise zur Schiffsarbeit zu zwingen. Auf dieses Vorgehen der Unternehmer hinzuweisen ist notwendig und wichtig, weil sehr bald in Unternehmerkreisen Stimmen laut werden dürften, die über Mangel an schiffahrtskundigen Personal klagen werden. Dann möge man sich erinnern, daß die Lohnkürzungen der Unternehmer an diesem Zustande schuldig sind.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Kapitalsanlagen in Frankreich.

In Frankreich ist deutsches Kapital in nicht unerheblichem Maße angelegt, besonders von der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Diese Kapitalien dienen der Beschaffung eines Bodenproduktes, das der deutschen Schwereisenindustrie sehr notwendig ist — der Beschaffung von Eisenerz. Es hätte daraus eine engere wirtschaftliche Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich erwachsen können, um so mehr, als Deutschland dem Nachbarstaate ein Produkt liefern konnte, das ihm fehlt und ihm auch so notwendig ist — die Kohlen.

Deutschland importierte im Jahre 1908 an Eisenerzen acht Millionen Tonnen, 1909 9 Millionen, im Jahre 1910 stieg der Import auf 10 Millionen und im Jahre 1911 auf 11 Millionen Tonnen Eisenerz. Die Nachfrage und das Bedürfnis nach Eisenerz ist also in Deutschland ein stets wachsendes. Frankreich birgt in seinem Boden reiche Eisenerzlager. Im Departement Meurthe-et-Moselle erstrecken sich diese Lager auf eine Fläche von 70 000 Hektar und enthalten nach der Meinung der Geologen 3 Milliarden Tonnen Eisenerz. Neuerdings ist die Wiedererschließung der normanischen Erzlager erfolgt, die sich über die ganze Normandie bis in die Bretagne und andererseits bis vor die Tore von Paris erstrecken sollen. 15 000 Hektar sind bereits abbaufähig. Frankreich hat seine Erzproduktion innerhalb 15 Jahre vervierfachen, von 4 Millionen auf 16 Millionen im Jahre 1911 steigern können. Dagegen hat Frankreich Mangel an Kohlen. Zwar ist seine Kohlenförderung von 20 Millionen Tonnen im Jahre 1884 auf 41 Millionen Tonnen 1912 gestiegen; trotzdem genügte diese Steigerung den Bedürfnissen der französischen Industrie nicht. Deutschland steigerte seine Kohlenförderung von 15 Millionen Tonnen im Jahre 1862 auf 79 Millionen 1895, auf 109 Millionen 1900 und hat im Jahre 1912 die Kohlenproduktion auf 177 Millionen Tonnen Kohlen emporgehoben. Es wurde Ausfuhrland für Kohlen.

Deutschlands Koksausfuhr ging zur Hälfte nach Frankreich. (Im Jahre 1911 von 5 321 987 Tonnen 2 055 629.) — Das deutsche Kapital arbeitet nach zwei Richtungen in Frankreich. Zunächst teilen sich deutsche Eisenfirmen mit französischen, belgischen oder luxemburgischen Gesellschaften in den Besitz von Erzgruben. So ist die Aktiengesellschaft Gebrüder Rohling in Völklingen an der Grube von Valleroy beteiligt; die Phönixwerke, Hasper Stahlwerke, die Hoeschwerke in Dortmund haben Anteile der Gruben von Jarry und Saney; an der Grube von Moutiers partizipiert mit einer französischen und zwei belgischen Firmen die deutsche Firma: Deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktengesellschaft; an der Grube von Conflans haben neben zwei französischen und einer belgischen Firma die Dillinger Werke Anteile; die Grube von Serronville ist im Mitbesitz einer St. Ingberter Filiale der Deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft; an Diese Gruben liegen alle im Erzgebiet von Französisch-Lothringen. In dem neu erschlossenen Erzgebiet der Normandie zeigt sich hauptsächlich die andere Art deutscher Kapitalanlage: der selbständige Erwerb von Erzgruben. Die Gruppe Roehling besitzt die Mine von Pulventeux; die Phönixgrube hat große Ankäufe in der Normandie gemacht; die Gelsenkirchner Gruppe (Gelsenkirchner Bergwerks-Aktiengesellschaft) hat nach und nach die Gruben von Saint Pierremont, Seßcen, Haute-Lahe, Saint Jean, Sainte Barbe, Cousnes und Villerups erworben, endlich hat die Gruppe Thyssen die Minen von Batilly, Jouaville und Bouligny, sowie andere Gruben in der Normandie in Besitz.

Aber nicht nur in Erzminen ist deutsches Kapital in größerem Maße angelegt, sondern auch große Industriewerke befinden sich in deutschen Händen. So hat die Thyssengruppe Hochofenanlagen und Stahlwerke bei Caen in der Normandie errichtet, wo das in eigenen Gruben gewonnene Erz gleich verarbeitet wird. Die Gelsenkirchner Gruppe hat die Hüttenwerke von Aubrives und Villerupt erworben, die hauptsächlich Eisenröhren und Gußträger fabrizieren. In diesen Werken steckt ein Kapital von 6 750 000 Franken; seit sie sich in deutschem Besitz befinden, hat sich die Produktion um 26 Proz. erhöht.

Man ersieht aus diesen wenigen Angaben, welch bedeutende wirtschaftliche Beziehungen Frankreich und Deutschland zueinander haben.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und die Presse.

Genossinnen! Kürzlich verbreitete die Parteipresse einen Bericht über Frauenversammlungen, die während des Krieges stattgefunden haben.

Darin war nachdrücklichst hervorgehoben, welche Pflichten den Frauen durch den Krieg erwachsen sind: Pflichten gegen die Familie, gegen die Gesamtheit und — gegen die Partei.

In einer Anzahl Feldpostbriefe von Genossen aus den Schützengräben, die ich darauf erhielt, erstatteten diese ihren lebhaften Dank für alles im Bericht Gesagte.

Ausdrücklich wurde ausgesprochen, ihr Dank gelte nicht nur der Tatsache, daß unsere Genossinnen in den Hilfsaktionen den Kriegerfrauen mit Rat und Tat zur Seite stehen, sondern ebenso sehr dem mahnenden Ruf an die Mütter, ihre Familien vor Verrohung und Völkerhaß zu bewahren, dafür aber um so mehr den Geist der Menschlichkeit und treuer Solidarität wach und lebendig zu erhalten, und der spornenden Aufforderung, ihr Bestes zu leisten, um Organisationen und Presse der Partei zu fördern. Es ist ein herrliches Erlebnis, das erhebend auf uns alle wirkt, zu sehen, wie unsere Genossen im Felde, umlauert vom Tod in mancherlei Gestalt, inmitten des feindlichen Kugelregens, den verschiedenartigsten Strapazen fast erliegend, den größten Entbehrungen ausgesetzt, unter riesenhafter Nervenspannung und ungeheurem seelischem Drucke, in bewunderungswürdiger Liebe und Treue an der Partei und ihren Einrichtungen hängen, wie sie mit sorgender Seele alle Parteivorgänge verfolgen und dankbaren Herzens sich jeder Parteiförderung freuen. Das ist ein Heldentum, welches die allgemein anerkannte glänzende kriegerische Tapferkeit unserer Feldgrauen noch übergipfelt.

Genossinnen, wird dies heldenhafte Geschehen auch auf Euch in der wünschenswerten Weise wirken? Wird es Euch anfeuern, nun auch tapfer und unermüdlich im Dienste der Partei rastlos zu arbeiten, um den Organisationen und der Verbreitung unserer Presse freudig Eure ganze Kraft zu weihen?

Ich hoffe und erwarte es!

Wir müßten ja elendige Feiglinge und pflichtvergessene Mitglieder unserer großen politischen Gemeinschaft, der Partei, sein, wenn es anders wäre.

Heute sind noch viele Kriegerfrauen und noch viele männliche Arbeiter Nichtleser der Parteizeitung; sie müssen aufgesucht und an ihre Pflicht gemahnt werden.

Dem Manne sagt, daß ein stolzer, selbstbewußter Arbeiter natürlich die Arbeiterpresse, die seine Interessen vertritt, lesen muß; sagt ihm, wie die Genossen in den Schützengräben darüber denken.

Der Kriegerfrau erzählt, wie die Arbeitsbrüder im Felde, also auch ihr Mann, hungern nach der sozialdemokratischen Presse, wie „jeder Fetzen Papier" gelesen wird, wie die Männer sich gegenseitig voll Stolz erzählen, wenn ihre Frauen Mitglied der Partei und wenn sie für die Nachsendung der Parteizeitung Sorge tragen.

Sagt ihr, daß sie selbst die sozialdemokratische Zeitung abonnieren und lesen, und wenn gelesen, ihrem Mann als Feldpostbrief nachsenden soll. Die Versendung macht ihr dann also durchaus keine weiteren Unkosten und beide, Mann und Frau, sind durch das Lesen ihrer Parteizeitung um so inniger miteinander verbunden.

Eine außerordentliche Freude würden damit die Kriegerfrauen ihren Männern machen. Und Euch Genossinnen wird es doch ein Leichtes sein, daß jede von Euch mindestens eine der Kriegerfrauen Eurer Nachbarschaft, Eures Bekanntenkreises zum Abonnement und Versand der Parteipresse veranlaßt. — Die Partei hat große gewaltige Aufgaben zu erfüllen; während des Krieges, beim Abschluß des Friedens, und nach dem Friedensschluß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Bei der Erfüllung dieser Aufgaben brauchen wir Stärke und Geschlossenheit der Organisation und Stärke und Schlagfertigkeit der Presse.

Genossinnen! arbeitet deshalb unter Hingabe und Fleiß mit daran, daß diese Voraussetzungen für die Lösung der geschichtlichen Aufgaben der Sozialdemokratie erhalten und immer mehr geschaffen werden.

Das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung, der Dank unserer Genossen in den Schützengräben und der Gesamtpartei wird reichlicher Lohn für Eure Mühen sein. Luise Zietz.

Soziales.

Gewöhnung an Unfallfolgen bei einer 77jährigen Greisin.

Die Arbeiterin G. erlitt, im 67. Lebensjahre stehend, einen Betriebsunfall, bestehend in einer schweren Verletzung der Hornhaut des linken Auges.

Für die Folgen dieses Unfalles wurde zunächst eine Rente von 50 Proz. durch die Brandenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft festgesetzt, die dann im April 1906 auf 30 Proz. herabgesetzt wurde. Im Juni 1909 wurde von der Genossenschaft ein weiterer Versuch, die Rente auf 20 Proz. herabzusetzen, gemacht. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam gab dem Verlangen der Genossenschaft statt, während das Reichsversicherungsamt der Verletzten die Rente wieder zusprach.

In der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom Jahre 1910 heißt es:

„Es kann aber bei dem Umstande, daß die bejahrte Klägerin nur bei einer ungewöhnlichen und gezwungenen Kopfhaltung mit dem verletzten linken Auge etwas zu sehen vermag, auch eine weitere Gewöhnung und Anpassung an den Zustand nicht als ausreichend erwiesen angesehen werden."

Trotz dieser Entscheidung und Begründung ruhte die Genossenschaft nicht und nahm im September 1914 eine abermalige Herabsetzung der Rente auf 20 Proz. vor. Diesmal aber mit besserem Erfolge. Die Berufung der Verletzten wurde dieser Tage vom Oberversicherungsamt Potsdam zurückgewiesen. In der Begründung heißt es:

„Nach dem ärztlichen Gutachten ist der anatomische Befund derselbe wie früher.

Beim landwirtschaftlichen Arbeiten falle der Verlust des Sehvermögens auf einem Auge nicht so sehr ins Gewicht (?), zumal im Laufe der Jahre eine Gewöhnung eingetreten sei. Er halte eine Rente von 20 Proz. für durchaus ausreichend und wohlwollend. (!)"

Die Verletzte ist nunmehr 77 Jahre alt geworden, nach allgemeinen Erfahrungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt als verbraucht anzusehen, und trotzdem hält das Oberversicherungsamt eine eingetretene Gewöhnung für vorliegend. Hiermit hat sich dasselbe u. E. auch mit der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes in Widerspruch gesetzt. Leider ist es nicht möglich, die Entscheidung des Oberversicherungsamtes anzufechten, da nach den neueren Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung § 1700 Ziffer 8 wegen Neufestsetzung von Dauerrenten der Rekurs ausgeschlossen ist.

Aus dem Gewerbegericht.

Die Fortsetzung des Lehrverhältnisses, im Falle, daß ausschließlich Kriegsmaterial angefertigt wird, kann dem Lehrling nur unter der Voraussetzung zugemutet werden, daß keine genügenden Aufträge auf solche Materialien zu erlangen sind, auf welche sich das Lehrverhältnis bezieht. Diesen Standpunkt hat die Handwerkskammer in einem Gutachten vertreten, das gestern in einer Verhandlung vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts zur Verlesung kam. —

Ein Lehrling der Firma **Groß u. Co.**, Maschinenbauanstalt, hatte auf Veranlassung seines Vaters das Lehrverhältnis gelöst, weil seine Ausbildung gröblich vernachlässigt und er an dem Besuch der Fortbildungsschule oftmals verhindert wurde. Das Gutachten der Handwerkskammer bestätigte die Auffassung des Klägers, der die Lösung des Lehrverhältnisses als zu Recht erfolgt durch Urteil festgestellt haben wollte. Im Betrieb war seit Mai kein Meister vorhanden. Der Firmeninhaber ist nicht technisch ausgebildet. Die Anfertigung von Kriegsmaterial sei wahrscheinlich lediglich aus dem Grunde aufgenommen, weil es überaus gewinnbringend sei. Dagegen müsse gesagt werden, daß sehr wohl Aufträge auf elektrische Maschinen zu erlangen gewesen wären, wenn sich der Beklagte darum bemüht hätte.

Unter diesen Umständen ging der Beklagte vergleichsweise auf die Klageforderung ein und gab sich zufrieden, daß ihm rund 10 M. freiwillig gezahlte Krankenkassenbeträge vom klägerischen Lehrling zurückerstattet würden.

Gerichtszeitung.

Eine Verzweiflungstat.

Ein Opfer der zu Kriegsbeginn erfolgten massenhaften Entlassungen von Angestellten ist die ledige Arbeiterin **Anna Hoppe** geworden, die sich in der demnächst unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Vanjura** beginnenden Schwurgerichtsperiode des Landgerichts III wegen einer von ihr verübten Verzweiflungstat zu verantworten haben wird. — Die Angeklagte ist Mutter eines zehnjährigen Knaben, für den sie stets allein gesorgt hatte. Sie galt als eine stille, fleißige Arbeiterin, die sich ehrlich durchs Leben schlug. Anfang August v. J. wurde sie plötzlich entlassen, da ihr Arbeitgeber keine Aufträge mehr erhielt. Sie versuchte auf alle mögliche Weise, für sich und ihr Kind den Lebensunterhalt zu verdienen, jedoch vergeblich. Nach einer langen Zeit des Hungerns wurde sie schließlich von der Verzweiflung gepackt. Sie öffnete des Nachts heimlich die Gashähne, um mit ihrem Kinde in den Tod zu gehen. Hausbewohner, die durch den Gasgeruch aufmerksam geworden waren, benachrichtigten die Polizei, welche die Tür einschlug und Mutter und Kind zum Glück noch lebend antraf. Beide wurden mit dem Sauerstoffapparat behandelt und kamen bald wieder zum Bewußtsein. — Diese Verzweiflungstat hatte zur Folge, daß die Angeklagte unter dem Verdachte des **Mordversuchs** verhaftet wurde. Das Gericht hob aber dann selbst den Haftbefehl auf. — In der Verhandlung vor den Geschworenen ist vom Rechtsanwalt Dr. Frey der behandelnde Arzt der Angeklagten geladen worden, der bekunden soll, daß die seit Jahren an Nervenschwäche leidende H. die Tat offenbar in einer durch Not und Verzweiflung hervorgerufenen geistigen Verwirrung begangen habe.

Ein Artistentrio als Einbrecherbande.

Zurückgehaltene und versteckte Goldstücke bildeten den Teil einer Diebesbeute, welche eine Einbrecherbande auf einem Laubenterrain in der Nähe von Siemensstadt gemacht hatte. Dieser Einbruchsdiebstahl bildete gestern den Gegenstand einer Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III. Angeklagt war der Artist **Gustav Sohn**. — Der Angeklagte, der „Schlangenmensch" ist, war mit einer Artistentruppe lange Zeit im Auslande gewesen und nach Ausbruch des Krieges wieder nach Deutschland zurückgekommen. Da er hier keine Stellung fand, hatte er sich mit zwei Kollegen, einem Reifenschlüpfer und einem Zauberkünstler, zusammengetan, mit denen er durch die Lokale zog und sich so den Lebensunterhalt verdiente. Eines Abends erschien das Artistenkleeblatt in Siemensstadt, um in den dortigen Lokalen seine Künste zu zeigen. Wie sich später ergab, hatten sie dabei gleichzeitig einer Laube einen Besuch abgestattet und in dieser eine unerwartet reiche Beute gemacht. Neben einem Bankbuch der Dresdner Bank über 700 M. fanden sie etwa 300 M. in Goldstücken vor, die der allzu ängstliche Inhaber der Laube dort versteckt hatte. — Die beiden Komplicen des Angeklagten wurden später abgefaßt, als sie mit dem erbeuteten Buch in einer Filiale der Dresdner Bank erschienen und das Geld abheben wollten. Während sie inzwischen schon abgeurteilt worden sind, konnte gegen den bisher unauffindbaren Angeklagten erst jetzt verhandelt werden. — Vom Rechtsanwalt Dr. **Frey** wurde als Verteidiger des Angeklagten auf die Notlage als strafmildernd hingewiesen, auch liege allenfalls nur Hehlerei vor, da eine direkte Beteiligung an dem Diebstahle nicht nachweisbar sei. Das Gericht nahm auch nur **Hehlerei** an und verurteilte den Angeklagten zu **2 Monaten Gefängnis**.

Eingegangene Druckschriften.

Münchener Bilderbogen: 1. Die Schlacht bei Tannenberg. — 2. Die Liebesgabenkiste. — 3. Der Dauerlauf Frenchs. — 4. Die bayerischen Löwen. — Pro Bogen schwarz 10 Pf., farbig 20 Pf. — J. C. Huber, Diessen vor München.

Meyers Volksbücher: 1689—1692. **Ausgewählte Dichtungen.** Von Ch. F. Scherenberg. — 1693. **Aus dem Musikwinkel.** Sächsische Dorfgeschichten von M. Schmerler. — 1694—1696. **Hjördis.** Roman von Kristofer Janson. — 1697—1698. **Der Ausbruch des Weltkrieges 1914/15** in amtlichen Aktenstücken. — Einzelnummer 10 Pf. — **Kriegsgeschichte 1914.** Gesammelt und herausgegeben von E. Wolbe. 75 Pf. — Bibliographisches Institut, Leipzig und Wien.

Bei den Kämpfen im Osten sind folgende Kollegen gefallen:

Graveur **Alfred Jaehn**
Ersatz-Reservist, am 30. Januar.

Mechaniker **Oskar Kramer**
Gefreiter der Reserve, am 31. Januar.

Arbeiter **Karl Kurth**
Unteroffizier der Reserve. 1148b

Wir werden denselben ein ehrendes u. dauerndes Andenken bewahren.

Die Kollegen der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. (Telefunken).

Am 8. Februar fiel in Rußland nach treuer Pflichterfüllung, von Anfang des Krieges im Westen und Osten, unser langjähriger Kegelbruder 68A

Leopold Caccia

Unteroffizier im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 48, 12. Kompagnie.

Ehre seinem Andenken.

Die Kegelbrüder des Klubs „Schwarzer Punkt".

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
14. Abt. Bez. 698.

Am Sonnabend, den 20. Februar, verstarb an seinen im Felde erhaltenen Wunden unser Genosse, der Mechaniker

Otto Goile

Beusselstraße 39.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 23. Februar, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Garnison-Kirchhof in der Hasenheide statt. 262/14

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Franz Wenzel

Melchiorstraße 13

im Alter von 36 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Thomas-Gemeinde aus statt.

97/8 **Die Ortsverwaltung.**

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Putzer

Wilhelm Schröder

am Sonnabend, im 45. Lebensjahre, nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist. 1147b

Im tiefsten Schmerz

Witwe Elise Schröder
nebst Tochter.

Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 3 Uhr, von der Kapelle des Gethsemane-Kirchhofes aus statt.

Schwimmverein „Vorwärts" Berlin 1897.

Den Mitgliedern die tiefbetrübende Nachricht, daß unser lieber und braver Schwimmgenosse

Fritz Rex

(Abteilung Schillingsbrücke)

am 5. Februar im Alter von 21 Jahren auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen ist.

Wir werden ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.

293/2 **Der Vorstand.**

Allzu früh und fern von seinen Lieben starb den Heldentod in Rußland mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder u. Schwager, der Reservist

Theodor Richtsteig

im Alter von 27 Jahren. 141R

Ich hab ein schönes kurzes Glück besessen,
Jetzt schlummert es auf ewig unvergessen.

Ruhe sanft!

Am 23. Dezember 1914 fiel im Osten unser langjähriger lieber Kollege, der Lehrmann

Otto Zesch

im Alter von 36 Jahren. 57R

Ehre seinem Andenken!

Die Schleifer der Firma Baer & Stein.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenhauer.
E. V. Berlin 6.

Am Freitag, den 19. Februar, starb unser Mitglied

Richard Schulze

im Alter von 40 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes aus nach dem städtischen Friedhofe in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

259/1 **Die Ortsverwaltung.**

Allzu früh und fern von seinen Lieben fiel als Opfer des Weltkrieges am 13. Februar, kurz vor seinem 27. Geburtstage, mein über alles geliebter, unvergeßlicher Mann, meines Söhnchens guter Vater, der Ersatz-Reservist

Wilhelm Hennig

(Inf.-Reg. Nr. 24, 7. Kompagnie) infolge einer in Frankreich erlittenen Granatverletzung.

Dies zeigt mit schmerzerfülltem Herzen an **Gertrud Hennig** geb. **Born.** Falckensteinstr. 31.

Ich hab ein schönes kurzes Glück besessen,
Jetzt schlummert es auf ewig unvergessen.

Ruhe sanft in fremder Erde!

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß die Kollegin (Branche Damenkonfektion)

Luise Sachs

am 20. Februar im 49. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes Friedrichsfelde aus statt.

166/1 **Die Ortsverwaltung.**

Nachruf.

Am 7. Februar starb fürs Vaterland in Rußland unser lieber Freund und Laubenkolonist

Georg Pohl.

Sein allezeit zuvorkommender und hilfsbereiter Charakter sichern ihm ein dauerndes ehrendes Andenken.

Die Kolonisten der Kolonie Zum ehrlichen Seemann.

Damenhüte modern umpressen 1,50. **Migge.** Schönhauser Allee 146a.

Verkäufe.

Steppdecken! Spottbilliges Inventurangebot! Prachtvolle Simili-seidene 4,85, wundervolle, doppelseitige 7,15, 8,75. Große Tülldecken 1,75. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. 268*

Vorjährige elegante Herrenanzüge, Paletots und Ulster aus feinsten Matzstoffen 25—60 Mark, Hosen 6—18 M. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 58*

Teppiche (Farbenfehler) enorm billig. Gardinen, Steppdecken, Gelegenheitskauf. Mauerhoff, Gr. Frankfurterstraße 9, parterre. „Vorwärts"-leser 6 Prozent. 6R*

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Diwandecken, sehr billig. Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). 246/4*

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Ulster, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Altbekannte Firma. Max Weiß, Große Frankfurterstraße 88. *

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 108*

Geschäftsverkäufe.

Gastwirtschaft, zwei Vereinszimmer, Umsatz 60 Halbe pro Monat, 1200 Miete pro Jahr, sofort zu verkaufen. Erforderlich 1500 Mark. Offerten unter W 3, Hauptexpedition des „Vorwärts". †16*

Holz- und Kohlengeschäft, verbunden mit Grünkram ist, weil Mann im Felde, billig zu verkaufen. Erfragen Weißensee, Charlottenburgerstraße 172, Krebs. †148

Möbel.

Preise nur jetzt im Kriege, nie wiederkehrend: Englische Bettstelle 28, Ruhebett 24, englischer Ankleideschrank mit Wäscheabteil und Facettespiegel 88, derselbe etwas kleiner 63 Mark, Bücherschrank, Trumeau 30, Vertiko, Kleiderschrank mit Verglasung 39, Sofa 36, großer Teppich, gute Qualität, schönes Muster 29, wundervolle, billige Schlafzimmer, herrliche, billige Wohnzimmer, Küche siebenteilig 58, Schreibtisch 38, Ausziehtisch 16, Rohrstuhl 3,60, Waschtollette 19. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. *

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit anerkannt Rücksicht. Möbelgeschäft Goldstaub, Lossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Kriegshalber. Bildschöne Wohnungseinrichtung, herrliche Küche, alles noch neu, zusammen nur 225 Mark. Rosenthalerstraße 57, vorn III bei Glas. (Gewerblich.) Händler verbeten. 15/7*

300 Mark verkaufe nagelneue, wunderbare Nußbaum geschnitzte Wohnungseinrichtung, prachtvolle Küchenmöbel 65,—, direkt Möbeltischlerei Lehmert, Große Hamburgerstraße 4. 1145b*

Möbelkredit. Komplette Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Kreditshaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. *

Teilzahlung bei günstigsten Bedingungen. Möbelhaus Gabbert, Ackerstraße 54. *

Kaufgesuche.

Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinaabfälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Höchstpreise! „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 1/7*

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christianat, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Mariannenplatz). 1/12*

Platina, alte Goldsachen, Silber, Gebisse, Tressen, photographische Rückstände, Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Nickel, Aluminium, sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Abfälle kauft Edelmetallschmelze Groh, Berlin, Köpenickerstraße 29, Telephon Moritzplatz 3476. (Eigene Schmelze). 15/3*

Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier 3,00, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, jetzt Höchstpreise! Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31, Telephon. (Abholung.) 78*

Platin. Goldsachen, Silbersachen Zahngebisse, Stanniol 2.—, Quecksilber, Glühstrumpfasche kauft Blümel, Augustinstraße 19. 246/13*

Fahrradankauf, Linienstraße 27.

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 44R*

Automobilführer-, erstklassige stellungssichere Ausbildung. 100 Mark. Auch Abendkurse. Ratenzahlung. Köpenickerstraße 116. 2197R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16. *

Naturbleiche wäscht sauber Laken, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung Mittwochs, Donnerstags. Elise Lustig, Köpenick, Grünauerstraße 51.

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Vermietungen.

Wohnungen.

Charlottenstraße 87 kleine Wohnungen sofort billig. 687b*

Sonnenburgerstraße 27. Vier-, Drei-, Zweizimmer-Wohnungen, Bad Balkon, sofort. 1135b*

Greifswalderstraße 206, Gartenhaus, zweizimmerige Wohnung, Bad, Balkon, sofort. 1136b*

Freundliche kleine Wohnungen: 1 Zimmer und Küche von 18,00, 2 Zimmer und Küche von 23,00, 3 Zimmer und Küche von 30,00 Mark an. Lichtenberg, Herzbergstraße 127.

Schlafstellen.

Sauber möblierte Schlafstelle Breslauerstraße 4, III links, Hahn.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Dienst für Tochter, fünfzehnjährig, gesund, kräftig, sucht Günther, Augsburgerstraße 72. †95

Stellenangebote.

Automobilarbeiter sucht sofort bei hohem Lohn Automobil-Betriebs-Aktien-Gesellschaft, Fennstraße 31. *

Chauffeure, tüchtige, sucht sofort bei hohem Lohn Automobil-Betriebs-Aktien-Gesellschaft, Fennstraße 31. *

Dreher für Pittler-Revolverbank, der selbständig einrichten kann, sofort gesucht. Maximal-Apparate-Fabrik, Blücherstraße 12. 1143b

Acme-Automat. Einrichter verlangt Krügel, Alt-Moabit 73, 2. Hof II. †31

Geübte Spielhosennäherinnen, guter Verdienst, dauernd, Utrechterstraße 5, Laden. †85

Stellmacher und Maschinenarbeiter sofort bei hohem Lohn gesucht **Melchiorstr. 39.** 15/5

Korbmacher werden gesucht **Mariannenplatz 21.**

Maurer und Arbeiter gesucht. Neubau **Spandau**, Wilhelm-, Ecke Zimmerstraße. Polier **Lade.**

Sattler, Tapezierer sowie **Näherinnen** auf **Tornister,** gut eingearbeitet, sofort verlangt **Bergas & Bythiner,** Tennewitzstr. 33. Arbeit aus dem Hause wird nicht mitgegeben.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 156 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Stab der 13. Res.-Division; 2. Garde-Reg.; Garde-Füsilier-Reg.; Garde-Jägerbat.; Grenadier- bezw. Infanterie- bezw. Füsilier-Reg. Nr. 11, 14, 22, 24, 29, 35, 38, 39, 40, 41, 43, 47, 57, 58, 59, 64, 67, 69, 71, 72, 73, 79, 80, 81, 86, 87, 88, 98, 111, 114, 115, 129, 143, 147, 152, 158, 161, 163, 164, 168, 170, 172; Inf.-Reg. Gropp; Res.-Inf.-Reg. Nr. 1, 3, 10, 13, 16, 19, 23, 25, 29, 37, 55, 66, 71, 72, 75, 76, 80, 82, 94, 99, 111, 204, 210, 211, 213, 214, 215, 229; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 18, 27, 38, 52, 55, 72, 74, 78, 81, 84, 109, 110; Landst.-Bat. 11. Beuthen, 1. 1. Breslau, Burg, Kattowitz, 11. Lützen, 2. Mosbach, Soest, Striegau, Wohlau und Nr. 52; Landst.-Ersatz-Bat. Nr. 4 des 7. Armeekorps und Nr. 11. Halle a. S.; Jägerbat. Nr. 2; Res.-Jägerbat. Nr. 3 und 15; Festungs-Maschinengewehr-Formation VI Posen.

Husaren Nr. 1, 13; Jäger zu Pferde Nr. 6.

Feldart.-Reg. Nr. 7, 27, 34, 35, 39, 50, 51, 60, 75, 76; Res.-Feldart.-Reg. Nr. 13, 25, 36, 44; 1. Landst.-Batt. des 3. Armeekorps.

Fußart.-Reg. Nr. 8, 10, 13; Res.-Fußart.-Reg. Nr. 8, 16; Landw.-Fußart.-Bat. Nr. 8.

Pionier-Reg. Nr. 29; Pionier-Bat.: 1. Garde-Bat.; Bat. 11. Nr. 15; 1. Nr. 16. 1. Nr. 17; Pionier-Ersatz-Bat. Nr. 9, 14; 84. und 86. Res.-Pionier-Komp.; 1. Landw.-Pionier-Komp. des 9. Armeekorps; Pionier-Abt. der 3. Kavalleriedivision.

Eisenbahn-Reg. Nr. 1; Eisenbahn-Baukomp. Nr. 27; Eisenbahn-Magazin-Arbeiterkomp. Nr. 3; Festungskraftwagenpark Cöln. Munitionskolonne Nr. 6 des 15. Armeekorps.

Sanitätskomp. Nr. 2 des Gardekorps und Nr. 2 des 7. Armeekorps; Res.-Sanitätskomp. Nr. 19 des 5. Reservekorps; Lazarett Breslau; Freiwillige Krankenpflege (Rotes Kreuz).

Train-Abt. Nr. 4, 5, 6 und 8; Fuhrparkkolonnen Nr. 14, 63; Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 12 der 8. Armee.

Bezirkskommando Hirschberg.

* * *

Die sächsische Verlustliste Nr. 11 bringt Verluste der Inf.-Reg. Nr. 100, 104, 107, 108, 139, 182; Res.-Inf.-Reg. Nr. 102, 103, 104, 133, 244, 245; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 133; Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 46, 48, 63; Landw.-Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 47; Ersatz-Bat.: Res.-Inf.-Reg. Nr. 102; Res.-Jägerbat. Nr. 25.

Die Ortskrankenkasse für den Kreis Niederbarnim noch immer ohne gesetzmäßige Vertretung.

Auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung wurden am 1. Januar 1913 sämtliche bis dahin bestandenen Ortskassen im Kreise Niederbarnim, mit Ausnahme der Ortskassen Lichtenberg, Pankow und Weißensee, aufgelöst und zu einer „Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Niederbarnim“ vereinigt. Diese an sich vernünftige und gut zu heißende Maßnahme hat für die Mitglieder der Kasse leider nicht das gebracht, was man von einer zentralisierten Ortskrankenkasse erwarten durfte.

Bereits im Vorjahre ist von uns zu verschiedenen Malen auf die mannigfachsten Mißstände hingewiesen worden, die sich bei der Organisierung der Auszahlung des Krankengeldes, der Behandlung der Patienten durch die Aerzte usw. ergeben haben.

Eine Verbesserung dieser Zustände erhoffte man, wenn erst der durch die Mitglieder gewählte Ausschuß und Vorstand der Kasse in Wirksamkeit treten werde.

Diese Hoffnungen haben sich leider bis heute nicht erfüllt. So unglaublich es erscheinen mag: die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Niederbarnim ist noch heute ohne jede gesetzmäßige Vertretung; ihre Geschäfte werden noch heute nicht durch die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Organe der Selbstverwaltung, sondern im Verwaltungswege durch die kreisbehördlichen Organe wahrgenommen.

Nachdem im Jahre 1913 die Wahlen der Vertreter zum Ausschuß der Kasse immer und immer wieder hinausgeschoben worden waren, fanden dieselben endlich am 4. Januar 1914 statt. Von 40 zu wählenden Vertretern aus dem Kreise der Arbeitnehmer fielen auf die Liste der organisierten Arbeiterschaft inklusive einer am 4. Mai stattgefundenen Nachwahl 34 Vertreter. In einem Abstimmungsbezirk siegte eine gegnerische Liste nur aus Zufall, in einem zweiten, rein ländlichen Bezirk, blieb die Liste der organisierten Arbeiterschaft in der Minderheit. Auf Grund dieses Wahlergebnisses fand am 27. Juni 1914 die Wahl des Vorstandes statt, mit dem Resultat, daß die Liste der organisierten Arbeiterschaft gewählt wurde. Die Einberufung des Vorstandes, die erwartet wurde, blieb aus. Gegen diese wochen- und monatelange Verzögerung erhoben die Arbeitnehmervorstandsmitglieder im Monat Oktober Beschwerde beim Versicherungsamt Niederbarnim, das unter dem 7. November 1914 diesen Bescheid erteilte:

> Die Wünsche der Vorstandsmitglieder nach einem baldigen Zusammentritt des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Niederbarnim werden hier geteilt, zumal die Wahrnehmung dieser Geschäfte eine erhebliche Arbeitslast und Verantwortung aufbürdet.
>
> Die Einberufung des Vorstandes konnte bisher nicht erfolgen, da eine Reihe von Einsprüchen vorlagen, die jetzt bis auf einen erledigt sind. Diesem hier noch zur Entscheidung vorliegenden Einspruch wird, soweit es sich bisher übersehen läßt, die Berechtigung nicht ganz versagt werden können, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß Neuwahlen vorzunehmen sind.
>
> Eine Verhandlung über diesen Einspruch ist sehr erschwert, da der Beschwerdeführer zu den Fahnen einberufen ist. Indessen hoffe ich, daß in der Angelegenheit eine baldige Entscheidung herbeigeführt werden kann.
>
> (Unterschrift unleserlich.)
> Regierungsrat.

Nun wußten die Vorstandsmitglieder wenigstens, woran sie waren. Auf Grund welcher Vorgänge die Wahl beanstandet worden ist, wurde ihnen nicht mitgeteilt. In der Meinung, daß ein solcher Zustand nicht andauernd gehen könne, daß wegen der Beschwerde eines einzigen, dessen Wiederkommen aus dem Feldzuge obendrein doch immerhin fraglich ist, die gesamten Mitglieder der Kasse um ihr Selbstverwaltungsrecht geschmälert werden, wandten sich die Vorstandsmitglieder an den Regierungspräsidenten nach Potsdam mit einer weiteren Beschwerde. In dieser Beschwerde wurde erneut darauf hingewiesen, daß seit den Vorstandswahlen zirka fünf Monate verstrichen wären, ohne daß die Gewählten zu einer Vorstandssitzung oder zur Konstituierung des Vorstandes zusammenberufen worden wären. Die Beschwerdeführer erhöben daher Protest dagegen, daß sie von ihren Aufgaben, die ihnen Gesetz und Satzung vorschreibt, dauernd ferngehalten würden, ohne die Gründe zu wissen, wodurch sich eine solche Maßnahme rechtfertige. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß den Beschwerdeführern, Fachkundige aus ihrer früheren Tätigkeit bei den einzelnen Kassen, nicht unbekannt geblieben sei, daß wichtige die Allgemeine Ortskrankenkasse, insbesondere die Versicherten interessierende Angelegenheiten ihrer Erledigung harren.

War die Antwort des Versicherungsamts eine ablehnende, so versuchte sie doch noch immerhin, sich dem Rechtsgefühl der Beschwerdeführer, soweit es sich um die Notwendigkeit der Mitwirkung der Vertreter der Versicherten handelt, anzupassen. Die Antwort des Regierungspräsidenten hat durch Form und Inhalt bei den Petenten sehr verschnupft. Sie lautet:

> „Ihre Beschwerde weise ich als unbegründet zurück. Wie in dem Bescheid des Königl. Versicherungsamts hervorgehoben ist, konnte ein Einspruch gegen die Wahl, die am 27. Juni v. J. stattgefunden hat, noch nicht erledigt werden, weil der Beschwerdeführer zu den Fahnen einberufen ist. Selbstverständlich wird die Erledigung erfolgen, sobald dies möglich ist. Bevor aber eine Verhandlung nicht stattgefunden hat, kann auch eine Einberufung des Vorstandes nicht stattfinden. Ein Recht darauf, auf Mitteilung des Einspruchs oder seiner wesentlichen Gründe, steht nach den Bestimmungen der Wahlordnung weder Ihnen (dem die Beschwerde zuerst Unterzeichneten. D. B.) noch den anderen bisher gewählten Vorstandsmitgliedern zu.
>
> Im übrigen bemerke ich, daß uns der Einspruch vorgelegt ist und an sich zulässig erscheint.
>
> Es muß daher bei der erwähnten Verfügung des Königl. Versicherungsamts sein Bewenden haben.
>
> In Vertretung (Unterschrift unleserlich).“

Damit wissen also alle Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Niederbarnim, daß sie vorläufig auf eine Vertretung aus ihren Reihen nicht zu rechnen haben.

Weil ein Beschwerdeführer, der zufällig im Felde steht und von dem niemand, außer der Behörde, weiß, auf welche Vorgänge er seine Beschwerde stützt, diese erhoben hat, müssen nach der Meinung der Aufsichtsbehörden die Tausende von Mitgliedern, deren Interesse an der Selbstverwaltung ungleich höher steht, solange warten, bis dieser zurückgekehrt sein wird.

Und wenn er nicht zurückkehrt und der Krieg noch wer weiß wie lange dauern kann, was dann? Dann wird eben die Ortskrankenkasse Niederbarnim administrativ weitergeleitet!

Wir fragen im Ernst: Wie lange soll dieser Zustand der Rechtlosigkeit vor den Toren Berlins noch andauern?

Nach den gesetzlichen Bestimmungen beträgt die Frist, in der Beschwerde gegen die Gültigkeit von Wahlen erhoben werden kann, einen Monat. Es ist ein Mangel im Gesetz, daß nicht auch die Behörden an eine solche Frist gebunden sind, innerhalb deren sie bei erstmaligen Wahlen des Ausschusses und des Vorstandes verpflichtet sind, die Konstituierung vorzunehmen. Vom 27. Juni bis zum Kriegsausbruch, volle fünf Wochen, war wirklich Zeit genug, entweder die Konstituierung des Vorstandes vorzunehmen oder die Wahlen für ungültig zu erklären.

Es wird notwendig sein, daß höheren Ortes im Interesse der Versicherten und des sozialen Friedens schleunigst Abhilfe geschaffen würde.

Aus Groß-Berlin.

Der höher gehängte Brotkorb.

Nun hat jeder, der in Groß-Berlin über einen festen Wohnsitz verfügt, ob Mann oder Frau, Greis oder Säugling, sein täglich Brot — in Papier. Es ist jedem der Millionen Groß-Berliner Einwohner schwarz auf weiß verbürgt, daß er Brot erhält, wenn . . . ja, wenn er das nötige Kleingeld dazu hat und wenn der Bäcker oder Mehlhändler soviel geben kann, als die papierne Brotkarte zum Einkaufen berechtigt. Die neugeschaffene Situation war zum Teil trotz allen bitteren Ernstes recht ergötzlich. Viele Ueberängstliche liefen vorzeitig zum Hauswirt, ob er denn noch immer keine Brotkarten habe. Sie machten es sich gar nicht klar, daß jeder einzelne, der zum Hausstand gehört, mit der Brotkarte unbedingt bedacht werden muß.

Mit gewichtiger Amtsmiene, seiner neuen Würde sich voll bewußt, trug der sonst außerhalb des Monatsersten oft so unnahbare Hauswirt persönlich oder der Hausverwalter die Brotzettel und die Unterschriftslisten in jede Wohnung: „Ich bringe Ihnen Kriegsbrot . . . bitte, quittieren Sie!“ In die Beletage ging er, in die Dachstube und in den Keller . . . und so waren wir Menschenkinder unter dem Drucke der Zeit mit einem Schlage alle gleich geworden — auf dem Brotpapier. An Nörglern und Querköpfen, die dem Zwange der Not kein Verständnis entgegenbringen wollten, hat es leider nicht gefehlt. Den Hausbesitzern, die sich zum Verteilen der Karten für zu schade hielten, wird hoffentlich der Standpunkt gründlich klargemacht werden.

Inzwischen sind auch schon „Doktorfragen“ über die Auslegung des Begriffes „Nicht übertragbar“ aufgetaucht. Vielfach glaubt man, daß zwar nicht die Brotkarten oder einzelne Abschnitte derselben, wohl aber die eingekauften Backwaren auf einen anderen übertragen, ihm also geschenkt oder verkauft werden können. Es ist, um allen Scherereien und Möglichkeiten der Bestrafung zu entgehen, dringend anzuraten, keinen Zwischenhandel, sei es auch ohne jeden Preisaufschlag, zu treiben. Man soll sich aber auch in diesen schweren Tagen vor unwürdigen Denunziationen aus Brotneid hüten. Manche Schwierigkeiten werden sich ergeben, werden hoffentlich aber überwunden werden.

Nur gegen Brotkarte.

Der Magistrat gibt bekannt: Trotz der unzweideutigen Bestimmungen über den Gebrauch der Brotkarten macht sich die Neigung bemerkbar, für das Frühstück der gesamten Woche alle Abschnitte am Anfang oder Schluß der Woche gleichzeitig abzutrennen. Ein solches Verfahren ist gesetzwidrig und strafbar. Es verletzt den wichtigsten Grundsatz der gesamten Regelung, daß jede Abgabe und Entnahme von Brot ohne Vorlegung der Brotkarte unzulässig ist. Dies gilt selbstverständlich auch, wenn die Backware in das Haus geschickt wird. Soweit sich dies praktisch etwa mit den erlassenen Vorschriften nicht durchführen läßt, müßte daher das Zutragen unterbleiben.

Auch wegen der belegten Brote sind Zweifel entstanden, ob ihre Abgabe nur gegen Vorlegung der Brotkarte und Abtrennung von Abschnitten erfolgen darf. Die Frage ist ohne weiteres zu bejahen.

Seltsamerweise haben einige Bäckermeister selbst die Karte zurückgewiesen, da sie deren nicht bedürften. Sie sind hierin im Irrtum, denn auch für das Brot und Mehl, das sie an ihren Haushalt oder an Angestellte abgeben, sind sie verpflichtet, Brotkartenabschnitte abzutrennen.

Volksernährung während des Krieges.

Mit diesem Thema beschäftigten sich heute abend 24 Versammlungen, die in Groß-Berlin einberufen sind. Alle Kreise der Bevölkerung, insbesondere aber die erwerbstätige, haben an der Ernährungsfrage das stärkste Interesse, weil alle unmittelbar berührt werden. Der Inseratenteil gibt Auskunft über die Orte und Lokale, in denen Versammlungen stattfinden.

Steuerreklamationen rechtzeitig einreichen!

Dem Petitionsausschuß der Berliner Stadtverordneten lagen in seiner letzten Sitzung unter anderm mehrere Steuerpetitionen vor. Die Gesuchsteller baten um Erlaß von Steuern, teils weil sie zur Zahlung nicht imstande seien, teils weil man sie überhaupt irrtümlich veranlagt habe. Ein Gewerbetreibender, der in Berlin und auch in Neukölln je zur vollen Gemeindeeinkommensteuer veranlagt worden war, wünschte Rückzahlung der in Berlin zu viel gezahlten Steuern. Ein aus Berlin nach Schöneberg verzogener Steuerzahler, der sich nicht bei der Berliner Steuerbehörde abgemeldet hatte, klagte, daß er nun für einen Monat auch an Berlin noch Steuern zahlen soll. Um Erlaß der Hundesteuer bat eine 67jährige Plätterin, die durch den Krieg in pekuniäre Bedrängnis geraten ist. Mit derselben Bitte kam eine Kriegerfrau, die nach Einberufung ihres Mannes die Hundesteuer nicht mehr zahlen kann. Ein Gemeindeschullehrer, der trotz seinem Vorrecht der Befreiung von Gemeindeeinkommensteuer irrtümlich auch zu dieser Steuer veranlagt worden war und nicht reklamiert hatte, bat um Niederschlagung. Viel Erfolg versprechen solche an die Stadtverordnetenversammlung gerichteten Steuerpetitionen in der Regel nicht. Dieser Ausweg wird ja nur gewählt, wenn die Steuerbehörde sich ablehnend verhalten zu sollen glaubt. Zumeist müssen aber auch Petitionsausschuß und Plenum der Stadtverordnetenversammlung sich den „prinzipiellen Gründen“ der Steuerbehörde anschließen und die Ablehnung für gerechtfertigt erklären. Auch diesmal entschied der Ausschuß sich in fast allen Fällen dafür, Erledigung durch Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen. Der in Berlin und in Neukölln voll veranlagte Steuerzahler hatte zunächst in Neukölln reklamiert und tat das auf Grund eines von dort erhaltenen Bescheides nachher auch in Berlin, aber da war es schon zu spät. Den nach Schöneberg verzogenen Steuerzahler traf selber die Schuld, da er seinen Wegzug hätte rechtzeitig melden müssen. Für die 67jährige Plätterin glaubte der Ausschuß nichts tun zu können; der Magistratsvertreter erklärte, daß „ein Schritt vom Wege in diesen Dingen die unabsehbarsten Folgen nach ziehen könnte.“ Aus „prinzipiellen Gründen“ fand auch die Kriegerfrau mit ihrem Gesuch keine Gnade. Nur der Gemeindeschullehrer hatte den Erfolg, daß sein Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen werden soll. Dieser Fall liegt insofern eigenartig, als dem Magistrat seine irrtümliche Veranlagung gar nicht zu Gesicht gekommen sein soll. Sie soll einer Aufwärterin eingehändigt worden sein, die ihm dann keine Mitteilung davon machte. Da aber der Lehrer gar keine Veranlagung zur Gemeindeeinkommensteuer erwarten konnte, so vermißte er das Veranlagungsschreiben nicht. Und sie erlangte dann Rechtskraft, ohne daß er von der ganzen Sache eine Ahnung hatte. Im Ausschuß machte der Magistratsvertreter geltend: die Steuerdeputation müsse „daran festhalten, zu verlangen, daß die Einwendungen auch bei irriger Veranlagung stets fristgemäß vorgebracht werden, da sonst in das Veranlagungsgeschäft eine gewisse Unsicherheit und Unruhe hineingetragen würde“. Steuerzahlern wird sich hier der Wunsch aufdrängen, daß nicht die Steuerbehörde selber durch irrtümliche Veranlagung eine bedauerliche Unsicherheit in das Veranlagungsgeschäft hineintragen möge. Es ist eine Härte, daß für Versehen der Steuerbehörde der Steuerzahler büßen soll, der nicht rechtzeitig die ihm hiergegen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel angewendet hat und sie vielleicht gar nicht anwenden konnte. Im Hinblick auf solche Vorkommnisse können wir nur allen Steuerzahlern empfehlen, Steuerveranlagungen sofort nach Empfang sorgfältig zu prüfen und nötigenfalls schleunigst Einspruch dagegen zu erheben.

Achtung, Wöchnerinnen!

Für die Kriegerfrauen besteht bekanntlich seit dem 2. Dezember 1914 eine Wöchnerinnenfürsorge, die Arzt- bezw. Hebammenhilfe, Wochengeld und Stillgeld vorsieht und von der Krankenkasse, bei welcher der Mann oder die Frau Mitglied ist, gezahlt wird. Einer Kriegerfrau, die vor dem 2. Dezember 1914 entbunden hat und deshalb von der Krankenkasse noch keine Hebammenhilfe, wohl aber Wöchnerinnen- und Stillgeld erhielt, wurde von der Armenverwaltung für die letzten drei Wochen das Stillgeld gesperrt. Man verlangte von ihr, für den unentgeltlich verabfolgten Hebammenschein 15 M. zu zahlen. Da offenbar ein Irrtum vorlag, wendete sich die Leiterin der sozialdemokratischen „Wöchnerinnenhilfe“ an den Herrn Bürgermeister Reicke, der auch umgehend antwortete: das Stillgeld sei freigegeben.

Sollten ähnliche Fälle vorgekommen sein, können sich die Frauen ebenfalls an die Leiterin der Gruppe „Wöchnerinnenhilfe“, an die Genossin Luise Kähler, Engelufer 21 (Bureau der Hausangestellten), wenden.

Um einen Pfennig teurer.

Die Erhöhung der Bierpreise in den Restaurants hat bereits am Sonntag begonnen. In zahlreichen Gastwirtschaften des Zentrums, des Westens und der Friedrichstadt sind Plakate ausgehängt worden des Inhalts, daß vom 20. d. M. ab die Preise für helles Bier wie folgt festgesetzt sind: für ein gewöhnliches Glas hellen Bieres, das bisher 10 Pf. kostete, werden fortan 11 Pf. berechnet; für das bisherige Glas Bier zu 15 Pf. beträgt der Preisaufschlag 1 Pf., für den Schoppen zu bisher 20 Pf. werden 21 Pf. verlangt. Damit ist die Kupferwährung in den Restaurants und Bierwirtschaften in Permanenz erklärt. Schlecht kommen dabei die Kellner fort, die statt des üblichen Trinkgeldes von 5 Pf. in den allermeisten Fällen sich mit dem Obolus von 4 Pf. werden begnügen müssen.

Um den Kriegskuchen.

Zwischen der Berliner Konditor-Innung und dem Verein der selbständigen Konditoren von Berlin und Brandenburg ist eine heftige Auseinandersetzung entstanden wegen des Mehlzusatzes von 10 Proz. zu den Kriegskuchen. Die Mitglieder der Innung wollen den Beweis erbringen, daß es nicht möglich ist, alle Konditorkuchen mit 10 Proz. Weizen- und Roggenmehl herzustellen, während die Vereinsmitglieder sich bereit erklärt haben, die Bestimmungen der Bundesratsverordnung zu befolgen.

Die Behörden hat diese Opposition der Innung peinlich berührt, zumal es im Berliner Konditorgewerbe bereits zu Denunziationen

wegen der Mehlmischung gekommen ist, und es wird sehr unliebsam empfunden, daß der Burgfrieden von der Innung gebrochen worden ist. Die Polemik der Konditor-Innung setzt um so mehr in Erstaunen, als der Obermeister der Innung, Richter, in der Sitzung im Handelsministerium am 2. Januar unter Vorzeigung von Tortenböden, die weniger als 10 Prozent Mehlzusatz enthielten, ausdrücklich erklärt hatte, daß die Herstellung von Kriegskuchen mit 10 Proz. Mehl sehr gut möglich sei.

Die Brotmarken in Charlottenburg. Die Einführung der Brotmarken hat sich ohne Schwierigkeiten vollzogen. Ueber manche Einzelheiten herrschen noch Zweifel, aber mit Hilfe der Brotkommissionen werden diese bald beseitigt sein. So haben z. B. einige Hausbesitzer die Brotkarten nur für eine Woche an ihre Mieter abgegeben, während die Verteilung der Brotkarten sofort für die ganze Verteilungsperiode, also dieses Mal für zwei Wochen, in Zukunft für sechs Wochen zugleich stattfinden soll. Die Hausbesitzer sollen also alle Wochenkarten an ihre Mieter auf einmal abgeben. Die größte Unklarheit herrschte über den Ankauf von Brot durch Restaurateure. Mehrere Bäcker haben Bedenken getragen, den Restaurationen ohne Ausweise und ohne Brotkarten Brot zu verkaufen. Diese Bedenken sind nicht gerechtfertigt. Die Wirte bedürfen also zum Einkauf keiner Brotkarten. Es ist demgemäß auch ausdrücklich bestimmt, daß Schank- und Gastwirtschaften zum Bezuge von Brot und Mehl ohne Ausweise befugt sind. Ebenso scheint noch mehrfach Unklarheit zu herrschen über die Abgabe von Brot in Wirtschaften. In Wirtschaften darf Brot allein überhaupt nicht abgegeben werden, sondern nur Brot in Verbindung mit Speisen, z. B. Brot mit einem Fleischgericht. Das Brot muß dann besonders bezahlt und darf nur gegen Abgabe einer Brotmarke abgegeben werden. Die Grammzahl der Brotmarke muß dem Gewicht der Brotschnitte entsprechen.

Versorgung mit Fleischwaren in Neukölln.

In der gestrigen Sitzung der Lebensmittelkommission wurde von unseren Genossen der letzte Beschluß des Magistrats, die Kartoffeln an Händler für 5 M. pro Zentner und 6 M. an die Konsumenten abzugeben, einer sehr heftigen Kritik unterzogen. Die Kommission beschloß aber gegen die sozialdemokratischen Stimmen, die Kartoffeln entsprechend dem Magistratsbeschluß zu verkaufen. Zur weiteren Versorgung mit Kartoffeln wurde die Unterkommission beauftragt, neue Ankäufe abzuschließen. Mit dem Vertrieb der neu angekauften Kartoffeln wird sich die Lebensmittelkommission noch beschäftigen. Nach den letzten Beschlüssen und Anordnungen muß die Stadt Neukölln pro Kopf der Bevölkerung für 15 M. Schweinefleisch einkaufen, das würde eine Ausgabe von annähernd 4 Millionen Mark erfordern. Es wurde beschlossen, zunächst für 1 Million Mark Schweinefleisch zu bestellen.

Zur Brotmarkenverteilung in Wilmersdorf.

Vom Magistrat erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Brotkartenfrage in Berlin-Wilmersdorf ist magistratsseitig pünktlich geregelt. Bis Sonntagmittag sind den Hauseigentümern bzw. deren Stellvertretern die Brotkarten zum Zwecke der sofortigen Verteilung an die Mieter zugestellt.

Aus den Kreisen des Publikums wird der Magistrat darauf aufmerksam gemacht, daß ein Mehlhändler versucht, mehr Brotmarken von den Kunden zu verlangen, als er nach dem Gesetz berechtigt ist. So sind u. a. beansprucht worden für ein Pfund Mehl 625 Gramm Brotmarken, für 400 Gramm Mehl 500 Gramm Brotmarken und für 80 Gramm Mehl 100 Gramm Brotmarken. Das widerspricht dem Gesetz und ist strafbar. Der Magistrat wird deshalb jeden ihm zur Kenntnis kommenden Fall unverzüglich ahnden, und wird das Publikum hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Brotmarkeninhaber das Recht hat zu verlangen, daß ihm das gleiche Quantum Mehl oder Brot geliefert wird.

Lebensmittelfürsorge in Spandau.

Zur Beschaffung von Fleisch, Konserven und Dauerwaren bewilligte die letzte Stadtverordnetenversammlung 500 000 M. anstatt der vom Magistrat beantragten 350 000 M. Bei der Debatte wurde auch lebhafte Klage über den in Spandau herrschenden Brotmangel geführt. Oberbürgermeister Koeltze teilte mit, daß der Magistrat mit großer Mühe 500 Sack Mehl beschafft habe, um dieser Kalamität zu begegnen. — Um dem Arbeitermangel abzuhelfen, hat sich der Magistrat an die Verwaltung des Döberitzer Gefangenenlagers gewandt und um Ueberlassung von Gefangenen für Privatbetriebe ersucht. — Zur Aufbesserung der Straßenbahnerlöhne beantragte die Straßenbahndeputation, für Schaffner einen Anfangslohn von 123,20 M., steigend bis 154 M., und für Fahrer von 131,60 M., steigend bis 162,40 M. festzusetzen. Die von der Straßenbahndeputation beantragten Löhne übersteigen die vom Transportarbeiterverband gemachten Vorschläge. Genosse Pieck führte diesen Erfolg auf die Organisation der Arbeiterschaft zurück und beantragte außerdem auch noch eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen. Dieser letztere Antrag wurde abgelehnt, der Antrag der Straßenbahndeputation dagegen angenommen.

Rätselhafter Leichenfund.

Aus der Havel, an der Südspitze von Pichelswerder, wurde die Leiche einer gut gekleideten, etwa dreißigjährigen Frau gezogen, die offenbar schon unter dem Eise gelegen hatte und am Kopfe schwere Verletzungen aufwies. Um den Hals trug die Tote ein fest zugezogenes Taschentuch. Papiere führte die Tote nicht bei sich, nur eine Börse mit 57 Pf. und einen Brief, gerichtet an „Hulda", mit der Unterschrift „Kamm". Die Untersuchung ist eingeleitet.

Der „Herr Recherchеur".

Der Krieg wird von Tagedieben zu allem möglichen Schwindel benutzt. In Neukölln wurde ein Klempner Felix Schrader festgenommen, der Kriegerfrauen beschwindelte. Wenn die Frauen in bedrängter Lage waren, log er ihnen vor, für besondere Unterstützung sorgen zu wollen, wofür der „Herr Recherchеur" die Gunst der Frauen verlangte. Der Bursche ließ sich so leicht nicht abschrecken in seinen Versuchen. Leider beschränkten sich die Frauen bisher auf die Abweisung und auf spätere Anzeige bei der Polizei, statt den Schwindler auf der Stelle festnehmen zu lassen. Erst gestern war eine Kriegerfrau entschlossen genug, dem gefährlichen Menschen eine Falle zu stellen, in die er denn auch hineinging. Die Frau ging zum Schein auf die Anträge des Recherchеurs ein, lud ihn in ihre Wohnung ein, bat ihn dort einen Augenblick auf ihre Rückkehr zu warten, weil sie noch einen dringenden Gang zu besorgen habe, und kehrte dann mit einem Schutzmann zurück, der ihn festnahm.

Unter den Rädern der Straßenbahn.

Ein schwerer Straßenunfall hat sich am Montagvormittag gegen 1/4 11 Uhr in der Alexanderstraße ereignet. Dort wollte vor dem Hause Nr. 64 der obdachlose Arbeiter August Lukas das Gleis überschreiten, wurde dabei von einem Wagen der Linie 37 umgestoßen und erlitt einen Schädelbruch und einen Bruch des linken Unterschenkels. Der Verunglückte erhielt auf der nächsten Unfallstation die erste ärztliche Hilfe und wurde in sehr bedenklichem Zustande nach dem Friedrichshain geschafft.

Kleine Nachrichten. Einen unheimlichen Fund machte Sonntagabend die Pförtnerfrau des Hauses Thomasiusstr. 2. Als sie abends das Treppenlicht anzündete, entdeckte sie im Seitenflügel auf dem Treppenflur des zweiten Stocks ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Knaben barg, die in blaues und braunes Packpapier eingeschnürt war. — Aus Furcht vor Arbeitsunfähigkeit hat ein 61 Jahre alter Maschinenformer aus der Usedomstraße 17 Hand an sich gelegt. Der Mann war seit 25 Jahren auf einer Stelle beschäftigt. Seit einem halben Jahre mußte er wegen Krankheit feiern. Sonntagmorgen ging er heimlich nach dem Keller und erhängte sich. — Ein Straßenräuber ist in Charlottenburg aufgetreten. Als eine Frau aus der Sophie-Charlotte-Straße auf dem Heimwege von einem Ausgange kurz vor 10 Uhr abends ihre Wohnung beinahe erreicht hatte, entriß ihr plötzlich ein Mann die Handtasche und entkam mit der Beute. Die aus schwarzer Seide gearbeitete und graugefütterte Beuteltasche enthielt außer 20 M. Bargeld verschiedene Papiere, die für die Beraubte erheblichen Wert haben.

Arbeiterbildungsschule. Um den Teilnehmern den Besuch der öffentlichen Versammlungen möglich zu machen, fällt heute der Vortrag des Kursus Kriegsgeschichte aus. Der nächste Vortrag findet Dienstag, den 2. März, statt.

Verloren. Eine braune Handtasche, enthaltend 14 M. und Rechnungen, ist am Mittwoch auf der Fahrt Niederschöneweide ab 7.10 Uhr bis Jannowitzbrücke abhanden gekommen. Abzugeben bei Spiller, Oberschöneweide, Helmholtzstr. 8.

Kinderveranstaltungen in Neukölln.

Mittwoch: Märchenvorlesungen in den beiden Jugendheimen und im Karlsgarten. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

Donnerstag: Arbeitsstunden für Mädchen.

Freitag: Arbeitsstunden für Knaben in den bekannten Lokalen. Anfang 4 Uhr.

Sonnabend: Vortrag des Genossen Schneider im Jugendheim, Rogatstr. 15. — „Lustiger Abend" für Kinder von 11—14 Jahren. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

Radrennen im Sport-Palast am 21. Februar.

Die von dem Deutschen Rennfahrerverbande veranstalteten Wohltätigkeitsrennen wiesen wieder einen sehr guten Besuch auf. Die weiten Räume des Sport-Palastes waren von beifallfreudigen Zuschauern dicht gefüllt. Das Verzeichnis der Rennfahrer wies 45 Namen auf, von denen die bekannteren, wie Arend, Bauer, Lorenz, Rütt, Saldow, Stellbrink, Wittig u. a. m., bei ihrem Erscheinen mit lautem Beifall begrüßt wurden. Leider wurde das Zwei-Stunden-Rennen durch einen Irrtum Rütts zerstört; der Weltmeister betrachtete das Glockenzeichen für die letzten zehn Runden als Zeichen für die letzte Runde des Rennens und richtete sich auf, als noch acht Runden zu fahren waren. Die Rennen nahmen folgenden Verlauf:

Prämienfahren. 5000 Meter (30 Runden) 30, 20, 10, 5 M. Außerdem neun Prämien a 3 M. (jede dritte Runde eine Prämie). 1. Wehlitz, 2. Fr. Hoffmann, 3. Finn, 4. Bauer. Prämien gewannen: Wehlitz 4, Bauer 3, Hildebrandt und Wittig je 1. Vierzehn Fahrer im Rennen.

Ausscheidungsfahren. 25, 15, 10, 5 M. Zwölf Fahrer beginnen das Rennen; der letzte jeder Runde scheidet aus. 1. H. Rabe, 2. Lewanow, 3. Siegmund, 4. Hänsel. Ausgeschieden: Karras, Didlenkysch, Nowotnick, Kettel, Lidemann, Salugga.

Zwei Stunden-Mannschaftsfahren. 300, 220, 190, 160, 140, 120, 100 M. 1. Behrendt-Kuschkow 82,500 Kilometer, 2. Lorenz-Saldow 1/2 Runde, 3. Wittig-Bauer, 4. Finn-Krahner, 5. Wehlitz-Weise, 6. Rütt-A. Stellbrink, 7. Hoffmann-Häusler. Ueberrundet: W. Arned-Paul Suter, C. Müller-Kruplat, Grünberg-Zander, Arnold-Rädlitz, Jockisch-Kreutzel; aufgegeben: Pawke-Stabe. Eine Prämie von 15 und 10 Mark über zehn Runden gewinnen Saldow und Suter; eine Prämie von 10 Mark über fünf Runden holt sich Rütt vor Pawke und eine von 20 Mark über zehn Runden gewinnt Lorenz. In der ersten Stunde werden von Bauer-Wittig 40,590 Kilometer zurückgelegt. Dreizehn Fahrer beginnen das lange Rennen, das sich sehr abwechslungsreich und belebt durch die Kämpfe um die Prämien spannend gestaltet. Rütt kam gleich anfangs zu Fall, doch wurde er von Stellbrink abgelöst und da Rütt keine Verletzungen davongetragen, griff er bald darauf wieder ein; schlimmer erging es Lorenz, der bei einem Sturz starke Abschürfungen davontrug. Endlich nahte das Ende; man glaubte an einen Sieg von Rütt-Stellbrink, die beständig an der Spitze lagen; doch in dem Endkampf von sieben Fahrern während der letzten fünf Minuten, der ohne Ablösung bestritten werden mußte, gab Rütt infolge eines Irrtums bei dem Ertönen des Glockenzeichens für die letzten zehn Runden vorzeitig auf und so fiel der Sieg zur allgemeinen Enttäuschung an den Außenseiter Behrendt, ein Ergebnis, das von den Zuschauern mit lautem Pfeifen als Zeichen des Mißfallens aufgenommen wurde.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Die männlichen sowie die weiblichen Mitglieder werden ersucht, mit ihren Taschen und Anlegung der Armbinde die öffentlichen Volksversammlungen heute zeitig zu besuchen.

Kleine Nachrichten.

Beim „Kriegswohltätigkeitstee".

Ueber einen „Kriegswohltätigkeitstee" berichtet der „Stadtanzeiger" zur „Kölnischen Zeitung":

Es war wieder mal musikalischer Kriegs-Tee oder Künstlerkonzert mit Abendessen und Tombola. Autos und Wagen, wenn auch durch den Krieg dezimiert, ergossen allerbeste Gesellschaft in den Vorraum. Man war heiterster Laune. Die Damen wetteiferten an Geschmack und Pracht der Toilette, um zu beweisen, daß es auch ohne Paris geht. Die Gesellschaft war augenscheinlich unter sich. Ein paar Außenseiter drückten sich verlegen in den Ecken herum. Ein gediegenes Musikstück wurde gespielt, während die Unterhaltung, die von Anfang an wie ein Gebirgsbach geflutet hatte, kaum versiegte. Eine Sängerin sang von ewiger Liebe. Unterdes sprachen zwei Damen leise von der besten Bezugsquelle für Kriegsbrot. Ein Rezitator schalt auf die Engländer. Ein Herr gähnte und sagte: „Käme doch erst der Tee." Eine allgemeine Wurstigkeit gegenüber den Künstlern auf der Estrade griff Platz. Man hatte ja bezahlt, und wenig verschlug es, daß die Künstler da oben nicht die geringste Entschädigung für ihre Leistungen erhielten. Sie bekamen doch mindestens ihren Tee. Ein allgemeines Entzücken begrüßte die Ankunft der Leibesexquickung. Die Damen wurden ausschließlich von der Frage, ob sie in der Tombola gewonnen hätten oder nicht, in Anspruch genommen. Hei, wie sich die Gewinnerinnen blähten, und wie die anderen mit Neid auf sie blickten. Der Rest des musikalischen Programms wurde in einer angeregten Unterhaltung über Tee, Tombola und Hindenburg ertränkt. Das Rote Kreuz hatte eine gute Einnahme. Ausgezeichnet schnitt der Wirt ab, der gegen Teelieferung den Saal selbstlos zur Verfügung gestellt hatte. Die Künstler dachten: Einmal und nie wieder, wurden aber gleich in ihren Entschlüssen wankend: ihre Namen würden ja in den Zeitungen erwähnt, und vielleicht entschlösse sich doch einer von den Anwesenden, bei ihnen Stunde zu nehmen. Sie werden ihre Haut also weiter zu Markte tragen. Der Wirt ist bereit, gegen Tee und Gebäck den Saal weiter selbstlos herzugeben. Die allerbeste Gesellschaft wird sich auch ferner zahlreich einfinden, um bei scherzhafter Unterhaltung, Tee, Gebäck, Tombola usw. etwas gute Musik zu ertragen. . . . In der Ecke saß ein Offizier, den der Zufall hereingeschneit hatte und der auf dem Schlachtfeld bereits die zwei Eisernen Kreuze erworben hatte. Er hörte aufmerksam auf die Musik und sah mißbilligend auf das Treiben der Gesellschaft. Als nach der Pause die Stimmung immer ausgelassener wurde, ging er davon und rief kopfschüttelnd: „Klamauk!"

Nach diesem Bericht scheint die gegenwärtige Zeit, die allgemein die große Zeit genannt wird, noch nicht überall umbildende Wirkung auszulösen.

Eine Enttäuschung.

Unser Kottbuser Parteiblatt, die „Märkische Volksstimme", bringt in ihrer Sonntagsnummer folgendes Stimmungsbild über eine dort stattgehabte Versammlung:

Bei Kolkwitz im großen Saale eine Riesenversammlung von Frauen. Das Vortragsthema reizte sie alle: „Ueber die Kriegspflichten der Frauen und Mädchen" wollte man reden. Der Oberbürgermeister von Kottbus wollte die Versammlung leiten. Berufsarbeit hinderte ihn am Kommen. Statt seiner leitete der Kottbuser Polizeiinspektor die Versammlung.

Und nun redete Herr Schriftleiter Berg los. Das gab eine schwere Enttäuschung. Seine Rede wurde der großen Aufgabe nicht gerecht. Redner verkannte zunächst sein Publikum. Die Mehrzahl der Besucherinnen bestand aus Frauen und Mädchen der Schichten mit mittlerem und sehr kleinem Einkommen. Die Rede fing an mit Bemerkungen gegen die englischen Wahlweiber und ihr Amazonenkorps, betonte, daß die „Frau ins Haus" gehöre, streifte kurz das Volkswirtschaftliche des Ernährungsproblems, verteidigte gleich nebenbei die Bauern, die die Kartoffeln zurückbehalten haben und verweilte reichlich bei der Mahnung an die — Dienstmädchen, sparsamer zu wirtschaften. Kartoffeln soll man pellen, Seife nicht im Wasser liegen lassen, das Fett — wenn's auch nicht fein sei — ruhig von den Tellern abkratzen, mehr Kartoffeln und weniger Fleisch essen. „Wir essen zu viel!" Das war so der Grundton der zweiten Partie des Vortrages. Jede Frau — auch die mit kleinem Einkommen — solle und könne im ganzen einkaufen. (!) Die große Aufgabe der Frauen sei, als große innere Armee dafür zu wirken, daß unsere Soldaten draußen, unser Volk im Innern durchhalten und nicht vom Hunger besiegt werde.

Dazwischen wurden noch so einige Mahnungen gestreut, es nicht zu machen, wie die Dame, die nach Marienbad müsse, weil sie zu fett geworden sei, und daß die jungen Mädchen nicht läpperweise Schokolade naschen, sondern das Geld für süße Sendungen an Soldaten aufsparen sollen. Zum Schluß ritt Herr Berg noch den Pegasus verschiedener Dichter.

Schnell folgte dem Redner schwacher Beifall und — allgemeiner Aufstand. Die Zuhörerinnen eilten nur so hinaus.

*

Man mißverstehe uns nicht: Wir bedauern diesen Eindruck, den die Versammlung gemacht hat. Vielleicht hätte die — unmöglich gewordene — freie Aussprache manches bessern und vertiefen können. Eine neue Versammlung ist nötig. Da muß die Volksernährungsfrage tiefer, ernster den Zuhörerinnen zu Gemüte geführt werden. Hoffentlich kommen sie wieder. Was wir da von den Frauen hörten, stimmte uns in dieser Hoffnung skeptisch.

Pissoirsperre. Der „Mülhauser Volkszeitung" wird aus Zabern berichtet, daß dort die Pissoirsperre verfügt worden sei, weil in diesen Bedürfnisanstalten deutschfeindliche Inschriften eingekratzt worden waren.

Von einer Lawine getötet.

Einer Meldung aus Lausanne zufolge sind bei einem Ausflug auf dem Col des Russes vier Skifahrer, Bankangestellte aus Lausanne, durch eine Lawine überrascht worden. Zwei von ihnen sind dabei zu Tode gekommen.

Parteiveranstaltungen.

Vierter Wahlkreis, Jugendsektion. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21, eine Versammlung statt. Vortrag des Landtagsabgeordneten Heinrich Ströbel über: „Heinrich Heine".

Tempelhof. Die Tempelhofer Parteigenossen werden aufgefordert, an der heute abend in Mariendorf stattfindenden öffentlichen Volksversammlung teilzunehmen.

Friedenau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Kaiser-Wilhelm-Garten", Rheinstr. 65, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem der Bericht von der Kreis-Generalversammlung.

Reinickendorf-Ost. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Sadau, Residenzstr. 124: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Dr. Duncker.

Zehlendorf (Wannseebahn). Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet nicht heute, sondern erst Dienstag, den 2. März, statt. Vortrag: „Die Ernährung während des Krieges".

Spandau. Die für heute, Dienstag, in Aussicht genommene Generalversammlung des Wahlvereins findet nicht statt.

Frauen-Leseabende.

Britz-Buckow. Mittwoch, den 24. d. M., abends 1/2 9 Uhr, bei Becker, Chausseestr. 97. Vortrag der Genossin Frau Ryneck über: „Der Arbeiterhaushalt und die Lebensmittelteuerung."

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Oberschöneweide. Dienstag, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, IV.** Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr**, am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

E. Sch. 3. Speziell für diesen Zweck ist uns eine Stiftung nicht bekannt. Vielleicht können Sie jedoch aus allgemeinen Stiftungsfonds die Mittel erhalten und hätten Sie sich zu diesem Zweck an die Stiftungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16, zu wenden. Auch die Militärprüfungsstelle, Invalidenstr. 62, könnte eventuell Ratschläge geben. — **R. Matthes.** 1. Wenden Sie sich an das Auskunftsbureau des Roten Kreuzes in Wien VI, Dreihufeisengasse 4. 2. 1400 M., steigend bis 2500 M. Außerdem Nebenbezüge, welche bis zur Höhe von 540 M. bei der Pensionierung angerechnet werden. — **F. M. 201.** Das G auf den Achselklappen bedeutet „Gardekorps". Ueber die verschiedenen Farben der Achselklappen dieser Oekonomiehandwerker können wir Ihnen keine nähere Auskunft geben. — **Bulth.** Ueber die Frage der Kontributionsgelder sind wir nicht unterrichtet. — **R. S. 29.** Aus Ihren Ortsangaben lassen sich nähere Feststellungen nicht machen. Sie erhalten darüber aber wohl Auskunft beim Zentralnachweisbureau des Kriegsministeriums in der Dorotheenstraße — **F. M. 100. Oberschöneweide.** 1. Durch Verletzung verursachte Schwermut 2. Wegen Nervenkrankheit landsturmpflichtig. — **E. 100.** Die Versicherung wird für den Unfall haften müssen. Lassen Sie sich nicht so kurzer Hand abspeisen. — Natürlich dürfen Sie Ihre Hausbesorgungen machen. — **W. 270.** Wegen Hautkrankheit zurückgestellt. — **E. P. 1.** Der Meister ist nicht verpflichtet, die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn zu zahlen. — **100. F. S.** Mutter und Kind erben. — Die Mutter soll wegen der Versicherung bei der Viktoria anfragen. — **111 S. R.** Von der Löhnung würde ja Unterhaltungsgeld nicht möglich sein, zu zahlen. Besteht aber ein besonderes Einkommen oder Vermögen, so kann das für den Unterhalt des Kindes in Anspruch genommen werden. — **F. W. 35.** 1. und 2. Nein. — **D. 11.** Wegen Schwerhörigkeit dienstuntauglich. Sie werden jedenfalls nicht mehr eingezogen. — **H. T. 11.** Frau und Kind würden 36 M. monatlich Unterstützung erhalten und event. die Hälfte der Miete als Mietsbeihilfe. Der Hauswirt muß veranlaßt werden, einen Mietsnachlaß zu gewähren. Im Falle des Todes werden der Frau gewährt 400 M. Witwenrente jährlich, für das Kind 168 M. Aus der Invalidenversicherung erhält das Kind eine Waisenrente, die Frau im Falle ihrer Invalidität eine Witwenrente. Mitglied der Krankenkasse zu bleiben, empfiehlt sich, da bei Eintreten einer Verwundung Anspruch auf Krankengeld besteht. Das uneheliche Kind hat Erbansprüche an den Nachlaß der Mutter. — **F. 79.** 1. Landsturm mit Waffe. 2. Lassen Sie sich doch von der Firma reklamieren. — **Ch. H. T. 1012.** Nein. — **Summa injuria.** Die Vollmacht ist unseres Erachtens ungültig geworden. Für den Mietsvertrag haftet Ihr Freund, da er ihn mit unterschrieben hat. Ihr Freund müßte Ihnen Vollmacht erteilen, damit Sie durch eine Feststellungsklage seine Angelegenheit klären können. — **F. 100.** Stellen Sie doch ein solches Ansuchen an die Wirtin. — **F. S. 99.** Sie können als Erbe nur zum 1. Juli kündigen. — **O. 1** Ja. — **M. H.** Strafbar machen Sie sich nicht, es empfiehlt sich aber doch der Firma mitzuteilen, daß sie sich im Irrtum befindet. — **J. K. 12.** Das entscheidet der Militärarzt. — **A. B. 4.** Das ist vorher schwer zu sagen. Eine einfache Prozeßführung würde etwa 60—80 M. kosten. —

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag: Zeitweise nebelig, sonst vielfach heiter, ohne erhebliche Niederschläge; Temperaturen wenig verändert.